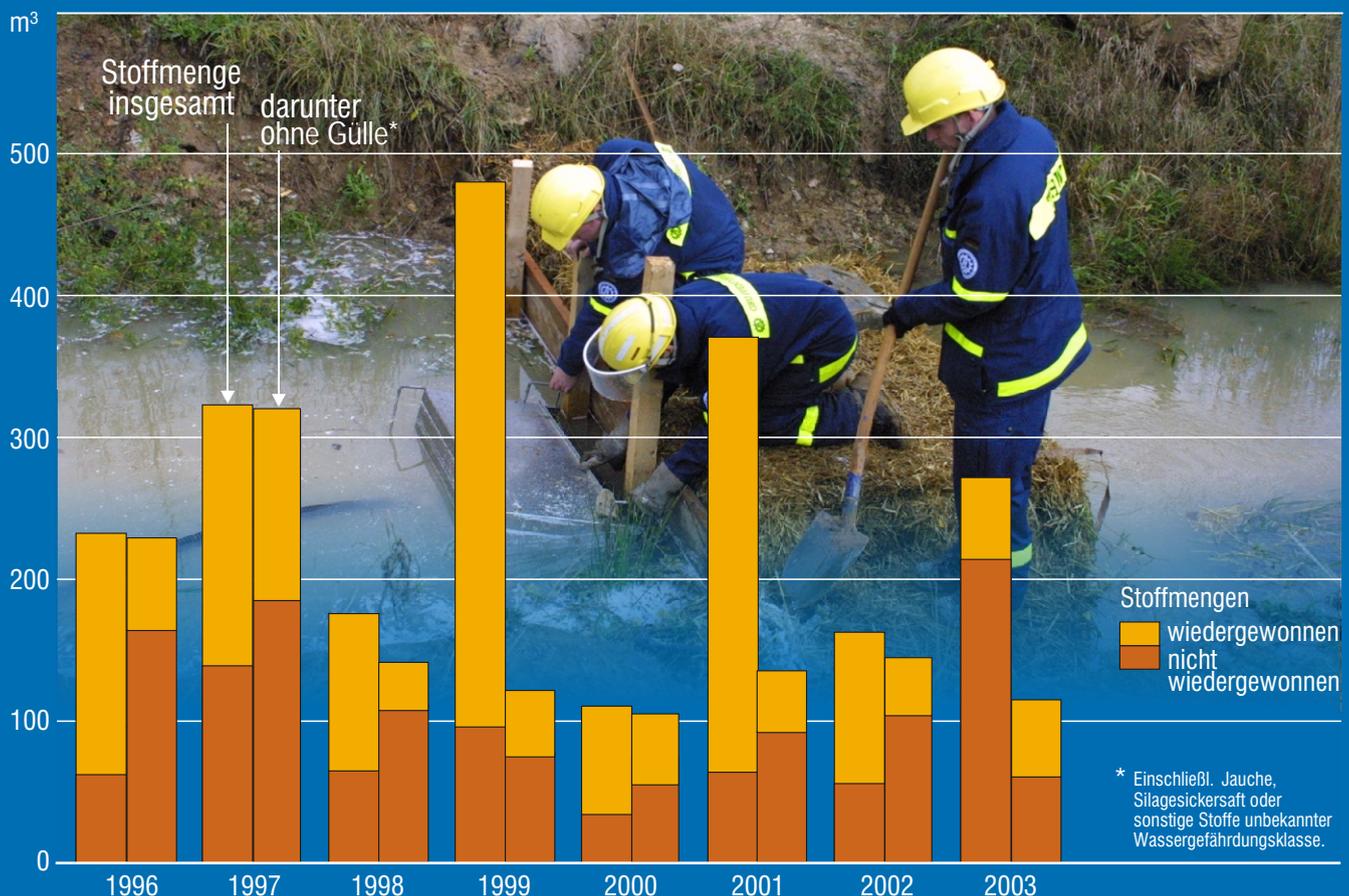


Bayern in Zahlen

10 | 2004

Zu- und Fortzüge seit 1960
Scheidungen in Bayern 2003
Freigesetzte wassergefährdende Stoffe

Freigesetzte Stoffmengen bei Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen in Bayern seit 1996



Impressum

Bayern in Zahlen
Fachzeitschrift für Statistik und
Informations- und Kommunikationstechnik

Jahrgang 135. (58.)

Artikel-Nr.: Z10001
ISSN 0005-7215

Herausgeber, Druck und Vertrieb:
Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
Neuhauser Straße 8
80331 München

Kontakt:
E-Mail redaktion@statistik.bayern.de
Internet www.statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-255
Telefax 089 2119-607

Redaktion:
Peter Englitz
(Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)

Preis:
Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,— €
Zuzüglich Versandkosten

Bestellungen:
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-205
Telefax 089 2119-457
webshop: www.statistik.bayern.de/webshop

Auskunft:
E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119- 218
Telefax 089 2119-1580

© Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
München, 2004
Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung
und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch
auszugsweise, über elektronische Systeme/Daten-
träger bedarf der vorherigen Zustimmung.
Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Titelfoto:
Roth-Hilpoltsteiner Volkszeitung (Errichtung einer Ölsperre)

Erläuterungen

0	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit	.	Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten der nicht rechenbar	p	vorläufiges Ergebnis
-	nichts vorhanden	X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	r	berichtigtes Ergebnis
...	Angabe fällt später an	()	Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann	s	geschätztes Ergebnis
/	keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug			D	Durchschnitt
				≙	entspricht

Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

Inhalt

	Statistik aktuell
366	Kurzmitteilungen
	Nachrichten
371	Fachtagung zur Bevölkerungsentwicklung mit Innenminister Dr. Beckstein
372	Bevölkerungsvorausberechnung für das Allgäu in Kempten vorgestellt
	Beiträge aus der Statistik
373	Die Wanderungen in Bayern in langfristiger Betrachtung
379	Ehescheidungen in Bayern
383	Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen in Bayern 1996 bis 2003
	Beiträge zu Information und Kommunikation
390	Linux – eine Alternative für die Bayerische Staatsverwaltung
	Bayerischer Zahlenspiegel
393	Tabellen
402	Graphiken
	Neuerscheinungen 3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen

Bayern wuchs im 1. Halbjahr 2004 um 3 712 Einwohner

Am 30. Juni 2004 hatte der Freistaat Bayern 12 427 098 Einwohner, 3 712 mehr als zu Jahresbeginn. Damit lag der Bevölkerungszuwachs des ersten Halbjahres 2004 deutlich unter den Zuwächsen der entsprechenden Vorjahreszeiträume (1. Halbjahr 2003: +10 026 und 1. Halbjahr 2002: +26 004 Einwohner).

Die bisherige Entwicklung des Jahres 2004 ist auf eine deutlich abgeschwächte Zuwanderung und auf ein Geburtendefizit zurückzuführen. Über 70% der Zuwanderungsüberschüsse des ersten Halbjahres 2004 ergaben sich gegenüber den anderen Bundesländern und knapp 30% gegenüber dem Ausland. So zogen aus dem übrigen Bundesgebiet von Jahresanfang bis Ende Juni 2004 rund 51 800 Bürger nach Bayern und 44 500 wanderten ab, so dass gegenüber den anderen Bundesländern ein Wanderungsgewinn von knapp 7 300 Personen

(1. Halbjahr 2003: 10 100) zu verzeichnen war. Die Ausländerquote lag hier bei 11%. Aus dem Ausland zogen im ersten Halbjahr 2004 rund 56 600 Personen in bayerische Gemeinden zu, etwa 53 600 wanderten ins Ausland ab, so dass gegenüber dem Ausland ein Wanderungsplus von knapp 3 000 Personen (1. Halbjahr 2003: 9 700) – bei einem Ausländeranteil von 87% – verblieb.

Die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung wies im ersten 1. Halbjahr 2004 bei insgesamt 52 006 Geburten (1. Halbjahr 2003: 52 191) und 58 534 Sterbefällen (1. Halbjahr 2003: 62 030) ein Geburtendefizit von 6 528 Personen auf. Während bei der deutschen Bevölkerung 7 636 Personen mehr starben als Kinder geboren wurden, war bei den ausländischen Mitbürgern ein Geburtenüberschuss von 1 108 Personen zu verzeichnen. Damit konnte bei der deutschen Bevölkerung in Bayern der

bereits seit 1993 bestehende Sterbefallüberschuss erneut nicht durch den Geburtenüberschuss bei den Ausländern ausgeglichen werden.

Auf der Ebene der Regierungsbezirke verlief die Entwicklung der Einwohnerzahlen recht unterschiedlich. Von Januar bis Ende Juni 2004 nahm die Bevölkerung in den Regierungsbezirken Oberbayern mit 2 309 Personen und Schwaben mit 1 652 Personen am stärksten zu, gefolgt von Niederbayern mit 788 Personen, Mittelfranken mit 697 Personen und der Oberpfalz mit 406 Personen. Bevölkerungsverluste ergaben sich für die Regierungsbezirke Unterfranken mit 353 Personen und Oberfranken mit 1 787 Personen.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der in Kürze erscheinende Statistische Bericht „Einwohnerzahlen am 30. Juni 2004“ mit Ergebnissen für Gemeinden, Landkreise und Regierungsbezirke (Best.-Nr. A12003, Preis 15,80€).*

Krankheiten des Kreislaufsystems waren 2003 häufigste Todesursache in Bayern

Im Jahr 2003 war mit 121 778 Todesfällen, von denen 56 495 auf männliche und 65 283 auf weibliche Personen mit Hauptwohnsitz in Bayern entfielen, eine Zunahme von 1,7% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Mit einem Anteil von 46,2% waren – wie auch bereits in den Vorjahren – Krankheiten des Kreislaufsystems die häufigste Todesursache. Daran verstarben 23 177 männliche und 33 143 weibliche Personen.

In fast einem Viertel aller Sterbefälle (29 780 Personen) führten bösartige Neu-

bildungen zum Tode. Am häufigsten traten hier Krebserkrankungen im Bereich der Verdauungsorgane (10 168 Fälle), der Harn- und Geschlechtsorgane (5 064 Fälle) sowie der Atmungsorgane (4 824 Fälle) auf. Von allen an Krebs verstorbenen weiblichen Personen wurde bei 18,6% Brustkrebs als Todesursache bescheinigt.

An nichtnatürlichen Todesursachen verstarben 5 090 Menschen bzw. 4,2%; dies entspricht einem Rückgang um 150 Personen bzw. 2,9% gegenüber dem Vorjahr. Zum Tode führten hier Verletzungen, Vergiftungen und andere Folgen äußerer Ursachen. Zwei

Drittel der auf nichtnatürliche Weise ums Leben Gekommenen waren Männer. Die Anzahl der Selbstmorde betrug 1 822. Davon wurden 1 345 von Männern und 477 von Frauen begangen.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der voraussichtlich Ende des Jahres erscheinende Statistische Bericht „Gestorbene in Bayern nach Todesursachen, Geschlecht und Altersgruppen“ (Best.-Nr. A43003).*

15% der Einwohner Bayerns gegen Grippe geimpft

Alle vier Jahre werden im Rahmen einer Mikrozensus-Zusatzerhebung 0,5% der bayerischen Bevölkerung zum Themenbereich „Gesundheit“ befragt. Nach den Ergebnissen des Zusatzprogramms des Mikrozensus 2003 hatten sich im Zeitraum von Ende April 2002 bis Mai 2003 15,3% der Einwohner Bayerns gegen den Influenza-Virus impfen lassen. Dabei war bei den Frauen eine etwas höhere Impfbereitschaft zu beobachten als bei den Männern. So machten 16,2% der Frauen, jedoch nur 14,4% der Männer von der Möglichkeit einer Schutzimpfung Gebrauch. Insbesondere ältere Menschen befolgten in

Bayern den ärztlichen Rat, sich gegen Grippe impfen zu lassen. So steigt die Impfhäufigkeit in der Bevölkerung mit zunehmendem Alter erheblich an. Während lediglich 5,8% der Kinder unter 15 Jahren im Mai 2003 gegen Grippe geimpft waren, lag die Impfquote bei den 15- bis 40-Jährigen bei 7,6% und bei den 40- bis 65-Jährigen bei 14,9%. Die höchste Impfbereitschaft war bei den Senioren zu festzustellen. Immerhin 38,7% der über 65-Jährigen hatten eine Grippe-schutzimpfung erhalten. Gegenüber 1999 nahm in Bayern der Anteil der gegen Grippe geimpften Personen um knapp 3 Prozentpunkte zu. Verglichen mit

dem Bundesdurchschnitt von 24,3% haben die Bayern die Möglichkeit einer Grippe-schutzimpfung jedoch nur wenig genutzt. Nur in Baden-Württemberg (14,9%), Nordrhein-Westfalen (14,4%) und Schleswig-Holstein (15,0%) war die Impfbereitschaft noch etwas geringer als in Bayern (15,3%). Im Gegensatz dazu vertraute die Bevölkerung vor allem in den neuen Bundesländern auf die Grippe-schutzimpfung als vorbeugende Maßnahme. Beispielsweise nahmen in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt jeweils 33,7% der Einwohner an einer Grippe-schutzimpfung teil.

Hochschulen in Bayern beschäftigen 63 400 Personen

Die Universitäten und Fachhochschulen in Bayern beschäftigten zum Jahresende 2003 hauptberuflich rund 63 400 Mitarbeiter. Von diesen waren 24 300 oder 38% in wissenschaftlichen und künstlerischen Bereichen tätig, während 39 100 in der Verwaltung, im technischen Sektor oder im Pflegedienst der Kliniken arbeiteten. Obgleich die Zahl der Studierenden in Bayern im Wintersemester 2003/04 gegenüber dem Vorjahr um mehr als sechs Prozent zugenommen hat, blieb der Beschäftigtenstand an den Hochschulen insgesamt nahezu unverändert. Zwar nahm das wissenschaftliche Personal leicht um rund zwei Prozent zu, das Verwal-

tungspersonal reduzierte sich aber um knapp ein Prozent. Auf 100 hauptberufliche wissenschaftliche und künstlerische Kräfte entfielen im Berichtsjahr 1 009 Studierende, im Vorjahr waren es noch 968 und 1999 erst 928 gewesen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass es sich bei jedem vierten Beschäftigten in Lehre und Forschung und jedem dritten in der Verwaltung um eine Teilzeitkraft handelt.

Von den 24 300 hauptamtlich tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Hochschulbereich waren im Berichtsjahr 5 200 oder 21% Professoren, 3 100 oder 13% Dozenten bzw. Assistenten, 14 800

oder 61% wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter und knapp 1 100 oder 5% Lehrkräfte für besondere Aufgaben.

Der Frauenanteil beim wissenschaftlichen Personal variierte wieder stark in Abhängigkeit von der ausgeübten Tätigkeit. So waren von den wissenschaftlichen Mitarbeitern 34% Frauen, von den Dozenten und Assistenten 24% und von den Professoren 9%. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Gesamtzahl der Wissenschaftlerinnen um sieben Prozent auf knapp 6 600 zugenommen, die ihrer männlichen Kollegen blieb hingegen mit 17 700 nahezu unverändert.

Bayerns Fremdenverkehr im August 2004

Der Ferienmonat August bescherte dem Beherbergungsgewerbe in Bayern trotz schönem Wetter ein leicht rückläufiges Ergebnis. So wurden in den Beherbergungsstätten mit neun oder mehr Betten und auf Campingplätzen im Freistaat zwar über 2,5 Millionen Gäste begrüßt, die mehr als 9,5 Millionen

Übernachtungen buchten, doch wurde das Vorjahresergebnis um 0,7% bei den Gästeankünften und um 3,0% bei den Gästeübernachtungen unterschritten. Die durchschnittliche Verweildauer der Gäste in den Beherbergungsstätten (ohne Campingplätze) lag mit 3,7 Tagen im August 2004 geringfügig

unter dem Wert von 3,8 Tagen im August des Vorjahres. Die angebotenen Betten waren zu 48,4% (August 2003: 49,0%) ausgelastet.

23,7% aller Gäste stammten aus dem Ausland. Das Übernachtungsaufkommen der In-

Betriebsart	Fremdenverkehr im August 2004				Fremdenverkehr im Januar - August 2004			
	Gästekünfte		Gästeübernachtungen		Gästekünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum
Hotels	985 660	3,8	2 534 840	3,0	6 974 606	7,7	16 072 572	5,5
Hotels garnis	404 677	- 0,9	1 328 592	-4,5	2 691 933	2,1	7 602 414	-1,3
Gasthöfe	351 236	- 2,7	882 376	-4,9	2 112 980	1,1	4 880 427	-2,2
Pensionen	115 825	- 4,0	541 719	-5,4	715 781	2,3	2 866 142	-1,0
Jugendherbergen und Hütten	100 264	0,7	264 351	7,4	577 546	1,3	1 500 433	0,2
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime und Boardinghouses	82 703	0,4	509 227	-3,6	1 012 737	3,1	3 642 939	-0,9
Ferienzentren, Ferienhäuser und Ferienwohnungen	141 688	-12,0	1 367 080	-7,9	765 622	1,5	5 954 831	-1,5
Vorsorge- und Reha-Kliniken	38 805	3,9	727 663	-3,0	270 267	- 0,3	4 992 195	-4,9
Campingplätze	316 943	- 5,8	1 376 835	-6,2	912 818	- 6,8	3 540 142	-6,4
Insgesamt	2 537 801	- 0,7	9 532 683	-3,0	16 034 290	3,7	51 052 095	0,0

landtouristen ging um 5,0% zurück, während das der ausländischen Gäste um 10,7% anstieg. Die meisten ausländischen Reisenden, nämlich 74 800 Gäste, stammten aus Italien.

Im Vergleich zum August 2003 hatten im Berichtsmonat sieben von neun Betriebsarten Buchungsrückgänge hinzunehmen. Ge-

messen an der Zahl der Übernachtungen waren allein die Hotels sowie Jugendherbergen und Hütten erfolgreich, bei denen sich der Zuwachs auf 3,0% bzw. 7,4% belief.

Der Übernachtungsrückgang im bayerischen Reiseverkehr war auch regional zu spüren. Nach Regierungsbezirken unterschieden, wirkte er sich für die Beherbergungsstätten

in Niederbayern und Schwaben relativ am stärksten aus (-5,6% bzw. -4,2% gegenüber August 2003), für die Campingplätze dagegen in Oberfranken und der Oberpfalz (-23,5% bzw. -23,2%).

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Der Fremdenverkehr in Bayern im August 2004“ (Best.-Nr. G41003, Preis 17,70 €).*

Erwerbstätigkeit in Bayern weiter rückläufig

Im Durchschnitt des Jahres 2003 waren in Bayern rund 6,2 Millionen Menschen erwerbstätig, zwei Drittel davon allein in den Dienstleistungsbereichen; gegenüber dem Vorjahr entsprach dies – analog zur Entwicklung auf Bundesebene – einem Rückgang um 1,0%. Der negative Beschäftigungstrend setzte sich damit im zweiten Jahr in Folge verstärkt fort. Von dem Beschäftigungsrückgang in Bayern waren, trotz eines Anstiegs der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, vor allem die Arbeitnehmer betroffen; ihre Zahl sank gegenüber 2002 um 1,2% auf knapp 5,4 Millionen. Bei den Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen war demgegenüber ein Zuwachs um 0,7% auf rund 811 900 zu beobachten.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen war die Beschäftigungsentwicklung zum Teil recht unterschiedlich. Im Bereich Land- und

Forstwirtschaft, Fischerei sank die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt gegenüber 2002 um 5,1% auf rund 207 200, wobei der Rückgang vor allem auf die sinkende Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen (-6,4%) zurückzuführen war. Auch im Produzierenden Gewerbe setzte sich der seit dem vergangenen Jahr zu beobachtende Abwärtstrend fort. Hier reduzierte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt um 2,7% auf rund 1,9 Millionen. Ursächlich hierfür waren vor allem die Beschäftigungsrückgänge im Verarbeitenden Gewerbe (-2,5%) und im Baugewerbe (-3,6%). Vom Stellenabbau in diesen beiden Wirtschaftsbereichen besonders betroffen waren die Arbeitnehmer; ihre Zahl sank um 2,6 bzw. 5,1% auf rund 1,4 Millionen bzw. 288 600 Beschäftigte. Bei den Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen war – entgegen der bisherigen Entwicklung – im

Vergleich zum Vorjahr sogar ein leichter Zuwachs zu verzeichnen.

Die derzeitige schwierige Konjunkturlage wirkt sich immer deutlicher auch auf die Beschäftigungssituation in den Dienstleistungsbereichen aus. Während in den vergangenen Jahren hier noch kontinuierlich neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, lag der Beschäftigungszuwachs im Jahresdurchschnitt 2003 erstmals nahe Null.

In den Bereichen Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung fand gegenüber 2002 sogar ein überdurchschnittlicher Stellenabbau um 2,2% bzw. 1,9% statt. Auch in der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung wurden Stellen eingespart, hier ging die Zahl der Erwerbstätigen um 0,3% auf rund 389 100 zurück. Lediglich im Gastgewerbe

und in den Bereichen Grundstückswesen, Vermietungen, Unternehmensdienstleistungen sowie Öffentliche und private Dienstleistungen wurden neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die dargestellten Ergebnisse beruhen auf

der aktuellen Länderrechnung des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, dem Vertreter aller Statistischen Landesämter, des Statistischen Bundesamtes und des Deutschen Städtetages angehören.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält die in Kürze erscheinende Gemeinschaftsveröffentlichung „Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2003“ (Best.-Nr. A62015, Preis 10,—€) des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.*

226 500 Sozialhilfeempfänger in Bayern

Während es Ende 2002 gegenüber dem gleichen Zeitpunkt im Vorjahr in Bayern noch eine erhebliche Zunahme der Zahl von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz um 5,7% gab, verringerte sich diese – trotz eines Anstiegs der Arbeitslosenzahl – Ende 2003 gegenüber Jahresfrist um 0,6% auf 226 500. Dies sind 1,8% der Bevölkerung. Den Ausschlag für diese Entwicklung gab das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung (GSiG) für hilfebedürftige Personen ab 65 Jahren sowie dauerhaft voll Erwerbsgeminderte ab 18 Jahren, wonach mit Wirkung ab Anfang 2003 für diesen Personenkreis Grundsicherungsleistungen als Ersatz für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden. Vor allem dadurch reduzierte sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger ab 65 Jahren zum Jahresende 2003 auf rund 11 000 Personen, das sind nur noch rund 5% der Gesamtzahl.

Warum Ende 2003 aber überhaupt noch ältere Personen mit Leistungen des GSiG

zusätzlich Sozialhilfe zum Lebensunterhalt bezogen, dafür sind hauptsächlich zwei Gründe zu nennen. Zum einen sind dies Personen, die einen erhöhten Bedarf haben, der von den Leistungen der Grundsicherung nicht abgedeckt wird und aufstockende Sozialhilfe erforderlich macht (z.B. einen Mehrbedarf wegen kostenaufwendiger Ernährung). Zum anderen handelt es sich um Grundsicherungsempfänger, die mit Sozialhilfebeziehern – z.B. dem jüngeren Ehegatten – zusammen in einem Haushalt leben. Für die Angehörigen dieser Haushalte erfolgt für die Sozialhilfe eine gemeinsame Bedarfs- und Anspruchsberechnung.

Das Durchschnittsalter aller Sozialhilfebezieher belief sich insbesondere wegen der neuen Grundsicherung auf lediglich noch 30 Jahre (Vorjahr 33 Jahre). Jüngere – vor allem Kinder und Jugendliche – sind relativ häufig unter den Sozialhilfeempfängern anzutreffen. So erhöhte sich der Anteil der unter 15jährigen Hilfeempfänger mit 73 600 Personen auf 32% der Gesamtheit (Vorjahr

30%). Im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren befanden sich 142 000 Personen oder 63% (Vorjahr 59%). Unter allen Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt waren 56% Frauen bzw. ein Viertel Ausländer.

Von den Sozialhilfebeziehern lebten 223 200 oder 98,6% außerhalb von Einrichtungen. Darunter befanden sich 140 600 Personen im erwerbsfähigen Alter. Von diesen erwerbsfähigen Hilfeempfängern waren jedoch nur rund 7% tatsächlich erwerbstätig. Die übrigen 93% waren entweder arbeitslos gemeldet (48%; bei den Männern 61%) oder konnten aus anderen Gründen, z.B. bei Frauen aufgrund häuslicher Bindung (vor allem durch Kindererziehung), keinem Beruf nachgehen (45%).

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Die Sozialhilfe in Bayern, Teil 2: Empfänger“ (Best.-Nr. K11023, Preis 20,50).*

Inflationsrate in Bayern steigt auf 2,5%

Der Verbraucherpreisindex für Bayern nahm von Mitte September 2004 bis Mitte Oktober 2004 um 0,4% auf einen Indexstand von 107,7 (2000 = 100) zu.

Zum Anstieg des Preisindex im Vormonatsvergleich trugen vor allem Preiserhöhungen bei Heizöl (+18,3%) und Kraftstoffen (+3,6%) bei. Preisrückgänge waren hingegen bei Pauschalreisen (-3,6%) und

Nahrungsmitteln (-0,4%) zu verzeichnen. Von den Nahrungsmitteln verringerten sich die saisonabhängigen gegenüber dem Vormonat sogar um 2,4%.

Im Nahrungsmittelbereich verlief die Entwicklung allerdings teilweise unterschiedlich. So mussten die Verbraucher für Fische und Fischwaren (+1,3%) sowie Fleisch- und Fleischwaren (+0,5%) etwas mehr

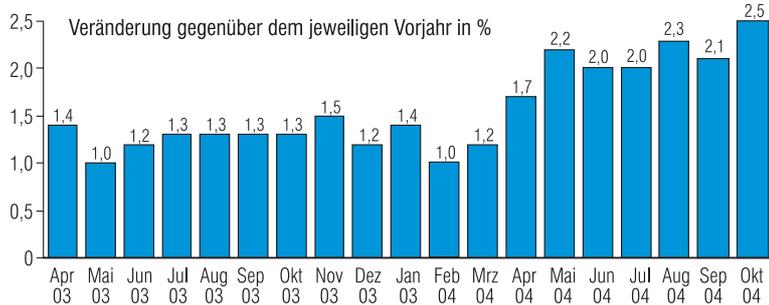
bezahlen als im Vormonat, während die Preise für Brot und Getreideerzeugnisse (-0,1%) geringfügig zurückgingen. Stärkere Preisrückgänge waren bei Obst (-4,7%) und Gemüse (-0,7%) zu beobachten. Beim Gemüse gingen vor allem die Preise für Blatt- und Stielgemüse (-9,9%) sowie Kartoffeln (-7,0%) spürbar zurück, während sich frisches Fruchtgemüse (+12,1%) deutlich verteuerte. Von den Obstsorten wa-

ren insbesondere Äpfel (-12,7%) sowie Beeren und Weintrauben (-5,3%) deutlich günstiger als im Vormonat; Bananen hingegen verteuerten sich um 5,3%.

Der Preisauftrieb im Vergleich zum Vorjahr hat sich wieder erhöht. So betrug die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Bayern gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im Oktober 2,5%. Im September hatte sie noch 2,1% betragen.

Im Vorjahresvergleich war bei den Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken insgesamt ein Preisrückgang von 0,8% zu verzeichnen. Nennenswerte Verteuerungen gab es bei Bier (+5,0%), Mineralwasser (+2,9%) sowie Fischen und Fischwaren (+4,2%), während sich insbesondere Gemüse (-10,6%), Kaffee (-4,9%) und Gemüsesäfte (-3,8%) verbilligten. Wie schon in den Vormonaten wirkten sich auch im Oktober 2004 die Gesundheitsreform und die Erhöhung der Tabaksteuer auf die Preisentwicklung aus. So erhöhten sich binnen Jahresfrist die Preise für Gesundheitspflege um 20,8 und für Tabakwaren um 12,2%.

Verbraucherpreisindex für Bayern von April 2003 bis Oktober 2004
2000 = 100



Im Energiesektor stiegen die Preise für Heizöl (+38,2%) und Kraftstoffe (+11,0%) am stärksten. Aber auch die Preise für Strom (+2,5%), und Gas (+0,1%) lagen über dem Vorjahresniveau. Ohne Kraftstoffe und Heizöl gerechnet, wäre der Verbraucherpreisindex im Oktober gegenüber dem Vorjahr nur um 1,9% gestiegen.

Die Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten) legten im Vergleich zum Vorjahr um 1,3% zu. Bei den Wohnungsnebenkosten (u. a. für Müllabfuhr, Frisch- und Abwasser) betrug der Anstieg 3,1%. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im Oktober weiterhin die

Preise für Personalcomputer und Zubehör (-10,8%) sowie für Fernseh- und Rundfunkgeräte (-7,9%). Spürbar teurer als im Vorjahr waren hingegen Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (9,7%) und Verkehrsdienstleistungen (4,2%). Die Preise für Pauschalreisen erhöhten sich um 1,0%.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthalten die Statistischen Berichte „Preismesszahlen und Verbraucherpreisindex für Bayern, Oktober 2004“ (Best.-Nr. M12013, Preis 11,— €, als Datei kostenfrei im Webshop) und „Verbraucherpreisindex für Bayern/Zeitreihen, Oktober 2004“ (Best.-Nr. M13013, Preis 9,— €).*

Knapp 11 000 neue Gewerbebetriebe im Juli

Auch im Juli 2004 nahm die Zahl der Gewerbebeanmeldungen im Vergleich zum Vorjahr zu; sie stieg um gut 1 900 bzw. über 17% auf 13 100. Damit setzt sich auch zu Beginn des 2. Halbjahres 2004 die positive Entwicklung der ersten sechs Monate fort. Gut 10 900 Gewerbebeanmeldungen waren Neugründungen.

Der Schwerpunkt bei den Anmeldungen lag mit jeweils über einem Viertel bei den beiden Wirtschaftsabschnitten „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung wirtschaftsnaher Dienstleistungen“ sowie „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern“.

Gewerbebeanmeldungen in Bayern im Juli 2004 nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten

Wirtschaftsabschnitt	Anteil in %
Verarbeitendes Gewerbe	4
Baugewerbe	9
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	26
Gastgewerbe	7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	5
Kredit- und Versicherungsgewerbe	6
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftsnahen Dienstleistungen	28
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	8
Sonstige Wirtschaftsabschnitte	6
Insgesamt	100

Mit über 8 500 war die Zahl der Gewerbebeanmeldungen auch im Juli 2004 deutlich niedriger als die der Gewerbebeanmeldungen; ihre Zahl stieg gegenüber dem Vorjahr um 5%.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Statistik der Gewerbeanzeigen in Bayern im Juli 2004“ (Best.-Nr. D12013, Preis 3,50 €).*

* Alle Statistischen Berichte sind auch kostenlos als Datei erhältlich (außer Verbraucherpreisindex für Bayern und Deutschland), Bestellmöglichkeit (für alle Veröffentlichungen): s. Umschlagseite 3

Fachtagung zur Bevölkerungsentwicklung mit Innenminister Dr. Beckstein

Am 18.10.2004 fand in Nürnberg eine Fachtagung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung zum Thema „Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Kommunen in Bayern“ statt, die der Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, Sigmund Gottlieb, moderierte.

Die Veranstaltung, zu der die Landräte der bayerischen Kreise, die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte sowie die regionalen Planungsverbände des Freistaats eingeladen waren, hatte das Ziel, kommunale Entscheidungsträger über die Chancen und Probleme, die mit der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung einhergehen, zu informieren.



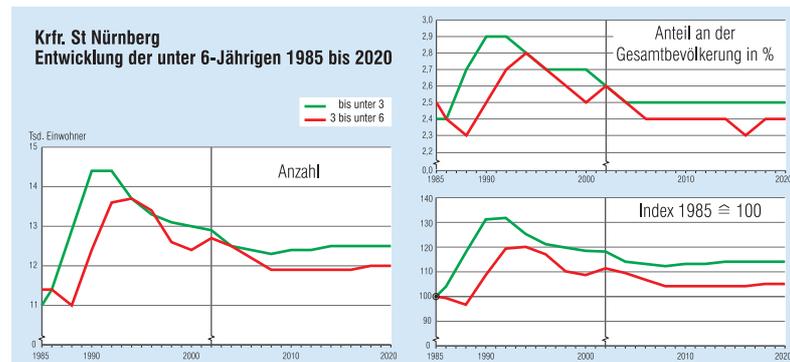
Präsident Dr. Bauer stellt die regionalisierte Bevölkerungsprognose für Bayern bis 2020 vor.

Nach einem gesellschaftspolitischen Einführungsreferat von Staatsminister Dr. Beckstein stellte der Präsident des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, Dr. Peter Bauer, die in seinem Haus erarbeiteten „Bevölkerungsprognosen für kreisfreie Städte und Landkreise in Bayern bis 2020 sowie Landesergebnisse bis 2050“ vor. Neben der Darstellung der grundlegenden Annahmen der Modellrechnungen zur zukünftigen Einwohnerentwicklung im Freistaat präsentierte Dr. Bauer dem Auditorium die wichtigsten Ergebnisse nach infrastrukturelevanten Altersgruppen. Dazu wurden Verlaufsdiagramme gezeigt, die etwa den Rückgang des Bedarfs an Kindergartenplätzen oder die stetige Alterung der Gesellschaft dokumentieren. Mit Karten von Bayern auf Kreisebene wurde die Entwicklung bis 2020 in kleinräumiger Gliederung überzeugend visualisiert.

Die Veröffentlichung zur regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung enthält u.a. grafische Darstellungen der Bevölkerungsentwicklung bis 2020 nach zehn Altersgruppen sowie Alterspyramiden und andere Darstellungen für die Kreise und kreisfreien Städte Bayerns sowie für Bayern insgesamt.

Nebenstehend eine kleine Auswahl der Darstellungen zur Kreisfreien Stadt Nürnberg

Weitere Informationen: siehe letzte Umschlagseite.



Wolfgang Schäfer, der Leiter des Amtes für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg zeigte anschließend die „Auswirkungen lokaler Bevölkerungsprognosen auf die Stadtentwicklungspolitik Nürnbergs“ auf. Die Expertenrunde wurde vervollständigt durch zwei Bevölkerungswissenschaftler. Prof. Dr. Herwig Birg, Universität Bielefeld, referierte über die „Dynamik der demographischen Alterung und Bevölkerungsschrumpfung – Auswirkungen auf die Wirtschaft und Gesellschaft“. Prof. Dr. Paul Gans, Universität Mannheim, vertiefte anschließend das Veranstaltungsthema mit seinen Ausführungen zu „Räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Regional- und Siedlungsentwicklung“.

Im Anschluss an die Vorträge beantworteten die Referenten unter der Moderation von Herrn Gottlieb Fragen aus dem Publikum.

Bevölkerungsvorausrechnung für das Allgäu in Kempten vorgestellt

Beim 2. Allgäuer Unternehmertag, der im Rahmen der Allgäuer Festwoche am 17. August 2004 im Kornhaus in Kempten stattfand, hat das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung die neuesten Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausrechnung vorgestellt.

Zum Thema des Unternehmertages „Demographische Entwicklung: Das Allgäu entvölkert und überaltert?“ haben vom Landesamt Ernst-Otto Walter und Volker Birman die Bevölkerungsentwicklung im Allgäu analysiert. Einführend wurde auf die Annahmen und Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung für Deutschland sowie Bayern insgesamt eingegangen. Die Entwicklung der Einwohnerzahlen für das Allgäu von 1990 bis 2020 bildete den Schwerpunkt der weiteren Ausführungen. Dazu wurden infrastrukturelevante Altersgruppen einzeln untersucht und die Auswirkungen ihrer unterschiedlichen Entwicklung diskutiert. Zur Gebietseinheit „Allgäu“ zählen dabei die kreisfreien Städte Kaufbeuren, Kempten und Memmingen sowie die Landkreise Lindau (Bodensee), Oberallgäu, Ostallgäu und Unterallgäu.

Die Einwohnerentwicklung verläuft im Allgäu ähnlich der von Bayern insgesamt. Bis 2020 wird je nach Variante eine Zunahme der Bevölkerung von rund 3% bzw. 6% erwartet. Die im Titel der Veranstaltung angedeutete Entvölkerung ist also vorerst nicht absehbar. Der „demographische Wandel“, die Überalterung der Gesellschaft, ist dagegen auch für das Allgäu unübersehbar. Das bestehende Geburtendefizit kann zwar durch Zuwanderung noch ausgeglichen werden, so dass die Bevölkerung bis 2020 wächst, eine Verschiebung hin zu den älteren Altersgruppen wird dadurch aber nur verlangsamt.

In Kurzstatements haben anschließend Frau Sachs von der Agentur für Arbeit in Kempten, Herr Puff vom Landesverband des bayerischen Einzelhandels e.V. Schwaben, Frau Holzner, Leiterin der Schulabteilung der Regierung von Schwaben und Herr Dr. Netzer, der Oberbürgermeister von Kempten, die Auswirkungen für die Kommunen und die Wirtschaft in der Region skizziert. Abschließend stellten sich alle Referenten bei einer Podiumsdiskussion den zahlreichen Fragen der Gäste.

Die Wanderungen in Bayern in langfristiger Betrachtung

Dipl.-Volksw. Tilmann Alexander von Roncador

Für die Bevölkerungsentwicklung Bayerns ist die Höhe der Zuwanderung bei anhaltend niedrigen Geburtenziffern von entscheidender Bedeutung. So stieg die Bevölkerung Bayerns im vergangenen Jahr um 36 035 Personen an. Dies wurde durch einen Wanderungsgewinn in Höhe von 46 441 Personen gegenüber dem Ausland und den anderen Bundesländern hervorgerufen. – Gegenüber dem Ausland war der Wanderungssaldo in den letzten Jahrzehnten überwiegend konjunkturabhängig, während sich die Wanderungsgewinne gegenüber den anderen Ländern eher kontinuierlich entwickelten. – Die häufigsten Zu- und Fortzugsländer wechselten in den vergangenen Dekaden, dabei nahm die Konzentration auf wenige Länder ab. – Das Muster der Binnenwanderung innerhalb des Freistaats änderte sich ebenfalls. In den letzten beiden Jahrzehnten wurden die vormaligen landesinternen Zuwanderungsbezirke Oberbayern und Mittelfranken zu Regionen mit negativen Binnenwanderungssalden.

Wanderungs-
gewinn 2003
46 441 Personen

Im Verlauf des Jahres 2003 zogen insgesamt 260 570 Personen nach Bayern zu, während gleichzeitig 214 129 fortzogen. Damit verzeichnete Bayern einen Wanderungsgewinn von insgesamt 46 441 Personen. Der Bevölkerungszuwachs Bayerns betrug im selben Zeitraum 36 035 Menschen, lag also unter der Höhe des Zuwanderungssaldos. Dies resultiert aus einem Überschuss der Sterbefälle über die Zahl der Geburten.

Der für das vergangene Jahr beschriebene Verlauf in Bayern findet sich in zahlreichen Industrieländern wieder: Bei negativen oder nur leicht positiven Salden aus Geburten und Sterbefällen wird die Entwicklung und Struktur des Bevölkerungsstandes maßgeblich durch Wanderungen beeinflusst¹.

Wanderungen wirken sich direkt über den positiven bzw. negativen Wanderungssaldo auf den Bevölkerungsstand aus. Daneben kann jedoch auch ein indirekter Einfluss über die Altersstruktur entstehen. Wenn sich unter den Zu- und Abwandernden im Vergleich zur ansässigen Bevölkerung ein deutlich höherer Anteil jüngerer Personen befindet, verjüngt sich in Gebieten mit einer hohen Zuwanderung die Altersstruktur, während Abwanderungsgebiete in der Tendenz altern. Durch den Einfluss auf die Altersstruktur wird sich dann in Gebieten mit hoher Zuwanderung tendenziell auch eine höhere Zahl an Geburten je Einwohner, also ein weiterer Einfluss auf die Bevölkerungszahl ergeben.

Für die Zu- und Fortzüge Bayerns im Jahr 2003 wird die deutlich jüngere Altersstruktur aus Tabelle 1 ersichtlich. Insgesamt wirkt die

Wanderung also positiv auf die Altersstruktur. Allerdings gibt es auch einige Regionen, in die sich bevorzugt ältere Personen niederlassen, um dort beispielsweise ihren Ruhestandssitz zu nehmen. In solchen Regionen verschiebt die Zuwanderung die Altersstruktur dann eher nach oben.

Altersstruktur
der zu- und
fortgezogenen
Personen

Altersstruktur der zu- und fortgezogenen Personen sowie der Bevölkerung insgesamt in Bayern im Jahr 2003

Tab. 1

Alter in Jahren	Personen nach Altersgruppen				
	Zugezogene		Fortgezogene		Bevölkerung insgesamt
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Insgesamt	260 570	100,0	214 129	100,0	100,0
davon im Alter von ... Jahren					
unter 18	32 742	12,6	24 905	11,6	19,1
18 bis unter 25	63 358	24,3	44 751	20,9	8,0
25 bis unter 30	45 684	17,5	38 648	18,0	5,9
30 bis unter 50	89 883	34,5	80 694	37,7	31,6
50 bis unter 65	19 609	7,5	17 434	8,1	18,2
65 oder mehr	9 294	3,6	7 697	3,6	17,3

Die Höhe der gegenwärtigen und zukünftigen Wanderungen spielt nicht nur in akademischen Debatten etwa bezüglich der Annahmen künftiger Wanderungssalden für Bevölkerungsprognosen eine Rolle, sondern nimmt auch im allgemeinen öffentlichen Bewusstsein einen breiten Raum ein, etwa bei den Fragen nach der Sicherung der

¹ Beispiele für negative Geburtenalden sind in der Europäischen Union Griechenland, Italien Schweden, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien und die drei baltischen Staaten. Positive Salden, wenn auch niedrige Geburtenziffern, die den derzeitigen Bevölkerungsbestand langfristig nicht erhalten, weisen in Europa weitere Staaten wie Großbritannien, Frankreich und Spanien auf, außerhalb Europas z.B. Kanada, Japan, China und Südkorea. (Quelle: Statistisches Bundesamt „Statistisches Jahrbuch für das Ausland 2003“, S. 44, 45 und 199, Wiesbaden, 2003).

Rentensysteme, der gesteuerten Anwerbung hochqualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland oder der Furcht vor einer übermächtigen Einwanderungswelle. Um das Ausmaß der aktuellen Migrationsbewegungen richtig beurteilen zu können, ist ein längerfristiger Vergleich sehr hilfreich. Deshalb wird nachfolgend die Wanderung für Bayern seit Kriegsende dargestellt. Dabei wird sowohl auf die Binnen- als auch auf die Außenwanderung eingegangen.

Die Binnenwanderungen erfassen die Wanderungen innerhalb Bayerns. Sie haben also keine Auswirkung auf die Gesamthöhe der Bevölkerungszahl, können aber zu Verschiebungen der Bevölkerung innerhalb Bayerns führen und damit die Bevölkerung einzelner Regionen erhöhen bzw. senken. Die Binnenwanderung ist auch ein wichtiger Indikator für die Attraktivität einzelner Regionen innerhalb Bayerns.

Unter dem Begriff Außenwanderungen werden hingegen alle die bayerische Grenze überschreitenden Umzüge erfasst. Der Saldo aus der Außenwanderung wirkt sich wie oben beschrieben, maßgeblich auf die Höhe der Bevölkerungszahl aus. Gibt es bevorzugte Zu- bzw. Abwanderungsgebiete, beeinflussen die Außenwanderungen jedoch auch die Verteilung der Bevölkerung innerhalb Bayerns.

Außenwanderung

Seit Kriegsende wurde die Bevölkerungszahl Bayerns maßgeblich durch Zuwanderung von außen bestimmt. Dies gilt besonders für die unmittelbare Nachkriegszeit, als der Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen die Einwohnerzahl Bayerns trotz Kriegsverlusten und Geburtenausfall der Kriegszeit von 7,08 Millionen im Jahr

1939 auf 8,84 Millionen im Jahr 1946 und 9,18 Millionen im Jahr 1950 ansteigen ließ². Am 1.7.1950 waren insgesamt 1,94 Millionen Vertriebene in Bayern registriert.

Auch in den Jahren nach 1950 beeinflussten die Außenwanderungen stark die Entwicklung der bayerischen Bevölkerungszahl. Vom 31.12.1950 bis zum 31.12.2003 stieg sie von 9,18 Millionen auf 12,42 Millionen um knapp 3,25 Millionen an. In diesem Zeitraum verzeichnete Bayern einen positiven Wanderungssaldo von 2,64 Millionen Personen. Damit sind 81,4% des Bevölkerungsanstiegs Bayerns von 1950 bis 2003 auf Zuwanderungsüberschüsse zurückzuführen. In den Jahren 1973 bis 1987 und 2001 bis 2003 resultierte der Bevölkerungszuwachs Bayerns ausschließlich auf einem positiven Außenwanderungssaldo, da in diesen Jahren die Zahl der Gestorbenen die der Geburten übertraf.

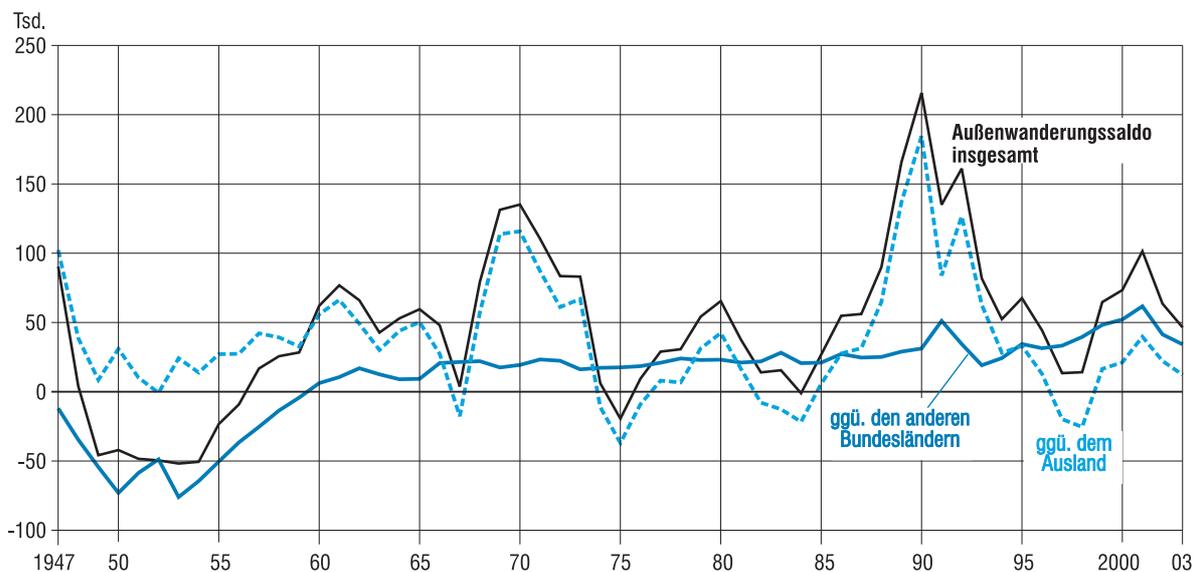
Der Außenwanderungssaldo lässt sich unterteilen in einen Saldo gegenüber dem Ausland und den anderen Bundesländern. Dabei ist jedoch zu beachten, dass sich die Abgrenzungen im Zeitverlauf geändert haben. So zählte das Saarland bis 1957 zum Ausland, ab 1958 ist es Bundesland. West-Berlin wird hier ab 1965 zum Bundesgebiet gezählt, die neuen Bundesländer ab dem 3.10.1990. Die ehemalige DDR gilt durchgängig als Ausland.

Die zeitliche Entwicklung des gesamten bayerischen Außenwanderungssaldos, des Saldos zu den übrigen Bundesländern und zum Ausland seit 1947 ist in Abbildung 1 dargestellt. Dabei zeigt der

² Jeweils bezogen auf den Gebietsstand Bayerns von 1950 (einschließlich Lindau).

Großer Einfluss der Zuwanderer auf die Bevölkerungszahl

Abb. 1 Außenwanderungssalden Bayerns seit 1947 gegenüber dem Ausland und den anderen Bundesländern sowie insgesamt



Jährliche durchschnittliche Wanderungssalden Bayerns gegenüber den anderen Bundesländern 1950 bis 2003 nach Dekaden

Tab. 2

Gebiet	Jahresdurchschnittlicher Wanderungssaldo					
	1950 - 1959	1960 - 1969	1970 - 1979	1980 - 1989	1990 - 1999 ³	2000 - 2003
	Personen					
Baden-Württemberg	- 21355	646	4 142	3 185	4 910	1 493
Bremen	- 163	229	104	307	128	69
Hamburg	- 555	775	461	504	-108	-46
Hessen	- 5496	-194	1 187	2 969	1 932	2 412
Niedersachsen	1 903	2 773	1 783	4 405	7 783	13 350
Nordrhein-Westfalen	- 14 541	7 212	5 644	8 713	3 140	3 032
Rheinland-Pfalz	- 5 501	604	1 238	1 587	149	672
Schleswig-Holstein	584	522	450	772	1 326	211
Saarland ¹	107	425	969	647	404	251
West-Berlin ²	-	3 273	4 245	1 087	995	1 093
Alte Bundesländer	- 45 017	16 264	20 222	24 175	20 660	22 536
Brandenburg	x	x	x	x	2 450	3 711
Mecklenburg-Vorpommern	x	x	x	x	710	1 280
Sachsen	x	x	x	x	6 523	10 424
Sachsen-Anhalt	x	x	x	x	2 366	4 699
Thüringen	x	x	x	x	3 565	4 715
Neue Bundesländer	x	x	x	x	15 615	24 829

1 Ab 1958,

2 Ab 1965, ab 3.10.1990 Berlin,

3 Neue Bundesländer 1991 bis 99.

Gesamtsaldo einen ausgesprochen wellenförmigen Verlauf. Dieser wird überwiegend durch den Wanderungssaldo mit dem Ausland hervorgerufen. Der Wanderungssaldo zu den anderen Bundesländern entwickelte sich hingegen vergleichsweise kontinuierlich. Offenbar werden Wanderungen zwischen den Bundesländern weniger durch kurzfristige konjunkturelle, sondern eher durch langfristige strukturelle Einflussgrößen induziert.

Wanderungssalden gegenüber den anderen Bundesländern

Der Wanderungssaldo gegenüber den anderen Bundesländern war von 1947 bis 1959 negativ, ab 1960 ist er durchgängig positiv. In den neunziger Jahren lag er höher als vor der Wiedervereinigung, was vor allem auf die Einbeziehung der neuen Bundesländer zurückzuführen ist.

In Tabelle 2 sind die jahresdurchschnittlichen Wanderungssalden Bayerns mit den einzelnen Bundesländern seit 1950 nach Dekaden angegeben. Nach dem negativen Saldo in den fünfziger Jahren stieg der Wanderungsgewinn gegenüber allen sonstigen Bundesländern in den folgenden Dekaden bis 1989 jeweils an. Besonders hohe Salden konnte Bayern dabei gegenüber Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Berlin (West) und Niedersachsen erzielen. In den neunziger Jahren sanken die jahresdurchschnittlichen Wanderungsgewinne Bayerns gegenüber den alten Bundesländern ab. Hierfür waren vor allem die, verglichen mit den achtziger Jahren, deutlich niedrigeren Salden gegenüber Nordrhein-Westfalen, Hessen Rheinland-Pfalz und Hamburg verantwortlich. Im Falle Hamburgs, dessen wirtschaftliche Entwicklung nach der Wiedervereinigung

einen besonders günstigen Verlauf nahm, gab es in den neunziger Jahren sogar ein Wanderungsdefizit. Erhöht hat sich in den neunziger Jahren der Wanderungsgewinn gegenüber Baden-Württemberg und Niedersachsen. Im Falle Niedersachsens war hierfür jedoch vor allem die Weiterverteilung von Spätaussiedlern aus den in Niedersachsen vorhandenen Erstaufnahmeeinrichtungen verantwortlich. Nach der Jahrtausendwende stieg der Wanderungsgewinn Bayerns gegenüber den alten Bundesländern wieder an. Diese Entwicklung ist aber überwiegend auf den weiter gestiegenen positiven Wanderungssaldo gegenüber Niedersachsen zurückzuführen.

Hohe Wanderungsgewinne konnte Bayern gegenüber den neuen Bundesländern verzeichnen. Dabei gab es die höchsten Salden gegenüber den benachbarten Ländern Sachsen und Thüringen. Der jahresdurchschnittliche Wanderungsgewinn stieg nach der Jahrtausendwende im Vergleich zu den neunziger Jahren noch einmal an. Dies gilt für alle neuen Bundesländer gleichermaßen. Nach 1999 lag der jahresdurchschnittliche Wanderungsgewinn gegenüber den fünf neuen Bundesländern höher als gegenüber den zehn alten.

Wanderungen gegenüber dem Ausland

Der Wanderungssaldo gegenüber dem Ausland nahm, wie bereits angesprochen, einen stark wellenförmigen bzw. zyklischen Verlauf. Nach dem Abklingen des Zustroms der Vertriebenen stieg er bereits ab Mitte der fünfziger Jahre wieder an. Ein erster Hochpunkt wurde 1961, im Jahr des Baus der Berliner Mauer erreicht. In den folgenden beiden Jahren sank der Saldo dann um über 36 000 Personen ab. Interessanterweise ging dabei die Zahl der Zugewanderten le-

Seit 1960 positiver Wanderungssaldo zu anderen Bundesländern

Zyklischer Wanderungssaldo ggü. dem Ausland

diglich um knapp 5 000 Personen zurück, der Saldo sank also weniger aufgrund verminderter Zuwanderung als vielmehr wegen einer verstärkten Abwanderung. Die nach dem Mauerbau ausbleibenden DDR-Flüchtlinge wurden beinahe vollständig durch Zuwanderer aus anderen Ländern ersetzt. Die hohe Mobilität der damaligen Gastarbeiter führte dann aber bei einem steigenden Anteil in der Bevölkerung auch zu einer erhöhten Abwanderung.

Deutlich stärker als vom Bau der Berliner Mauer wurde der Saldo gegenüber dem Ausland durch die wirtschaftlichen Rezessionen und die damit einhergehende verschlechterte Arbeitsmarktsituation der Jahre 1967, 1974/75 und 1981/82 gedrosselt, als der Zuwanderungssaldo jeweils negativ wurde. In diesen Jahren sank neben dem Saldo auch die Höhe der Zuwanderung deutlich ab. Einen negativen Außenwanderungssaldo gab es auch in den Jahren 1997 und 1998, als zahlreiche Bürgerkriegsflüchtlinge aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien in ihre Heimatländer zurückkehrten. Besonders hohe Wanderungsgewinne waren in den Jahren 1970, 1980, 1990 und 2001 zu verzeichnen, also jeweils während wirtschaftlichen Boomphasen. Dies zeigt den starken Zusammenhang von Wanderung und wirtschaftlicher Entwicklung. Dabei stellt das Jahr 1990 mit einem Einwanderungsüberschuss von 184 510 das absolute Maximum dar. Für diese extrem hohe Zahl war neben der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung natürlich vor allem die Öffnung der Grenzen Osteuropas von entscheidender Bedeutung. Letztere verhinderte nach der Rezession von 1993 vermutlich auch ein abermaliges Abgleiten des Wanderungssaldos in den negativen Bereich.

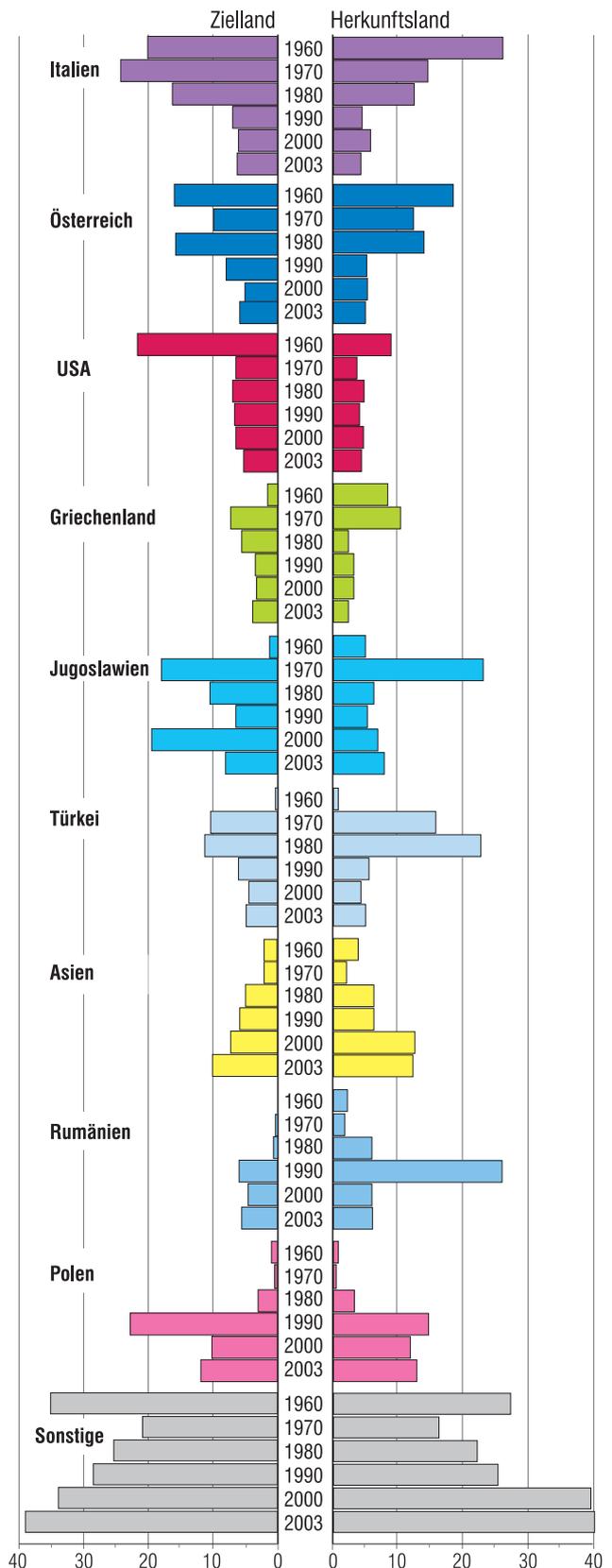
Wandel der häufigsten Herkunfts- bzw. Zielländer

Die bevorzugten Herkunfts- bzw. Zielländer der zu- und abgewanderten Personen wechselten im Zeitverlauf. Während in den fünfziger Jahren abgesehen von den Vertriebenen und DDR-Flüchtlingen vor allem mit Österreich, den USA und der Schweiz ein Bevölkerungsaustausch stattfand, verlagerten sich die Außenwanderungen mit Beginn der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte gegen Ende der fünfziger Jahre zunächst nach Italien. So kamen im Jahr 1960 25,6% der Zuwanderer aus Italien und 18,1% aus Österreich, während bei den Abwanderungen die USA mit 21,6% den größten Anteil erreichten. Es folgte Italien mit 20,0% (vgl. Abb. 2)³. Der hohe Anteil der Italiener bei den abgewanderten Personen verdeutlicht, dass die Zuwanderungen aus dem Ausland oftmals nur vorübergehender Natur sind. Hohe Anteile sowohl bei den Zu- als auch bei den Abwanderern finden sich später beispielsweise auch für die Türkei und Jugoslawien.

³ Bei den Zuwanderern aus dem Ausland des Jahres 1960 sind die Flüchtlinge über die damals noch offene Grenze zwischen West- und Ostberlin nicht enthalten.

Zugezogene und Fortgezogene über die Landesgrenze Bayerns in ausgewählten Jahren seit 1960 nach Ziel- und Herkunftsländern
Länderanteile in Prozent

Abb. 2



Im Jahr 1970 stellte Jugoslawien den höchsten Anteil der zugewanderten Personen, 1980 war es die Türkei. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs änderten sich die Herkunftsländer der Einwanderer. So kam Rumänien im Jahr 1990 auf 25,9% der Zugewanderten, Polen auf 14,6%. In den Jahren 2000 und 2003 ist der gestiegene Anteil Asiens an der Zuwanderung auffällig. Mit 12,2% erreichten Zuwanderer aus Asien im Jahr 2003 beinahe denselben Anteil wie Polen mit 12,8%.

Die meisten Auswanderer zog es 1970 mit einem Anteil von 24,2% und 1980 mit einem Anteil von 16,2% jeweils nach Italien. 1990 entfiel der größte Anteil mit 22,7% auf Polen. Im Jahr 2000 lagen die Staaten des ehemaligen Jugoslawien mit 19,4% vorn. Dieser hohe Anteil hing mit der Rückwanderung der Bürgerkriegsflüchtlinge zusammen. Im Jahr 2003 war das häufigste Zielland der Auswandernden wieder Polen mit 11,8%.

Insgesamt hat seit 1970 die Konzentration der Einwanderer auf wenige Herkunftsländer abgenommen. So betrug der Anteil der „sonstigen Länder“ im Jahr 1970 lediglich 15,7%, im Jahr 2003 bereits 40,0%. Gleiches gilt auch für die Zielländer der Fortgezogenen. Hier stiegen die „sonstigen Länder“ von 21,5% im Jahr 1970 auf 38,9% im Jahr 2003 an. Die Außenwanderungen Bayerns verteilen sich also zunehmend auf mehrere Länder.

Ein nochmaliger Blick auf Abbildung 1 verdeutlicht die seit etwa 1960 zu beobachtende hohe Übereinstimmung der Verlaufsformen des gesamten bayerischen Außenwanderungssaldos mit dem Wanderungssaldo zwischen Bayern und dem Ausland.

Zuvor war der Gesamtsaldo nach der Abschwächung des Zustroms der Vertriebenen von 1949 bis 1956 negativ. In diesem Zeitraum wanderten über 320 000 Personen mehr aus Bayern ab als zuzogen⁴. Seit 1957 ist der Außenwanderungssaldo Bayerns hingegen fast durchgängig positiv. Ausnahmen hiervon sind die beiden Jahre 1975 und 1984, in denen der rezessionsbedingte Wanderungsverlust gegenüber dem Ausland die Wanderungsgewinne gegenüber den anderen Bundesländern übertraf. 1984 spielten dabei auch von der Bundesregierung gesetzte finanzielle Anreize für in ihre Heimat zurückkehrende Ausländer eine Rolle.

Binnenwanderung

Im Jahr 2003 wechselten 493 117 Personen innerhalb von Bayern ihren Wohnsitz. Damit entspricht die aktuelle Zahl beinahe exakt dem langjährigen Durchschnitt von 1947 bis 2003 mit etwa über 492 000 Personen. Im Zeitverlauf hat sich die durchschnittliche Zahl der Umzüge über Gemeindegrenzen innerhalb des Freistaats

jedoch beträchtlich geändert. Dies geht aus dem Vergleich der Umzüge je 1 000 Einwohner hervor:

Dekade	Umzüge je 1 000 Einwohner	
	Anzahl	
1950 bis 1959	57,67	
1960 bis 1969	52,47	
1970 bis 1979	45,99	
1980 bis 1989	39,15	
1990 bis 1999	42,51	
2000 bis 2003	39,49	

In den fünfziger Jahren war die Anzahl der Umzüge innerhalb Bayerns je 1 000 Einwohner am höchsten. Sie nahm bis in die achtziger Jahre kontinuierlich ab. Die Mobilität innerhalb Bayerns ging in diesem Zeitraum somit deutlich zurück. In den neunziger Jahren gab es einen vorübergehenden Wiederanstieg, der jedoch das Niveau der siebziger Jahre nicht mehr erreichte. Nach der Jahrtausendwende sank die Mobilität wieder ab.

Die Salden der bayerischen Regierungsbezirke aus der Binnenwanderung sind in Tabelle 3 dargestellt. Positive Salden ergaben sich bis Ende der siebziger Jahre für Oberbayern und Mittelfranken, während die übrigen Regierungsbezirke überwiegend Abwanderungsgebiete waren. Die Wanderungsgewinne von Oberbayern und Mittelfranken waren in den fünfziger Jahren jeweils am höchsten. Auch hier spielte die Umsiedlung der Vertriebenen, die zunächst in ländlichen Regionen konzentriert waren, in die städtischen Ballungsräume München und Nürnberg eine Rolle.

In den achtziger und neunziger Jahren wandelte sich das Wanderungsverhalten deutlich. Oberbayern und Mittelfranken verloren jetzt Einwohner an andere Regierungsbezirke. Zu den Gewinnern hierbei gehörten die Oberpfalz, Schwaben und Niederbayern. Diese Tendenz setzte sich abgeschwächt auch nach der Jahrtausendwende fort.

Ursachen für das veränderte Wanderungsverhalten können in der Ansiedlung von Industriebetrieben in bislang ländlichen Gebieten liegen, wodurch diese an Attraktivität gewinnen. Daneben können auch Krisenerscheinungen in den industrialisierten Regionen sowie steigende Engpässe, etwa bezüglich der Wohnungsversorgung in diesen Gebieten eine Rolle spielen.

Zunehmende Anzahl der Herkunfts- und Fortzugsländer

Regionale Änderung der Binnenwanderung

Abnehmende Binnenmobilität

⁴ Eine Ursache hierfür war die in den fünfziger Jahren vorgenommene gezielte Umsiedlung von Flüchtlingen und Vertriebenen. Diese waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit wegen der prekären Wohnungssituation in den Großstädten zunächst überwiegend in ländlichen Gebieten Bayerns, Niedersachsens und Schleswig-Holsteins angesiedelt worden. Mit dem beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung erfolgte dann eine Umsiedlung in die Industriezentren Deutschlands. Vor 1949 bis 1953 wurden dabei aus Bayern über 150 000 Vertriebene umgesiedelt, die Mehrzahl nach Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

Jahresdurchschnittliche Salden der bayerischen Regierungsbezirke aus der Binnenwanderung 1947 bis 2003 nach Dekaden

Tab. 3

Dekade	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
	Anzahl						
1947 - 1949	8 836	- 4 678	-4 363	-4 738	3 303	593	1 047
1950 - 1959	17 379	-11 340	-5 618	-4 945	5 839	-1 328	13
1960 - 1969	10 330	- 4 754	-2 144	-3 267	1 501	- 685	- 981
1970 - 1979	6 779	- 1 363	-2 039	-2 015	347	-1 350	- 358
1980 - 1989	1 159	950	- 975	- 772	-1 412	- 592	1 643
1990 - 1999	-3 661	2 522	1 246	- 386	-1 009	- 999	2 286
2000 - 2003	- 255	962	573	-1 887	- 145	-1 747	2 501

Fazit

Derzeit eher geringe Zuwanderung

Verglichen mit der langjährigen Entwicklung lag 2003 der Wanderungsgewinn von 46 441 Personen eher im unteren Durchschnitt. Seit dem Jahr 2001 hat er sich zudem um mehr als die Hälfte vermindert. Der Saldo gegenüber den anderen Bundesländern liegt mit aktuell 34 212 Personen auch deutlich niedriger als vor zwei Jahren mit 61 719. Allerdings stellte der damalige Wert auch das absolute Maximum seit Kriegsende dar. Verglichen mit den Jahren vor der Wiedervereinigung ist er immer noch sehr hoch, der Anteil

der westdeutschen Bundesländer (einschließlich Berlin) liegt mit 16 996 Personen allerdings in etwa auf dem recht niedrigen Niveau der sechziger Jahre. Der Wanderungsgewinn gegenüber den neuen Ländern lag mit 17 216 Personen zwar über dem Jahresdurchschnitt aus den neunziger Jahren, ist verglichen mit dem Wert von 2001 aber ebenfalls deutlich gesunken. Der Wanderungssaldo gegenüber dem Ausland betrug im Jahr 2003 12 229 Personen. Er lag damit, sieht man von den beiden Jahren 1997 und 1998 ab, so niedrig wie zuletzt im Jahr 1985.

Ehescheidungen in Bayern

Dipl.-Kffr. (FH) Yvonne Tollmann

Die Zahl der Ehescheidungen in Bayern hat im Jahr 2003 mit 29 992 – das waren rund 1,7% mehr als im Jahr zuvor (29 503 Fälle) – einen neuen Höchststand erreicht. Im Vergleich zu 1990 (19 168 Fälle) lagen die Scheidungszahlen 2003 um 56% höher, seit 1980 haben sie sich mehr als verdoppelt. Gut die Hälfte aller Ehescheidungen (51%) entfiel 2003 auf Ehen mit einer Dauer von 5 bis unter 15 Jahren. Selbst nach einer Ehedauer von 25 Jahren oder mehr lag die Zahl der Scheidungen noch bei einem Anteil von rund 11%. Im Jahr 2003 waren insgesamt 24 940 minderjährige Kinder von der Scheidung ihrer Eltern betroffen, somit hat sich deren Zahl seit 1990 beinahe verdoppelt. Innerhalb Bayerns gab es 2003 merkbare regionale Unterschiede zwischen Stadt und Land bei der Ehescheidungshäufigkeit.

Vorbemerkungen

Die Rechtsgrundlage für die Statistik der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen ist das *Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes* i.d.F. vom 14. März 1980 (BGBl I S. 308). Seit Inkrafttreten des *Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts* (1. EheRG) am 1. Juli 1977 (BGBl I S. 1421) wird die Statistik der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen zusammen mit der Justizgeschäftsstatistik durchgeführt. Zur Erfassung der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen werden monatlich elektronische Zählkarten bei den Geschäftsstellen der im Rahmen des 1. EheRG bei den Amtsgerichten errichteten Familiengerichten erstellt und dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung übermittelt. Die Auswertung der Statistik der rechtskräftigen Urteile erfolgt jährlich¹.

Rechtsgrundlagen der Ehescheidungen

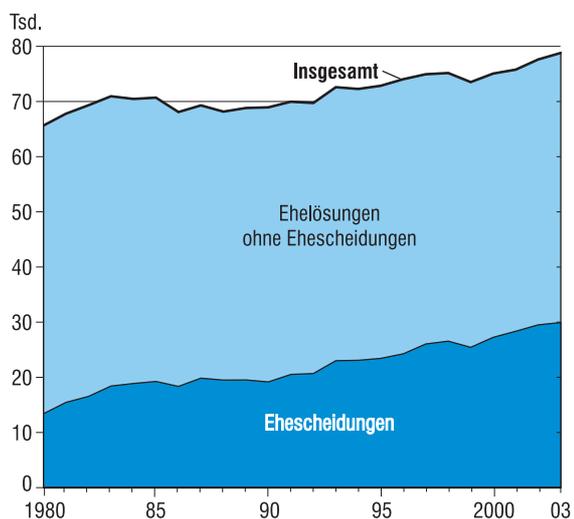
Im Ersten Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts ist geregelt, dass eine Ehe geschieden werden kann, wenn sie gescheitert ist. Diese Regel wird durch bestimmte Trennungsfristen konkretisiert, die natürlich von Einfluss auf die Verteilung der Ehescheidungen nach Ehedauer sind. Leben die Ehegatten noch kein Jahr getrennt, so kann die Ehe nur in begründeten Ausnahmefällen geschieden werden. Leben die Ehegatten zwischen einem und drei Jahren getrennt, wird unwiderlegbar vermutet, dass die Ehe gescheitert ist, wenn beide Ehepartner die Scheidung beantragen und der Scheidung zustimmen. Wenn die Ehegatten seit über drei Jahren getrennt leben, wird unwiderlegbar vermutet, dass die Ehe gescheitert ist, die fehlende Zustimmung des anderen Ehegatten ist dann unbeachtlich.

Unterdurchschnittliche Scheidungshäufigkeit Bayerns innerhalb der alten Bundesländer

Eine Ehe wird entweder durch den Tod eines Ehegatten oder durch ein gerichtliches Urteil beendet. 2003 gingen etwa 45% der Ehelösungen auf den Tod des Mannes, 17% auf den Tod der Frau und

Ehelösungen in Bayern seit 1980

Abb. 1



38% auf ein gerichtliches Urteil zurück. Der hohe Anteil der durch den Tod des Mannes beendeten Ehen ist vor allem darauf zurückzuführen, dass verheiratete Männer im allgemeinen etwas älter als ihre Frauen sind und die mittlere Lebenserwartung der Frauen mehrere Jahre höher ist als die der Männer (z.B. liegt die Differenz der mittleren Lebenserwartung einer 35-jährigen Frau und einem 37-jährigen Mann nach der *Allgemeinen Bayerischen Sterbetafel* des Landesamts bei 7,3 Jahren). Bei den durch gerichtliches Urteil gelösten Ehen spielen die Auflösungsgründe „Nichtigkeitserklärung der Ehe“ und „Aufhebung der Ehe“ zahlenmäßig nur eine sehr geringe Rolle, rund 99,8% entfallen auf „Ehescheidungen“ die im folgenden betrachtet werden.

Ehelösungen durch Tod und Scheidung

In Abbildung 1 sind die Ehelösungen insgesamt sowie die Ehescheidungen dargestellt. Die durch den Tod eines Ehegatten be-

¹ Die Ergebnisse werden im Statistischen Bericht „A II 2-j./.. Gerichtliche Ehelösungen in Bayern“ veröffentlicht.

dingten Ehelösungen nahmen seit 1980 von 52 245 auf 48 749 merklich ab. In dieser Entwicklung zeichnet sich vor allem die gestiegene Lebenserwartung der Bevölkerung ab, was natürlich Auswirkungen auf die Dauer der Ehen hat. Bei den Ehescheidungen ist dagegen seit 1980 mit 13 408 Fällen eine nahezu kontinuierlich aufwärts gerichtete Tendenz bis zum heutigen Höchststand von 29 992 Ehescheidungen festzustellen.

24 Scheidungen je 10 000 Einwohner in Bayern

Betrag 1980 der Anteil der Ehescheidungen an den Ehelösungen noch 20,4%, so waren es im Jahr 2003 bereits 38,1%. Dennoch hat Bayern nach Baden-Württemberg unter den alten Bundesländern seit 1980 die niedrigsten Scheidungshäufigkeiten zu verzeichnen. Wurden deutschlandweit im Jahr 2003 26 Ehen auf 10 000 Einwohner (Stand: 31. Dezember 2003) geschieden, lag dieser Wert in Bayern – trotz der erheblich gestiegenen Scheidungszahlen – mit 24 nur knapp über dem von Baden-Württemberg (23). In den neuen Ländern verzeichneten Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen die niedrigste Scheidungshäufigkeit mit je 21 Ehescheidungen auf 10 000 der Bevölkerung (Tabelle 1), was gleichzeitig auch die niedrigsten Werte in Deutschland waren.

Ehescheidungen 2003 in den Bundesländern

Tab. 1

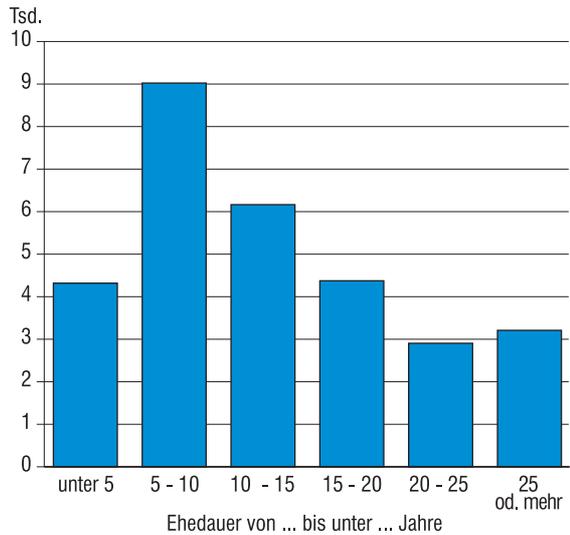
Bundesland	Ehescheidungen	
	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Baden-Württemberg	25 046	23
Bayern	29 992	24
Berlin	10 102	30
Brandenburg	6 107	24
Bremen	1 797	27
Hamburg	4 989	29
Hessen	16 288	27
Mecklenburg-Vorpommern	3 677	21
Niedersachsen	21 921	27
Nordrhein-Westfalen	50 962	28
Rheinland-Pfalz	11 567	28
Saarland	2 867	27
Sachsen	8 946	21
Sachsen-Anhalt	5 863	23
Schleswig-Holstein	8 293	29
Thüringen	5 558	23
Deutschland insgesamt	213 975	26

„Kritische“ Ehedauer zwischen 5 und 7 Ehejahren

Große Bedeutung für die Scheidungsanfälligkeit einer Ehe besitzt die Ehedauer (Abb. 2). Vereinfachend lässt sich sagen, dass 1990 etwa 21 % der geschiedenen Ehen weniger als fünf, rund 29 % fünf bis unter zehn Jahre, ca. 30 % zehn bis unter zwanzig Jahre und etwa 20 % zwanzig oder mehr Jahre bestanden haben. Im Jahr 2003 wurden dagegen rund 15 % der Ehen nach einer Ehedauer von bis zu fünf Jahren, 30 % von fünf bis unter zehn Jahren, 35 % nach zehn bis unter zwanzig Jahren und etwa 20 % nach zwanzig oder mehr Ehejahren geschieden. Am häufigsten wurden 2003 junge Ehen nach ei-

Ehescheidungen in Bayern 2003 nach der Ehedauer

Abb. 2



ner Dauer von fünf bis sieben Jahren beendet. Auf diese drei Ehedauerjahre entfielen zusammen rund 5 880 Fälle, das sind rund 20% aller Scheidungen. Damit hat sich im Laufe der vergangenen 10 Jahre die hinsichtlich des Scheidungsrisikos „kritische Ehedauer“ nach oben verschoben. So endeten die 1990 geschiedenen Ehen am häufigsten nach einer Ehedauer von drei bis fünf Jahren. Aber auch Ehescheidungen nach einer verhältnismäßig langen Zeit des Zusammenlebens sind keine Einzelfälle. Etwa 10 % der 2003 geschiedenen Ehen hatten das Jubiläum der Silberhochzeit bereits hinter sich. Bei 18 Paaren die im Jahr 2003 heirateten, wurde die Ehe dagegen noch im gleichen Jahr geschieden.

Scheidungen nach der Ehedauer

Der Scheidungsantrag ging im Jahr 2003 überwiegend (zu 56 %) von der Ehefrau, in etwa 37 % der Fälle vom Ehemann und in rund 7 % der Fälle von beiden aus. Dieses Verhältnis hat sich seit 1990 nur unwesentlich verändert.

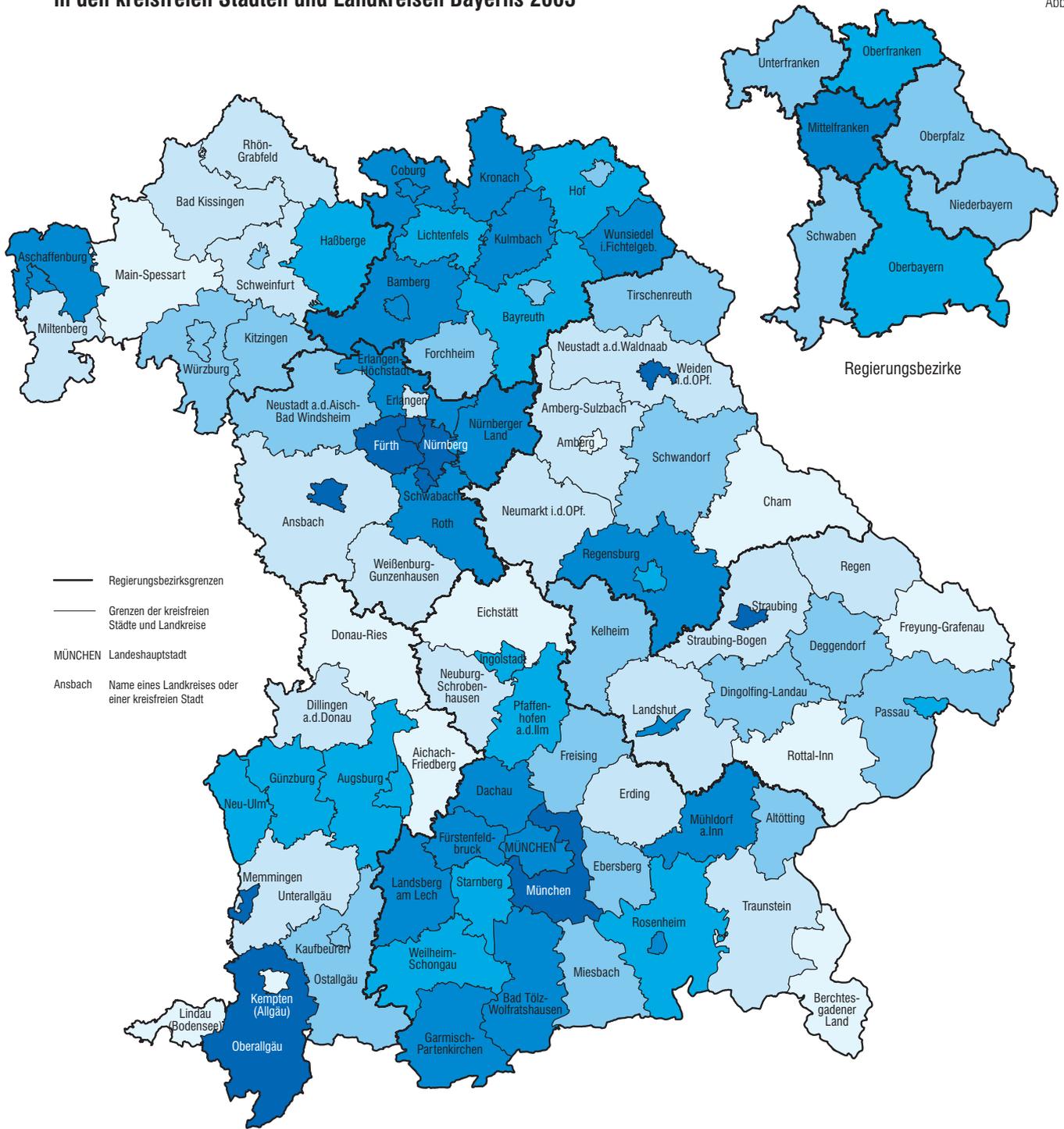
Immer mehr Kinder von der Scheidung ihrer Eltern betroffen

Von einer Scheidung der Eltern sind häufig Kinder betroffen, die aus dieser Ehe hervorgegangen sind. In der Statistik der Ehescheidungen wird nur die Zahl der minderjährigen Kinder erhoben und ausgewiesen, d.h. alle volljährigen Kinder von geschiedenen Ehepaaren werden hier nicht erfasst. Seit Anfang der 90er Jahre hat sich die Zahl der Scheidungswaisen deutlich erhöht. Während 1990 rund 13 900 minderjährige Kinder die Scheidung ihrer Eltern erleben mussten, stieg diese Zahl bis 2003 um rund 79 % auf 24 940 Kinder an. Diese Entwicklung hängt zum einen mit der gestiegenen Zahl an Ehescheidungen zusammen. Zum anderen hat jedoch der Anteil der Ehen zugenommen, in denen zum Zeitpunkt der Scheidung zwei oder mehr

Zahl der betroffenen Kinder steigt weiter

**Ehescheidungen je 10 000 Einwohner
in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns 2003**

Abb. 3



Ehescheidungen je 10 000 Einwohner		Häufigkeit	
	bis unter 20	11	
	20 bis unter 22	18	
	22 bis unter 24	20	
	24 bis unter 26	15	
	26 bis unter 28	22	Minimum: Lkr Lindau (Bodensee) 14
	28 oder mehr	10	Maximum: Krfr. St Weiden i.d.OPf. 34
			Bayern: 24

Ehescheidungen in Bayern 2003 nach dem Alter der Ehepartner

Tab. 2

Alter der geschiedenen Männer in Jahren ¹	Insgesamt	Alter der geschiedenen Frauen in Jahren ¹					
		unter 20	20	30	40	50	60 oder mehr
			bis unter				
			30	40	50	60	
unter 20	2	1	1	-	-	-	-
20 bis unter 25	431	6	391	26	7	1	-
25 bis unter 30	2 233	8	1 684	456	68	16	1
30 bis unter 35	4 889	1	1 825	2 705	296	53	9
35 bis unter 40	6 753	-	653	5 063	919	106	12
40 bis unter 50	10 166	1	287	3 881	5 505	449	43
50 bis unter 60	4 197	1	50	388	2 001	1 623	134
60 oder mehr	1 321	-	14	72	235	471	529
Insgesamt	29 992	18	4 905	12 591	9 031	2 719	728

¹ Alter = Berichtsjahr - Geburtsjahr

Kinder unter 18 Jahren lebten. Dies waren 1990 rund 19 % der geschiedenen Ehen, 2003 bereits 25 %. Demgegenüber hat seit 1990 der Anteil der Scheidungen von Ehen ohne Kinder bzw. ohne minderjährige Kinder weiterhin leicht abgenommen: 1990 war dies bei mehr als der Hälfte aller Ehescheidungen der Fall, 2003 bei knapp 47 %.

Scheidungen im 4. Lebensjahrzehnt am häufigsten

In Tabelle 2 sind die im Jahr 2003 geschiedenen Ehen nach dem Alter der Ehepartner dargestellt. Die meisten Ehepartner waren zum Zeitpunkt der Ehescheidung zwischen 30 und 39 Jahre alt. So wurden 2003 insgesamt 11 642 Ehen (39 %) geschieden, bei denen der Mann, und 12 591 (42 %) Ehen, bei denen die Frau zwischen 30 und 39 Jahren alt war. Bei insgesamt 7 768 geschiedenen Ehen waren beide Partner in dieser Altersgruppe. Ehen in denen die jeweiligen Partner 40 bis unter 50 Jahre alt waren, wurden in Bayern am zweithäufigsten geschieden.

Geschiedene meist 30 - 39 Jahre alt

Vergleicht man alle weiteren Altersgruppen bei Männern und Frauen, so lässt sich feststellen, dass sich Männer im „besten“ Alter von 50 bis unter 60 Jahren weit häufiger scheiden lassen als noch in jungen Jahren (20 bis unter 30 Jahre). Bei den Ehepartnerinnen ist die Konstellation genau umgekehrt. Hier werden weit mehr junge Frauen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren geschieden als Frauen im Alter ab 50 Jahren. Zum Altersunterschied ist festzustellen, dass die Ehepartner zum Zeitpunkt der Scheidung meist nur ein bis drei Jahre auseinander lagen (rund 41 %) oder gleich alt waren (rund 16 %). Dabei ist festzustellen, dass in 19 695 (rund 66 %) von insgesamt 29 992 geschiedenen Ehen der Mann älter war, in 5 472 Fällen (rund 18 %) die Frau und in 4 825 Fällen waren die Partner gleich alt.

Altersunterschied ist gering

Ehescheidungen nach der Staatsangehörigkeit

Im Jahr 2003 wurden 22 996 Ehen geschieden, bei denen beide Ehepartner die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Dies entspricht einem Anteil von 77 % aller Fälle. Bei 19 % (5 656) der im Jahr 2003 geschiedenen Ehen hatte ein Partner die deutsche und der andere Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit. Zahlen-

mäßig am bedeutsamsten sind hierunter die geschiedenen Ehen von deutsch/jugoslawischen Paaren. 773 dieser ehelichen Verbindungen wurden 2003 durch Scheidung gelöst. Darüber hinaus wurden 1 340 Ehen rechtskräftig geschieden, bei denen beide ehemalige Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen. Bezogen auf alle durch Scheidung gelösten Ehen waren dies 4,5 % der Fälle.

773 dt./jugoslawische Ehen gelöst

Unterschiede zwischen Stadt und Land

Entsprechend der Einwohnerzahl wurden sowohl 1990 als auch 2003 im Regierungsbezirk Oberbayern mit 7 086 bzw. 10 545 die meisten Ehescheidungen registriert, gefolgt von Mittelfranken mit 3 166 bzw. 4 546 Ehescheidungen und Schwaben mit 2 418 bzw. 4 066 Scheidungen. Im Regierungsbezirk Niederbayern ist die Zahl der Ehescheidungen von 1 431 auf 2 589 gestiegen, in der Oberpfalz von 1 400 auf 2 447, in Oberfranken von 1 719 auf 2 800 und in Unterfranken von 1 948 auf 2 999.

In den vergangenen Jahren (seit 1990) verzeichneten die höchsten prozentualen Anstiege bei Ehescheidungen die Regierungsbezirke Niederbayern (+81 %) und Oberpfalz (+75 %), gefolgt von Schwaben (+68 %), Oberfranken (+63 %), Unterfranken (+54 %), Oberbayern (+49 %) und Mittelfranken (+44 %).

Regionale Unterschiede

Auf Kreisebene (Abb. 3) zeigen sich hinsichtlich der Scheidungshäufigkeit zwischen Stadt und Land 2003 deutlichere Unterschiede als in den Vorjahren. Die kreisfreien Städte lagen mit 27 geschiedenen Ehen auf 10 000 Einwohner wesentlich höher als die Landkreise. Hier wurden 23 Ehen je 10 000 Einwohner durch Gerichtsurteil beendet. Durchschnittlich wurden in Bayern im Jahr 2003 rund 24 Ehen je 10 000 Einwohner geschieden. Am höchsten lag die Scheidungshäufigkeit in der Kreisfreien Stadt Weiden i.d.Oberpfalz und dem Landkreis Fürth mit jeweils 34 geschiedenen Ehen auf 10 000 Einwohner. Die niedrigste Scheidungshäufigkeit verzeichnete 2003 der Landkreis Lindau (Bodensee) mit 14 geschiedenen Ehen auf 10 000 Einwohner.

Scheidungen in den Städten höher als auf dem Land

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen in Bayern 1996 bis 2003

Dipl.-Stat. Thomas Greiner

„Ein Tropfen Öl verunreinigt 1 000 Liter Trinkwasser“ wird häufig als Schlagwort zitiert. In vielen Bereichen des täglichen Lebens, z.B. in der industriellen Produktion, im Handel, Verkehr oder im Haushalt finden Stoffe Verwendung, die die Wasserqualität nachhaltig gefährden können. Laufend werden große Mengen an wassergefährdenden Stoffen hergestellt, abgefüllt, transportiert, umgeschlagen, gelagert oder weiterbehandelt. So wurden z.B. im Jahr 1996 in Deutschland rund 130 Millionen Tonnen Mineralölprodukte verbraucht sowie 1,8 Millionen Tonnen Lacke und Farben produziert¹. Ein sachgemäßer Umgang mit diesen Stoffen ist zur Vermeidung von Unfällen und damit zum Schutz der Oberflächengewässer sowie der Grundwasservorräte vor Schadstoffbelastungen unabdingbar. – Die amtliche Statistik erfasst nach der aktuellen Gesetzesgrundlage seit 1996 Daten über Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen. In den Jahren 1996 bis 2003 wurden in Bayern insgesamt 1 351 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen gemeldet, dabei gelangten rund 2 127 Kubikmeter dieser Stoffe in die Umwelt. 17 % der insgesamt freigesetzten Menge wurde in Schutzgebieten freigesetzt, darunter 22 Kubikmeter in Wasserschutzgebieten. – Als Hauptunfallursache trat neben Materialfehlern in 57 % der Unfälle menschliches Fehlverhalten auf. – Rund zwei Drittel der freigesetzten wassergefährdenden Stoffe konnten im Zuge der eingeleiteten Sofort- und Folgemaßnahmen wiedergewonnen werden. Die Kosten dieser Maßnahmen wurden auf insgesamt über 17 Millionen Euro beziffert. – Im folgenden Beitrag werden neben allgemeinen Ausführungen zur Thematik die wichtigsten Ergebnisse der Jahre 1996 bis 2003 dargestellt.

Wassergefährdende Stoffe als Gefahr für die Umwelt

Die Wirkung wassergefährdender Stoffe auf das Wasser kann sehr unterschiedlich sein. Die Gefährlichkeit eines Stoffes für das Grund- oder Oberflächenwasser hängt vor allem von seiner Giftigkeit, seinem Abbauverhalten, seiner Beweglichkeit im Boden und von der Bodenbeschaffenheit selbst ab. So sind einige dieser Stoffe in der Lage, bereits in äußerst geringen Konzentrationen Wasser nachhaltig zu verändern und für den menschlichen Genuss unbrauchbar bzw. für den Naturhaushalt belastend zu machen. Zum Schutz von Umwelt und Gesundheit werden alle diese sogenannten wassergefährdenden Stoffe auf ihre Gefährlichkeit hin untersucht und in drei Wassergefährdungsklassen (WGK) eingestuft (Kasten 1). Zur Bewertung des Gefährdungspotenzials werden unter anderem die Kriterien „akute Giftigkeit“ insbesondere gegenüber Lebewesen, Verbreitungs- und Abbauverhalten im Untergrund bzw. in Gewässern sowie Langzeitwirkungen der Stoffe herangezogen.

Eine Verunreinigung oder Gefährdung der ober- und unterirdischen Wasserspeicher kann auf vielfältige Weise erfolgen, z.B. durch undichte Abwasserkanäle, Altlasten wie z.B. ehemalige Müllkippen

oder Industriestandorte, sauren Regen aus der Luftverschmutzung, unsachgemäße Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln oder vorsätzliche „wilde Entsorgung“ von Altölen oder anderen umweltbelastenden Stoffen. Nicht zuletzt können sich beim Umgang mit oder bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen Unfälle ereignen, die zu Wasserverunreinigungen führen und damit das ökologische Gleichgewicht beeinträchtigen bzw. die Trinkwasserversorgung gefährden können. Zur Vermeidung schwerwiegender Unfälle oder zur Schadensbegrenzung wurde deshalb eine Reihe von Vorsorgemaßnahmen getroffen wie z.B. die Ausweisung von Wasserschutzgebieten mit den entsprechenden Verbotsrichtlinien, Vorschriften zur technischen Sicherheit von Anlagen und Fahrzeugen, Schulung des Bedienungspersonals oder die Kennzeichnung von Gefahrguttransporten. Unfälle beim Umgang sind meist im Zusammenhang mit den entsprechenden Anlagen zu sehen, an die strenge Anforderungen gestellt werden: Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen müssen so errichtet und betrieben werden, dass

Stoffe werden in drei Wassergefährdungsklassen eingestuft

Vorsorgemaßnahmen zur Vermeidung von Unfällen

¹ Vgl. Internet-Seite des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft, http://www.bayern.de/fw/technik/gewaesserschutz/infoblaetter/umgang_wgs/anlagen_vo/welcome.htm

ein Schadenseintritt und somit eine Verunreinigung der Gewässer unwahrscheinlich ist². Tritt trotz aller Vorsichtsmaßnahmen ein Schadensfall ein, so wird in der Regel von Polizei und Feuerwehr in Zusammenarbeit mit den unteren Wasserbehörden versucht, mit Hilfe von geeigneten Sofortmaßnahmen möglichst viel der ausgelaufenen Substanzen wiederzugewinnen. Unter Sofortmaßnahmen versteht man z.B. den Einsatz von Bindemitteln, das Abdichten schadhafter Behälter, Umpumpen oder die Errichtung von Gewässersperren. Soweit erforderlich, wird verseuchtes Wasser aus Gewässern abgepumpt bzw. werden verunreinigte Böden ausgehoben und einer weiteren Behandlung oder Entsorgung zugeführt. Bei einer Gefährdung des Grundwassers können Grundwasserbeobachtungsrohre gesetzt oder Brunnen zum Abpumpen des schadstoffhaltigen Wassers errichtet werden. Die so wiedergewonnene Menge an Schadstoffen kann einer anschließenden Nutzung oder Verwendung weiterhin zur Verfügung stehen oder muss ordnungsgemäß entsorgt werden.

Umweltstatistikgesetz liefert Daten über Unfälle

Da Unfälle mit unsachgemäßem Austritt von wassergefährdenden Stoffen schwere Schäden an den natürlichen Wasserressourcen verursachen können, ist es wichtig, regelmäßig Daten über diese Unfälle zu erfassen und damit die Entwicklung in diesem Bereich zu beobachten. Zu diesem Zweck hat der Gesetzgeber im Rahmen des Umweltstatistikgesetzes (UStatG) die Erhebungen über Unfälle beim Umgang sowie bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe angeordnet³ (Kasten 2). Die Erhebungsergebnisse liefern wichtige Hinweise über Zahl, Art und Ausmaß der Unfälle und können damit Rückschlüsse auf die Qualität der Anlagen und die Wirksamkeit der

Erhebungen
über Unfälle
mit wasser-
gefährdenden
Stoffen

Wassergefährdungsklassen (WGK)

K 1

Wassergefährdende Stoffe sind feste, flüssige und gasförmige Stoffe, insbesondere Säuren, Laugen, Alkalimetalle, Schwermetalle, Mineral- und Teeröle sowie deren Produkte, flüssige sowie wasserlösliche Kohlenwasserstoffe, Gifte, Lösungsmittel u. a., die nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Wassers verändern können. In der „Verwaltungsvorschrift wassergefährdende Stoffe“ (VwVwS) von 1999 sind knapp 2000 Stoffe und chemische Verbindungen entsprechend ihrer Gefährlichkeit in drei Wassergefährdungsklassen (WGK) eingestuft:

WGK 1: schwach wassergefährdend (z.B. schweres Heizöl)

WGK 2: wassergefährdend (z.B. Dieseldieselkraftstoff; Ottokraftstoff, nicht als krebserzeugend gekennzeichnet)

WGK 3: stark wassergefährdend (z.B. Quecksilber, Altöle, Ottokraftstoff, als krebserzeugend gekennzeichnet)

Die früher verwendete WGK 0 (nicht wassergefährdend) ist seit 1999 entfallen. Stoffe wie Gülle und Jauche können Wassergefährdungen verursachen, werden jedoch grundsätzlich nicht in WGKs eingestuft. Sie werden jedoch statistisch erfasst und unter „Wassergefährdungsklasse unbekannt“ subsumiert.

Erhebungen über Unfälle beim Umgang und bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe nach dem Umweltstatistikgesetz

K 2

Seit dem Erhebungsjahr 1996 werden nach dem derzeit gültigen Umweltstatistikgesetz vom 21. September 1994 jährlich nach §12 die Unfälle beim Umgang und nach §14 bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe erfasst. Diese Erhebungen knüpfen an die von 1975 bis 1995 nach dem Umweltstatistikgesetz von 1980 durchgeführten Statistiken über die Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe an. Aufgrund der Erweiterung der Unfalldefinitionen – Umgang umfasst neben der früheren Lagerung u.a. auch die Herstellung, Behandlung, Abfüllung und innerbetriebliche Beförderung der Stoffe; Beförderung umfasst neben dem früheren Transport auf den verschiedenen Verkehrsträgern Straße, Wasser, Schiene, Luft z.B. auch die „Beförderung“ der Kraftstoffe in den Fahrzeugtanks – und aufgrund modifizierter Merkmalskataloge sind die Ergebnisse ab 1996 mit denjenigen bis 1995 nicht oder nur sehr eingeschränkt vergleichbar.

rechtlichen Regelungen zum Bau und Betrieb dieser Anlagen⁴ in Hinblick auf den Gewässerschutz zulassen. Dazu ist es erforderlich, die Umstände und Gegebenheiten der jeweiligen Unfälle auszuwerten, was durch den dafür zugeschnittenen Merkmalskatalog der Erhebung gewährleistet ist (Kasten 3). Nach einer Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 22. Januar 1996 – in der auch der Erhebungsweg festgelegt ist – liefern die Gemeinden, Polizeidienststellen, Wasserwirtschaftsämter und Kreisverwaltungsbehörden als Auskunftspflichtige Dienststellen in regelmäßigen Abständen die Unfallmeldebögen über das Bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft an das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

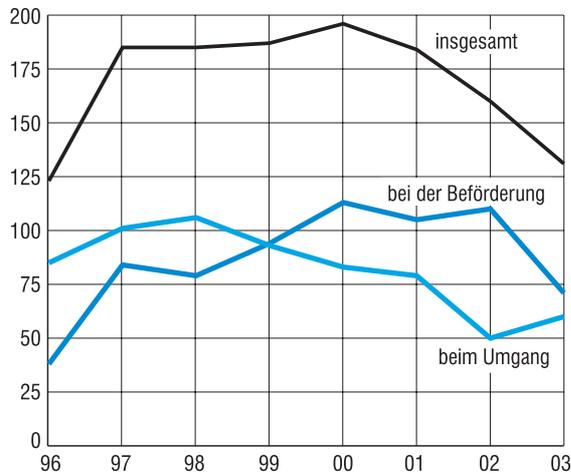
Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Jahre 1996 bis 2003 der Erhebungen über Unfälle beim Umgang sowie bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe dargestellt. Einige Merkmale werden in Form einer Zeitreihe angegeben, andere nur in Form einer Gesamtsumme über den Beobachtungszeitraum 1996 bis 2003. Die Aussagekraft von Zeitreihen ist im Rahmen dieser Erhebungen etwas eingeschränkt, da das Unfallgeschehen eher als zufällig zu betrachten ist. Entsprechend vorsichtig sind Veränderungen

² Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung-VAwS) vom 3. August 1996.

³ Gesetz über Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz – UStatG) vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2530), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3158).

⁴ Als ergänzende Erhebung ist nach §13 UStatG alle fünf Jahre die „Erhebung der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen“ durchzuführen. Die Erhebung soll eine Bestandsaufnahme der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen liefern und damit Aufschluss über das Gefährdungspotential geben. Sie soll weiterhin als Bezugsgröße für die Erhebung der Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen dienen. Die Erhebung wurde erstmalig für das Berichtsjahr 1999 durchgeführt. Da aufgrund unvollständiger Meldungen der auskunftspflichtigen Behörden die Ergebnisse statistisch wenig belastbar sind, wurde von einer Veröffentlichung abgesehen. Im Rahmen der zweiten Erhebungsdurchführung (Berichtsjahr 2004) wird sich zeigen, ob der o.g. Erhebungszweck erfüllt werden kann.

Abb. 1 **Unfälle beim Umgang und bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe in Bayern seit 1996**



gen und möglicherweise erkennbare Entwicklungen der einzelnen Merkmale im Zeitablauf zu interpretieren.

Nicht enthalten in den Ergebnissen sind Schadensfälle unbekanntem Hergangs (z.B. illegale Entsorgung). Derartige Verunreinigungen werden häufig erst relativ spät entdeckt, so dass oftmals keine Rückschlüsse auf Verursacher, Schadstoffquellen oder -mengen möglich sind. Nicht enthalten sind weiterhin ein Großteil der nicht konkretisierbaren und somit nicht statistisch erfassbaren Unfälle, die sich im Rahmen von Hochwasserkatastrophen ereigneten.

2 100 Kubikmeter freigesetzte Stoffe – davon zwei Drittel wiedergewonnen

In den Jahren 1996 bis 2003 wurden in Bayern von den zuständigen Behörden insgesamt 1 351 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen gemeldet, davon 657 Unfälle beim Umgang und 694 bei der Beförderung (Abb. 1). Insgesamt gelangten dabei rund 2 127 Kubikmeter wassergefährdende Stoffe in die Umwelt, von denen 1 400 Kubikmeter (66%) im Zuge der eingeleiteten Sofort- und Folgemaßnahmen wiedergewonnen werden konnten⁵. Von den nicht wiedergewonnenen und damit die Umwelt belastenden Stoffen wa-

In acht Jahren
1 351 Unfälle
mit wassergefährdenden
Stoffen

Merkmalskatalog der Erhebungen K 3

Der Merkmalskatalog der Erhebungen umfasst im Wesentlichen

- Art, Ort und Datum des Unfalls
- Art der Anlage bzw. des Beförderungsmittels
- Art und Menge des freigesetzten Stoffes
- Wassergefährdungsklasse des freigesetzten Stoffes
- Wiedergewonnene Menge
- Unfallursachen und Unfallfolgen
- Sofort- und Folgemaßnahmen sowie deren Kosten

ren 43,3% wassergefährdend (WGK 2) – zumeist Mineralölprodukte wie z.B. Dieseldieselkraftstoff –, 18,7% schwach wassergefährdend (WGK 1) und 2,6% stark wassergefährdend (WGK 3). Die restlichen in der Umwelt verbliebenen Substanzen waren Gülle (34,7%) sowie Stoffe von unbekannter oder nicht zuordenbarer Wassergefährdungsklasse (0,6%, vgl. Abb. 2).

Unfälle mit großen Mengen an Gülle beeinflussen Ergebnis

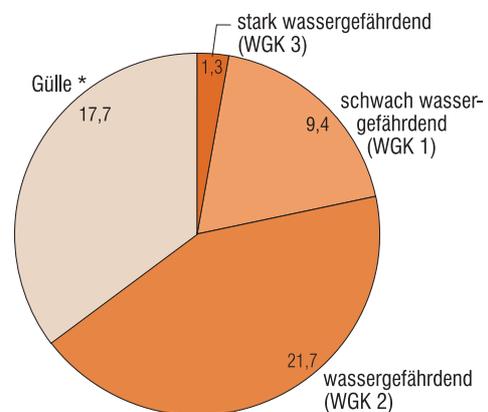
Das Titelschaubild zeigt die in den Jahren 1996 bis 2003 freigesetzten sowie nicht wiedergewonnenen Stoffmengen. Die teilweise deutlichen und mitunter beliebig anmutenden Schwankungen lassen eine gewisse Zufallsabhängigkeit der Unfallhäufigkeit und – schwere vermuten. Einen starken Einfluss auf das Gesamtergebnis üben zudem einige „gewichtige“ Einzelunfälle aus. Als „Ausreißer“ fallen die großen freigesetzten Mengen in den Jahren 1999 und 2001 sowie der hohe Anteil der nicht wiedergewonnenen Menge im Jahr 2003 auf, die auf drei große Unfälle mit Gülle zurückzuführen sind. Im Jahr 1999 sind auf einen Schlag 300 Kubikmeter, 2001 rund 200 und 2003 rund 150 Kubikmeter Gülle ausgelaufen; dies ergibt zusammen mehr als 30% der insgesamt im betrachteten 8-Jahreszeitraum freigesetzten Menge. Beim Gülleunfall des Jahres 2003 konnte eine starke Verunreinigung eines Gewässers nicht verhindert werden; die dabei vollständig ausgelaufenen 150 Kubikmeter Gülle hatten einen Anteil von rund 70% an der nicht wiedergewonnenen Menge aller 131 Unfälle des Jahres 2003 und immerhin noch mehr als 20% an der im Zeitraum von 1996 bis 2003 insgesamt nicht wiedergewonnenen Menge. Im Titelschaubild sind neben den Gesamtmengen zum Vergleich die freigesetzten sowie

Drei Gülleunfälle mit 30% der insgesamt freigesetzten Menge

⁵ Nicht enthalten in den wiedergewonnenen Mengen sind Beimengungen wie z.B. Lösungsmittel, Bindemittel oder Löschwasser.

Nicht wiedergewonnene Stoffmenge bei Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen in Bayern 1996 bis 2003 (kumuliert)
Nach Wassergefährdungsklassen (WGK) in Prozent

Abb. 2



* Einschließl. Jauche, Silagesickersaft oder sonstige Stoffe unbekannter WGK

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen in Bayern seit 1996 nach freigesetzten sowie nicht wiedergewonnenen Stoffmengen

Tab. 1

Jahr	Unfälle insgesamt	dabei freigesetzte Stoffmenge	darunter nicht wiedergewonnene Stoffmenge		von der nicht wiedergewonnenen Stoffmenge waren Mineralölprodukte ¹
	Anzahl	m ³		%	%
Unfälle insgesamt					
1996	123	232	62	26,8	96,3
1997	185	323	139	43,0	25,1
1998	185	176	62	35,3	49,5
1999	187	480	96	20,0	56,5
2000	196	111	34	30,9	94,4
2001	184	371	64	17,3	73,4
2002	160	163	56	34,4	71,6
2003	131	272	214	78,8	19,4
1996 bis 2003	1 351	2 127	727	34,2	46,8
Jahresdurchschnitt	169	266	91	34,2	X
davon					
Unfälle beim Umgang					
1996 bis 2003	657	1 432	516	36,0	42,6
Jahresdurchschnitt	82	179	65	36,0	X
Unfälle bei der Beförderung					
1996 bis 2003	694	695	211	30,4	57,3
Jahresdurchschnitt	87	87	26	30,4	X

1 z.B. Heizöl, Benzin, Dieselmotorenstoff, Kerosin, Altöl.

die nicht wiedergewonnenen Mengen ohne Gülle bzw. sonstige Stoffe mit unbekannter WGK dargestellt. Durchschnittlich wurden über alle acht Jahre betrachtet je Unfall 1,6 Kubikmeter freigesetzt, ohne Berücksichtigung der Gülleunfälle waren es 1,0 Kubikmeter.

Besonders sensibel: Wasserschutzgebiete

Die freigesetzten bzw. nicht wiedergewonnenen Mengen lassen für sich betrachtet noch keine Aussage über das Ausmaß der Umweltgefährdung bzw. -belastung zu. Dazu müssen zumindest noch Informationen über die Art und Gefährlichkeit des Stoffes und den Ort des Unfalls herangezogen werden. So können z.B. einerseits schwach wassergefährdende Stoffe oder nicht in Wassergefährdungsklassen eingestufte Stoffe wie z.B. Gülle in größeren Mengen ein beträchtliches Gefahrenpotential bergen, wenn sich der Unfall in unmittelbarer Nähe eines Gewässers oder sogar im Wasserschutzgebiet ereignet. Andererseits reichen bei stark wassergefährdenden Stoffen oft bereits relativ kleine Mengen aus, um die Umwelt und insbesondere die Trinkwasservorräte schädigen zu können. Auf manchen Straßen, die durch besonders empfindliche Trinkwasserschutz-zonen führen, ist deshalb der Transport wassergefährdender Stoffe grundsätzlich verboten.

Unfälle im engsten Raum um die Wassergewinnungsanlagen sind trotzdem nicht ausgeschlossen. Von 66 Unfällen, die sich in Wasserschutzgebieten ereigneten, wurde ein Unfall in der Wasserschutzzone 1 – das entspricht dem eingezäunten Fassungs-bereich des

Trinkwasserbrunnens bzw. der Quelle – gemeldet. Laut Meldebehörde wurden dabei ca. acht Liter Altöl (WGK 3) „entsorgt“, die durch Einsatz von Bindemitteln und durch rechtzeitiges Ausheben des verunreinigten Erdreichs jedoch gänzlich wiedergewonnen werden konnten. Eine Verunreinigung des Trinkwasserreservoirs wurde somit ohne nennenswerte Folgeschäden rechtzeitig verhindert. Weitere 18 Unfälle in ereigneten sich in Zone 2 (der engeren Schutzzone) von Wasserschutzgebieten, darunter ein WGK 3-Unfall, bei dem aufgrund einer undichten Ölwanne fünf Liter Motorenöl ausgelaufen sind. Der zu dem Zeitpunkt gefrorene Boden verhinderte jedoch ein Eindringen und ermöglichte so eine vollständige Wiedergewinnung des Öls.

Obwohl bei diesen beiden Unfällen nur relativ geringe Stoffmengen ausgelaufen sind, handelt es sich hierbei definitionsgemäß um Unfälle mit einer „erheblichen Menge“ an freigesetzten wassergefährdenden Stoffen. Wäre die gleiche Stoffmenge der WGK 2 oder 1 in einem nicht schutzwürdigen Gebiet ausgelaufen, so würde es sich – im Allgemeinen – um „unerhebliche“ Mengen handeln und der Unfall wäre im Sinne der Erhebungen nicht meldepflichtig. Kasten 4 enthält die genaue Definition zur „erheblichen“ Menge bei Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen.

Abb. 3 zeigt – ausgehend von der Gesamtmenge der in den Jahren 1996 bis 2003 freigesetzten Menge – mittels einer mehrstufigen Ausgliederung die in Schutzgebieten freigesetzte und nicht wiedergewonnene Menge sowie von letzterer die Aufgliederung nach Wassergefährdungsklassen. Insgesamt wurden in Schutzgebieten 357 Kubikmeter wassergefährdende Stoffe freigesetzt (rund 17 %

Unfälle mit einer „erheblichen Menge“ an freigesetzten Stoffen

Unfall mit „erheblicher Menge“ an wassergefährdenden Stoffen

K 4

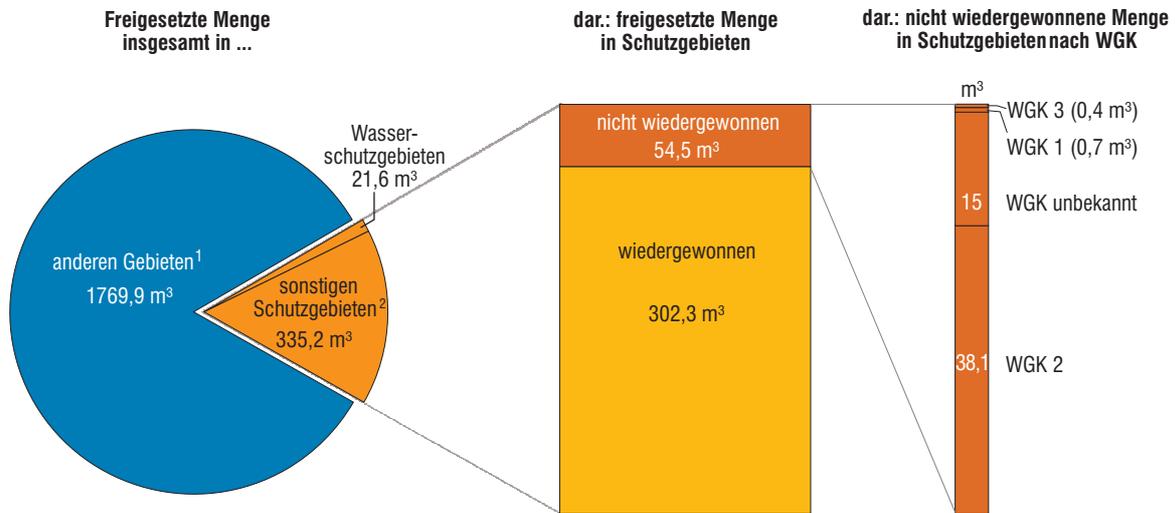
Als Unfall mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne der Erhebungen gilt das bestimmungswidrige Austreten einer im Hinblick auf den Schutz der Gewässer und des Grundwassers nicht unerheblichen Menge wassergefährdender Stoffe. Die Bagatellgrenze einer nicht unerheblichen Menge ist bundesweit nicht eindeutig definiert. Sie hängt von der besonderen Situation (z.B. der WGK des Unfallortes oder der Unfallfolgen) des jeweiligen Unfalls ab und obliegt der Fachkompetenz der zuständigen Behörde. Unabhängig davon liegt in Bayern ein Unfall mit erheblicher Menge vor, wenn

- eine Warnung bzw. Information an eine Abwasseranlage oder einen Gewässernutzer erforderlich ist,
- Stoffe mit WGK 3 freigesetzt werden,
- Stoffe mit WGK 1 oder 2 in Wasserschutzgebieten freigesetzt werden,
- mehr als 50 Liter wassergefährdender Stoff mit WGK 2 oder WGK 1 freigesetzt werden,
- ein großflächiges Abstreuen und Aufnehmen mit Bindemitteln erforderlich ist.

In Schutzgebieten bilden bereits kleine Stoffmengen ein Gefährdungspotenzial

Freigesetzte Mengen wassergefährdender Stoffe bei Unfällen in Bayern 1996 bis 2003 (kumuliert)
 Nach Art der Schutzgebiete, wiedergewonnenen Mengen und Wassergefährdungsklassen (WKG)

Abb. 3



1 Einschließl. "ohne Angabe"
 2 z.B. Heilquellenschutz- u. Überschwemmungsgebiet

In acht Jahren insgesamt 22 m³ in Wasserschutzgebieten freigesetzt

der insgesamt freigesetzten Menge), darunter 22 Kubikmeter (1%) in Wasserschutzgebieten und 335 Kubikmeter (16%) in sonstigen Schutzgebieten wie z.B. Heilquellenschutz- oder Überschwemmungsgebiete. Von den in Schutzgebieten freigesetzten Stoffen konnten 55 Kubikmeter (15%) nicht wiedergewonnen werden. Diese Menge bestand zu 70% aus Stoffen der WKG 2; nur 0,7% bzw. 400 Liter waren stark wassergefährdende Stoffe (WKG 3). Von diesen 400 Litern „versickerten“ 80 Liter in Wasserschutzgebieten, und zwar in der Zone 3, der sogenannten weiteren Schutzzone.

10 000 Liter an wassergefährdenden Stoffen freigesetzt wurden, vereinten rund 65% der insgesamt freigesetzten Menge. Bei mehr als der Hälfte der Unfälle (697) wurden zwischen 100 und 500 Litern freigesetzt, dies ergab jedoch in der Summe nur einen Anteil von 7% der insgesamt freigesetzten Menge. Der durchschnittliche Anteil der wiedergewonnenen Mengen an den freigesetzten Mengen schwankt jedoch zwischen den einzelnen Größenklassen nur wenig (zwischen 63 und 75%) und liegt bei den kleineren Unfällen etwas höher.

Ungleiche Verteilung der freigesetzten Mengen

3% der Unfälle vereinten 65% der freigesetzten Menge

Die Verteilung der freigesetzten Mengen ist relativ schief, d.h. es gibt wenige Unfälle mit hohen freigesetzten Mengen, jedoch sehr viele Unfälle mit geringen freigesetzten Mengen (Abb. 4). 3% der Unfälle im Zeitraum 1996 bis 2003, bei denen jeweils mindestens

Die oben erwähnte ungleichmäßige Verteilung der freigesetzten Mengen läßt sich anhand der Lorenzkurve veranschaulichen (Abb. 5). Auf der Horizontalachse ist die kumulierte Zahl der Unfälle, auf der Vertikalachse sind die kumulierten Mengen prozentual dargestellt. Sortiert man die Unfälle nach der Höhe der freigesetzten

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen und dabei freigesetzte Stoffmengen in Bayern 1996 bis 2003

Abb. 4

Nach Größenklassen der freigesetzten Stoffmengen

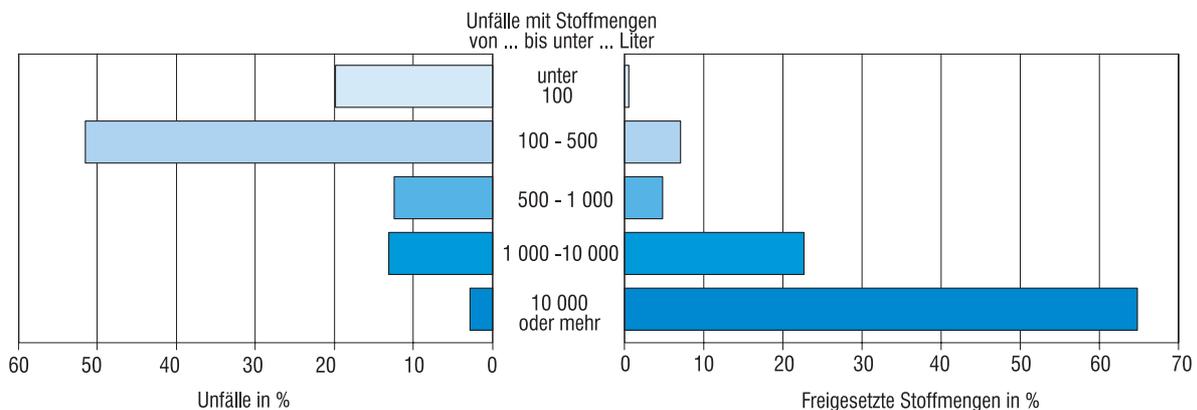
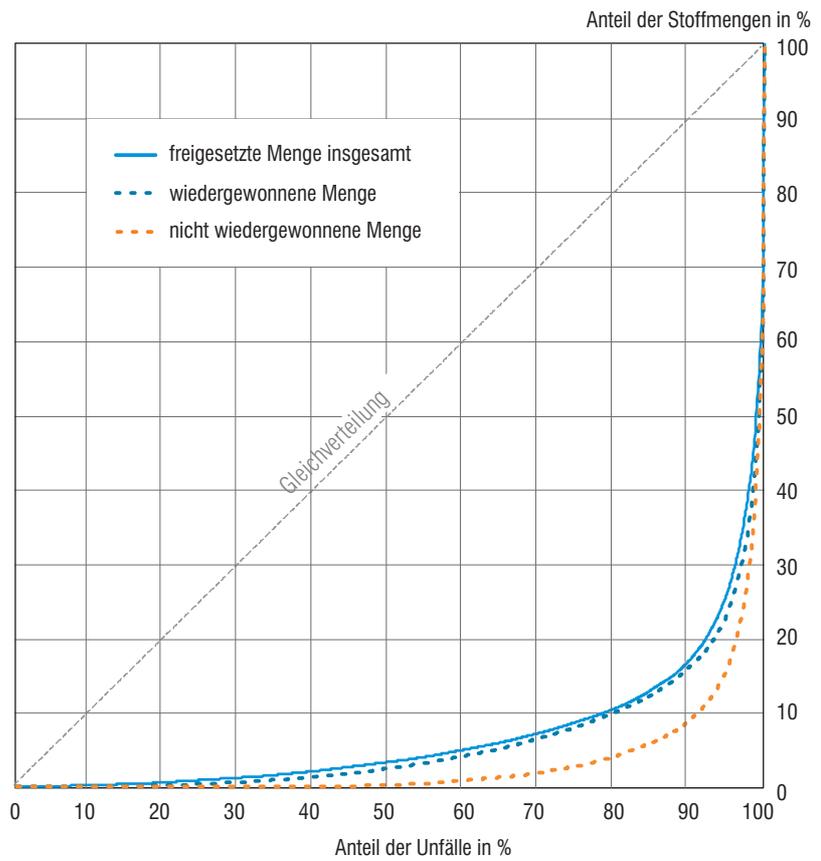


Abb. 5 **Konzentration der Stoffmengen bei Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen in Bayern 1996 bis 2003**



Stoffmengen „von wenig nach viel“, so zeigt die Lorenzkurve, dass die erste Hälfte aller Unfälle (die „kleineren“) nur rund 3% der freigesetzten Menge in sich vereinen. Bei 95% der Unfälle sind es immer noch nur 26% der Menge, oder anders ausgedrückt: Auf 5% der größten Unfälle kamen fast drei Viertel der insgesamt freigesetzten Mengen. Analog sind die Lorenzkurven der wiedergewonnenen und der nicht wiedergewonnenen Mengen zu betrachten. Je größer die Fläche zwischen der Diagonale (Gleichverteilung) und der Lorenzkurve, umso höher ist die Mengenkonzentration auf relativ wenig Unfälle.

stanzen verblieben vollständig in der Umwelt. Bei neun dieser Unfälle wurden knapp 2 500 Liter stark wassergefährdende Stoffe freigesetzt, drei von diesen ereigneten sich in Schutzgebieten.

Hauptunfallursache: menschliches Fehlverhalten

655 Unfälle – also knapp die Hälfte aller Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen – ereigneten sich im Straßenverkehr, in der Regel entweder beim Transport eines Tankcontainers oder im Zusammenhang mit dem Betriebsstofftank des Fahrzeuges. Als zweithäufigste Unfallart wurden mit 37% Unfälle bei der Lagerung wassergefährdender Stoffe gemeldet. Unfälle im Zusammenhang mit anderen Anlagen einschließlich der innerbetrieblichen Beförderung sowie Unfälle mit anderen Beförderungsmitteln wie z.B. Eisenbahn, Schiffe oder Rohrfernleitungen spielten eine eher untergeordnete Rolle (Tabelle 3).

Bei 40% aller Unfälle vollständige Wiedergewinnung der Stoffe

Bei 545 Unfällen (40% aller Unfälle) konnten die ausgelaufenen Stoffe vollständig wiedergewonnen werden, bei weiteren 501 Unfällen lag die Wiedergewinnungsquote zwischen 50 und 100% (Tabelle 2). Bei 154 Unfällen (11%) waren alle eingeleiteten Maßnahmen zur Wiedergewinnung erfolglos, die ausgelaufenen Sub-

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen in Bayern kumuliert 1996 bis 2003 nach Wiedergewinnungsquoten

Merkmal	Insgesamt	davon mit einer Wiedergewinnungsquote von			
		0%	über 0% bis unter 50%	50% bis unter 100%	100%
Anzahl der Unfälle	1351	154	151	501	545
Freigesetzte Menge in m ³	2127	396	225	1 143	362
Wiedergewonnene Menge in m ³	1399	0	50	987	362

Tab. 2

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen in Bayern kumuliert 1996 bis 2003 nach Unfallarten

Tab. 3

Unfallart	Unfälle 1996 bis 2003			
	insgesamt		darunter mit Mineralölprodukten	
			zusammen	Anteil an den Unfällen insgesamt
	Anzahl	%	Anzahl	%
Unfälle im Zusammenhang mit Straßenfahrzeugen	655	48	604	92
Lageranlagen	497	37	478	96
sonstigen Anlagen ¹	160	12	144	90
sonstigen Beförderungsmitteln ²	39	3	38	97
Insgesamt	1 351	100	1 264	94

1 Z.B. Abfüllanlage, Umschlaganlage, Behandlungsanlage, innerbetriebliche Beförderung.
2 Z.B. Eisenbahn, Luftfahrzeug, Binnenschiff, Rohrfernleitung.

Die Analyse der Unfallursachen dient der Aufdeckung von Schwachstellen im Sicherheitsbereich. Als Hauptunfallursache trat an erster Stelle menschliches Fehlverhalten auf (57%), gefolgt von Materialfehlern wie z.B. Korrosion, Alterung von Anlagenteilen oder Versagen von Schutzeinrichtungen (26%) sowie sonstigen und ungeklärten Ursachen (17%; Tabelle 4). Bei den Beförderungsunfällen waren rund 70% auf Verhaltensfehler zurückzuführen, wobei mehr als zwei Drittel Alleinunfälle und der Rest Kollisionsunfälle waren. Eine besondere Unfallgefahr stellen die Hochwasserereignisse der vergangenen Jahre dar. Viele dieser Unfälle konnten jedoch in Anbetracht der Situation meist nicht statistisch genau erfasst und gemeldet werden und sind daher in den Erhebungsergebnissen nicht enthalten. Nach Auskunft der zuständigen Behörden ereigneten sich z.B. im Raum Regensburg und Passau im Rahmen der Hochwasserkatastrophe des Jahres 2002 ca. 40 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen. Die Behörden schätzen, dass dabei weit mehr als 100

57% der Unfälle durch menschliches Fehlverhalten

Hochwasserunfälle in der Regel statistisch nicht genau erfasst

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen in Bayern kumuliert 1996 bis 2003 nach Hauptunfallursachen

Tab. 4

Hauptunfallursachen	Unfälle 1996 bis 2003	
	Anzahl	%
Verhaltensfehler ¹	769	57
Materialfehler ²	352	26
Sonstige/ungeklärt	230	17
Insgesamt	1 351	100

1 Z.B. Bedienungsfehler, Montagefehler, mechanische Beschädigung, Kollision.
2 Z.B. Korrosion oder Alterung von Anlagenteilen, Versagen oder Mängel von Schutzeinrichtungen oder Armaturen.

Kubikmeter leichtes Heizöl freigesetzt wurden. Im Landkreis Regensburg konnten nach der Trennung des Öl-Wasser-Gemisches ca. 83 Kubikmeter leichtes Heizöl wiedergewonnen werden.

Unfallfolgen, Schadensbekämpfung und Kosten

Bei 79% der in Bayern im Untersuchungszeitraum 1996 bis 2003 registrierten Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen lief ein Teil der freigesetzten Stoffe auf den Boden und konnte so zunächst in die obersten Bodenschichten eindringen (Tabelle 5). Als weitere Unfallfolgen wurden Verschmutzungen von Oberflächengewässern (28%) und eine Beeinträchtigung von Kanalisationen bzw. Kläranlagen (27%) durch Schadstoffe gemeldet. Bei immerhin noch 106 Unfällen (8%) trat eine Belastung des Grundwassers bzw. einer Wasserversorgung ein. Dabei ist zu beachten, dass im Allgemeinen für jeden Unfall auch mehrere Unfallfolgen angegeben werden konnten.

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen in Bayern kumuliert 1996 bis 2003 nach Unfallfolgen

Tab. 5

Unfallfolgen	Unfälle 1996 bis 2003	
	Anzahl ¹	%
Verunreinigung, und zwar		
des Bodens	1 068	79
eines Oberflächengewässers	384	28
eines Kanalnetzes bzw. einer Kläranlage	369	27
des Grundwassers bzw. einer Wasserversorgung	106	8
Sonstige Unfallfolgen/ungeklärt	127	9
Insgesamt¹	1 351	100

1 Mehrfachnennungen; bei Insgesamt ohne diese.

Durch das oftmals rechtzeitige Einleiten entsprechender Sofortmaßnahmen konnten in vielen Fällen schwerwiegendere Unfallfolgen verhindert oder eingeschränkt werden. Die Kosten aller Sofort- und Folgemaßnahmen der Unfälle in den Jahren 1996 bis 2003 wurden auf insgesamt über 17 Millionen Euro beziffert. Pro Unfall errechnen sich somit durchschnittlich rund 12 700 Euro, pro freigesetzten Liter durchschnittlich weniger als ein Cent. Dieser Gesamtbetrag ist jedoch mit einigen Unsicherheiten behaftet, da oftmals die Kosten nur vage geschätzt bzw. überhaupt nicht angegeben werden konnten. In der Regel fehlen zudem u.a. indirekte Aufwendungen wie z.B. Personal- und Sachkosten für Behörden, Feuerwehr oder Polizei sowie volkswirtschaftliche Kosten wie z.B. Produktionsausfälle.

In acht Jahren über 17 Mill. € für Schadensbekämpfung

Linux – eine Alternative für die Bayerische Staatsverwaltung

Dipl.-Informatiker (U) Bernhard Wager

Der Koordinierungsausschuss für Informations- und Kommunikationstechnik der Bayerischen Staatsregierung (KoAluK) hat im Juni 2003 das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (LfStaD) beauftragt, die Möglichkeiten für den Einsatz von Open Source Software (OSS) in der Bayerischen Staatsverwaltung zu untersuchen. Im Vordergrund sollte dabei stehen, verschiedene OSS-Produkte auf ihre Tauglichkeit für die Verwaltung zu untersuchen und Empfehlungen für deren Einsatz zu erarbeiten. Eine zentrale Rolle spielt dabei das OSS-Betriebssystem Linux und darauf aufsetzende OSS-Anwendungen wie Open Office oder Mozilla. Das LfStaD hat die Untersuchungen inzwischen abgeschlossen. Die Ergebnisse und Einsatzempfehlungen wurden in einem Bericht zusammengefasst, der Mitte August 2004 der LuK-Leitstelle im Innenministerium übergeben wurde.

Was ist Open Source Software eigentlich?

Historie

Der Begriff „Open Source Software“ wurde erst 1998 geprägt, obwohl viele, heute noch verbreitete OSS-Produkte bereits in den siebziger Jahren im Zusammenhang mit der Entstehung des Internets entwickelt wurden. Auch GNU Software (1984) und Linux (1991) sind bereits wesentlich früher entstanden. Der Begriff „Open Source Software“ wurde 1998 bewusst gewählt, um explizit eine Abgrenzung von dem antikommerziell wirkenden Begriff „Free Software“ zu dokumentieren. Denn OSS bietet durchaus kommerzielle Verwertungsmöglichkeiten. So verdienen Firmen wie Novell, Sun oder IBM mit OSS Geld, indem sie sich Dienstleistungen bezahlen lassen, die mit Vertrieb, Zusammenstellung, Konfiguration, Installation und Management von OSS zusammenhängen. Der börsennotierte Linux-Distributor Red Hat brachte es im August 1999 auf einen Börsenwert von 3 Mrd. US-\$. Und auf ein weiteres häufig bestehendes Missverständnis muss hingewiesen werden: OSS ist nicht frei von Copyright- und Lizenzbestimmungen. OSS definiert sich vielmehr dadurch, dass sie unter einer der rund 50 anerkannten OSS-Lizenzen¹ steht. Ein Aspekt ist wesentlich für alle OSS-Lizenzen: OSS darf frei heruntergeladen, verändert und intern genutzt werden. Nur wenn veränderte Software weitergegeben wird, verlangen einige der OSS-Lizenzen, dass die Veränderungen der Gemeinschaft wieder zur Verfügung gestellt werden. OSS ist also die Weitergabe eines Systems in Form von lizenziertem Quellcode.

Lizenzmodell

OSS darf aber nicht nur als kommerzielles Produkt oder Lizenzierungsform betrachtet werden. Viel interessanter sind die Prozesse, die mit OSS verbunden sind. Zunächst ist OSS ein sehr schlanker Entwicklungsprozess. Häufig wird auf umfangreiche Analyse- und Entwurfsmodelle verzichtet. Sie werden zumindest nicht wei-

Schlanker Entwicklungsprozess

tergeben und finden sich höchstens in den Köpfen der Entwickler oder in langen Diskussionen im Usenet und in Mailinglisten. Eric Raymond hat den Prozess der Entstehung von OSS einmal mit einem Basar verglichen². Ein Entwickler, der ein bestimmtes Projekt als OSS umsetzen möchte, sucht auf dem Basar nach anderen Entwicklern, die ihm Beiträge oder Unterstützung für sein Projekt liefern können. Auf diese Weise ergeben sich dynamische Kommunikationsflüsse zwischen Entwicklern von OSS. Phasenweise schließen sich einzelne Entwickler zu Teams zusammen. Der Marktplatz auf dem dieser Basar stattfindet, ist das Internet.

Basar

Vorteile von OSS

An OSS sind vielfältige Hoffnungen geknüpft. Im Vordergrund steht vor allem die Möglichkeit der unentgeltlichen Nutzung der Software, wodurch Kosteneinsparungen entstehen können. Für viele Standard-Anwendungen gibt es neben den etablierten kommerziellen Produkten inzwischen gleichwertige OSS-Produkte. So steht mit Open Office eine leistungsfähige Büro-Anwendung zur Verfügung, die alle an eine Textverarbeitung oder Tabellenkalkulation gestellten Anforderungen erfüllt³. Durch den Einsatz eines solchen Produkts können nicht nur Kosten gespart werden, sondern es wird die zum Teil entstandene Monopolstellung einzelner kommerzieller Softwarehersteller aufgeweicht. Bei der Betrachtung der Lizenzkosten muss allerdings bedacht werden, dass diese immer nur einen Teil der Gesamtkosten für ein bestimmtes Produkt ausmachen. Durch Installation, Konfiguration, Betrieb, Support etc. ent-

Lizenzkosten

Gesamtkosten

1 Open Source Initiative OSI: Licensing, <http://www.opensource.org/licenses/>.
 2 Eric S. Raymond: The Cathedral and the Bazaar, <http://www.catb.org/~esr/writings/cathedral-bazaar/>.
 3 OpenOffice.org, <http://www.openoffice.org/>.

stehen zusätzliche Kosten. Aufwände des eigenen Personals sowie eingekaufte externe Unterstützung müssen ebenfalls berücksichtigt werden. Die Firma Gartner hat dazu die Methode des Total Cost of Ownership (TCO)⁴ eingeführt, die einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt und alle auftretenden Kosten im Lebenszyklus eines Produkts einbezieht.

Offener
Quelltext

Durch die Offenlegung des Quelltextes gilt OSS allgemein als sicherer. Man geht davon aus, dass schadhafte Teile eines OSS-Produkts nach kurzer Zeit von einem Nutzer oder Entwickler gefunden und korrigiert werden. Auch in das OSS-Produkt integrierte Funktionen zum Ausspähen von Betriebsgeheimnissen oder personenbezogenen Daten können aus diesem Grund nicht lange unentdeckt bleiben. Der offene Quelltext einer OSS bietet schließlich die Möglichkeit, eigene Anpassungen oder Weiterentwicklungen an der Software vorzunehmen. Auch die Integration in eine bestehende IT-Infrastruktur kann durch die offen gelegten Schnittstellen erleichtert werden. Allerdings haben viele OSS-Projekte inzwischen Ausmaße erreicht, die kaum mehr von einer einzelnen Person überblickt werden können. Für die Analyse des Source Code und evtl. Anpassungen sind fundierte Programmierkenntnisse und ein Verständnis der jeweiligen „Programmierphilosophie“ des Projekts notwendig. Folglich wird trotz des OSS-Gedankens der OSS-Code eines Produktes aus Verständnis- und Komplexitätsgründen von fremden Entwicklern eher selten angepasst oder erweitert.

OSS in der Verwaltung

Seit langem schon hat sich OSS auf Servern etabliert. So setzen rund 70% der weltweit über 54 Mill. Websites auf den OSS-Webserver Apache⁵. Daneben ist in letzter Zeit aber auch OSS gereift, die für einen Einsatz auf dem Arbeitsplatzrechner geeignet ist. In vielen Firmen und Behörden wird deshalb zurzeit überlegt, OSS in einem größeren Rahmen einzusetzen und die bisherigen kommerziellen Produkte, vor allem Microsoft Windows, abzulösen. An einigen Stellen sind sogar schon die Entscheidungen für OSS gefallen. So hat der Stadtrat der Landeshauptstadt München im Juni 2004 beschlossen, alle Computer-Arbeitsplätze der städtischen Bediensteten auf Linux umzustellen⁶. Der Beschluss der Stadt München und die vorausgegangene Diskussion haben weltweit viel Aufmerksamkeit erregt, weil ein Projekt in dieser Größenordnung und Tragweite bisher noch nicht begonnen wurde. So hat sich sogar der Vorstandsvorsitzende der Firma Microsoft, Steve Balmer, genötigt gesehen, persönlich nach München zu reisen und der Stadt ein Angebot für den Einsatz von Windows auf den Arbeitsplatzrechnern zu unterbreiten. Offensichtlich ist es Herrn Balmer mit seinem Angebot jedoch nicht gelungen, die Stadt München weiterhin vom Einsatz von Microsoft Windows zu überzeugen.

Linux in
München

Auch in der Bayerischen Staatsverwaltung wird bei verschiedenen Behörden OSS eingesetzt. In der Vermessungsverwaltung wird sowohl auf Servern als auch auf den Arbeitsplätzen OSS genutzt, als Betriebssystem kommt dabei Linux zum Einsatz. Damit ist die Vermessungsverwaltung eine der ersten Verwaltungen weltweit, die durchgängig, einschließlich der Arbeitsplatzrechner, auf Linux setzt. Der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) folgt dem Beispiel der Vermessungsverwaltung und wird bis Ende 2004 sein Haus umgestellt haben. Im LfStaD hat OSS seit vielen Jahren eine große Tradition. Beim Aufbau des Behördennetzes wurden 1996 die für das Behördennetzes notwendigen zentralen Dienste durch OSS-Produkte realisiert. Auf Grund der guten Erfahrungen ist es dabei bis heute geblieben und OSS hat sich auch in anderen Bereichen bewährt: Auf dem Großrechner werden kritische Anwendungen unter Linux betrieben, ein Viertel der rund 200 Server im LfStaD werden ebenfalls mit einem OSS-Betriebssystem gefahren, von den rund 1100 Web-Servern basieren die Hälfte auf dem OSS-Produkt Apache und das Netzwerk wird mit OSS-Werkzeugen überwacht und gesteuert. An den Arbeitsplätzen ist OSS im LfStaD noch nicht sehr verbreitet. Zurzeit läuft allerdings ein Projekt, in dem der Einsatz von OSS auf Arbeitsplatzrechnern unter Betriebsbedingungen untersucht wird. Dazu wurden alle Mitarbeiter einer Servicegruppe mit einem entsprechenden Arbeitsplatzrechner ausgestattet. Dass OSS ein Thema für die Bayerische Staatsverwaltung ist, sieht man auch am Schulungsangebot des LfStaD. Das Schulungszentrum in Neu-perlach bietet 13 unterschiedliche Kurse zu Linux, Open Office und anderen OSS-Produkten an⁷.

Vorreiter
Vermessungs-
verwaltung

OSS im
LfStaD

OSS als Alternative

Viele Behörden, die noch das inzwischen in die Jahre gekommene Betriebssystem Microsoft Windows NT 4.0 auf den Arbeitsplatzrechnern einsetzen, erwägen zurzeit den Umstieg auf ein modernes Betriebssystem. OSS ist hierfür eine mögliche Alternative. Der Umstieg auf OSS ist heute grundsätzlich möglich, wie die Beispiele aus der Bayerischen Staatsverwaltung und auch zahlreiche Studien zeigen. Selbst eine Studie im Auftrag der Firma Microsoft⁸ bescheinigt dem OSS-Betriebssystem Linux einen großen Funktionsumfang und hohen Reifegrad. Trotzdem muss ein vollständiger Umstieg auf OSS nicht immer sinnvoll und wirtschaftlich sein. Bei der Vermessungsverwaltung und dem ORH lagen günstige Voraussetzungen vor; dies muss aber nicht für alle Behörden gleichermaßen gelten.

Umstieg
heute machbar

Wirtschaftlich-
keit im Einzelfall
zu prüfen

4 Fa. Gartner: Glossary T, http://www4.gartner.com/6_help/glossary/GlossaryT.jsp.
5 Netcraft: Web Server Survey Archives, http://news.netcraft.com/archives/web_server_survey.html.
6 Stadt München: LiMux – die IT-Evolution, <http://www.muenchen.de/linux>.
7 LfStaD: IT-Schulungszentrum, <http://www.it-schulungszentrum.bayern.de/>.
8 Microsoft: Studie zur Migration von Windows NT 4.0 auf aktuelle Windows-Versionen bzw. Linux, <http://www.microsoft.com/germany/technet/datenbank/articles/600179.mspx>.

Notwendigkeit
einer Bestands-
analyse

Vor einem Umstieg müssen deshalb eine gründliche Bestandsanalyse und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchgeführt werden. Bei der Bestandsanalyse ist die gesamte eingesetzte Hard- und Software zu erfassen. Zwischen der Hard- und Software, aber auch zwischen einzelnen Softwareprodukten gibt es Abhängigkeiten, die möglichst vollständig verzeichnet werden müssen. So gibt es die meisten Anwendungsprogramme nur in Versionen für ein ganz bestimmtes Betriebssystem. Zum Teil nutzen einzelne Anwendungen Funktionen einer anderen Anwendung, wenn sie beispielsweise Daten zwar anzeigen können, zum Bearbeiten der Daten jedoch die Installation eines anderen Programms voraussetzen. Darüber hinaus sind Anwendungen zum Teil in einzelne Verwaltungsabläufe eingebunden, verschiedentlich werden bestimmte Abläufe durch eigens erstellte Dokumentenvorlagen oder Makros unterstützt. Alle diese Tatsachen müssen bei der Bestandsaufnahme berücksichtigt werden.

Migrations-
kosten sind
entscheidend

Auf der Basis der Bestandsanalyse muss anschließend eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung aufsetzen. Dabei kann OSS durch die nicht vorhandenen Lizenzgebühren einen eindeutigen Kostenvorteil für sich verbuchen. Allerdings sind bei einem Umstieg auch die Kosten für die Migration zu beachten. Es müssen Migrationskosten für Fachanwendungen, Standard-Software, Dokumente, Vorlagen,

Makros und Datenbestände kalkuliert werden. Je komplexer die vorhandene Systemlandschaft, je größer die in der Bestandsanalyse festgestellten Abhängigkeiten, desto höher fällt der zu veranschlagende Migrationsaufwand aus. Dabei hat sich gezeigt, dass die Migrationskosten sehr schnell die Einsparungen bei den Lizenzgebühren aufbrauchen können. Auch die laufenden Kosten müssen berücksichtigt werden. So müssen bei einigen Anbietern von OSS-Lösungen kostenpflichtige Wartungsverträge abgeschlossen werden. Der Administrationsaufwand für OSS kann höher sein, zum Teil müssen hier erst noch Lösungen erarbeitet werden.

Welchen Weg auch immer eine Behörde für einen anstehenden Umstieg wählt, das Bayerischen Behördennetz als gemeinsamer IT-Verbund der Bayerischen Staatsverwaltung ist auch für Behörden geeignet, die verstärkt auf OSS setzen wollen. Die zentralen Dienste sind nach allgemeinen Standards gestaltet, die auch von OSS unterstützt werden. So gelingt auch mit OSS die Nutzung des allgemeinen Adressbuchs, das Versenden von E-Mails (auch verschlüsselt und signiert) oder das Surfen im WWW. Einer zukünftig stärkeren Verbreitung von OSS in der Bayerischen Staatsverwaltung steht also nichts entgegen⁹.

Bayerisches
Behördennetz
ist vorbereitet

⁹ LfStAD: OSS-Informationszentrum, http://www.bybn.de/RBIS/IUK/Open_Source/index.html.

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im Zahlenspiegel veröffentlicht

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2001	2002	2003	2003		2004			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende)	1 000	12 330	12 387	12 423	12 392	12395	12 421	12 420	12 420	12423
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹	Anzahl	5 019	5 057	4 917	3 471	6 134	2 396	2 881	5 104	6 870
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,9	4,9	4,8	3,4	6,0	2,4	2,7	5,0	6,5
* Lebendgeborene ²	Anzahl	9 664	9 485	9 295	9 235	9 402	8 116	9 550	8 841	8 151
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,4	9,2	9,0	9,1	9,2	8,2	9,1	8,7	7,7
* Gestorbene ³	Anzahl	9 827	9 980	10 148	10 253	9 536	9 439	10 915	9 797	8 612
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,6	9,7	9,8	10,1	9,3	9,6	10,3	9,6	8,2
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	40	38	36	35	34	32	33	35	30
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,2	4,0	3,9	3,8	3,6	3,9	3,5	4,0	3,7
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	19	18	20	25	22	18	14	19	15
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,0	1,9	2,2	2,7	2,3	2,2	1,5	2,1	2,3
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 164	- 495	- 853	- 1 018	- 134	- 1 323	- 1 365	- 956	- 461
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 0,2	- 0,5	- 0,8	- 1,0	- 0,1	- 1,3	- 1,3	- 0,9	- 0,4
Totgeborene ²	Anzahl	34	33	33	30	36	23	37	30	31
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	25 963	23 620	21 714	19 482	15 682	19 388	15 457	19 545	18 166
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	12 720	11 800	10 597	9 977	7 530	10 231	7 294	10 377	10 545
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	17 511	18 322	17 844	15 246	12 550	18 413	15 502	18 651	14 577
* darunter in das Ausland	Anzahl	9 411	9 950	9 578	7 581	5 636	11 855	7 404	10 716	7 953
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	13 243	11 821	11 117	9 505	8 152	9 157	8 163	9 168	7 621
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	8 100	8 372	8 266	7 665	6 914	6 558	8 098	7 935	6 624
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	8 452	5 298	3 870	4 236	3 132	975	- 45	894	3 589
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	39 811	40 376	41 093	38 587	30 925	33 571	35 854	38 211	33 825
					2003		2004			
					Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Arbeitsmarkt										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ^{5,6}	1 000	4 429,8	4 406,6	4 323,2
und zwar	1 000	1 963,6	1 972,6	1 941,4
* Frauen	1 000	368,9	361,0	342,4
* Ausländer	1 000	649,8	678,9	688,6
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	563,1	584,5	590,8
* darunter Frauen	1 000
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten	1 000
davon	1 000
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	32,3	32,1	31,1
* Produzierendes Gewerbe	1 000	1 751,5	1 702,5	1 647,1
davon	1 000
Bergbau	1 000	13,1	12,5	11,6
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 399,8	1 372,0	1 335,5
Energie- und Wasserversorgung	1 000	36,6	34,8	33,6
* Baugewerbe	1 000	302,0	283,2	266,4
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	1 028,0	1 021,0	988,2
davon	1 000
Handel	1 000	680,8	673,5	650,8
Gastgewerbe	1 000	139,4	140,6	135,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 000	207,8	206,9	202,1
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	650,0	655,8	651,1
davon	1 000
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 000	191,2	192,3	188,7
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen f. Untern.	1 000	458,8	463,5	462,4
* Öffentliche und private Dienstleister	1 000	967,2	994,8	1 005,0
davon	1 000
Öffentliche Verwaltung u. ä.	1 000	223,6	228,3	231,4
Öffentliche und private Dienstl. (ohne Öff. Verwaltung)	1 000	743,6	766,5	773,6
* Arbeitslose	1 000	332,4	386,5	447,1	425,5	432,5	423,7	411,9	421,8	434,9
* darunter Frauen	1 000	156,0	174,4	199,4	198,3	203,2	195,7	192,9	200,8	209,0
* Arbeitslosenquote insgesamt ⁷	%	6,0	6,9	7,9	7,5	7,6	7,4	7,2	7,4	7,6
* Frauen	%	6,0	6,5	7,4	7,3	7,5	7,2	7,1	7,4	7,7
* Männer	%	6,0	7,2	8,4	7,6	7,7	7,7	7,4	7,4	7,6
* Ausländer	%	11,7	14,3	16,2	15,2	15,0	15,8	15,3	15,3	15,2
* Jugendliche	%	5,1	6,2	7,3	7,3	7,9	6,4	6,1	7,0	8,1
* Kurzarbeiter	1 000	16,1	32,9	27,0	29,2	14,7	21,1	20,3	17,4	11,3
darunter Männer	1 000	11,6	22,6	19,3	20,9	10,5	14,6	13,5	11,7	...
* Gemeldete Stellen	1 000	91,6	75,5	56,8	58,3	54,3	51,8	47,2	46,2	43,2

1 Nach dem Ereignisort.
 2 Nach der Wohngemeinde der Mutter; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
 3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;
 p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
 4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

5 Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; an Stelle von Monatsdurchschnitten errechnete Jahresdurchschnitte.
 6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
 7 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Bezeichnung	Einheit	2001	2002	2003	2003		2004			
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Rinder (ohne Kälber)	1 000	96,2	93,3	88,1	91,2	81,5	70,7	88,2	78,9	80,2
Kälber	1 000	4,9	4,2	3,7	3,1	2,7	3,5	3,3	3,0	3,1
Schweine	1 000	475,1	460,1	444,1	448,8	383,5	394,4	446,1	402,9	415,3
darunter Hausschlachtungen	1 000	15,1	13,8	12,5	6,6	5,4	7,5	7,3	6,5	6,0
Schafe	1 000	12,0	10,2	9,7	7,9	6,5	8,8	8,7	8,4	7,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht ²										
Rinder (ohne Kälber)	kg	345,1	341,2	341,1	339,0	335,3	343,1	342,5	339,7	336,0
Kälber	kg	100,0	96,7	98,9	99,6	100,3	102,0	103,9	108,4	99,0
Schweine	kg	92,7	93,3	93,5	92,2	91,5	93,0	92,5	91,7	91,4
Schafe	kg	19,3	19,3	19,3	19,9	19,1	19,2	19,5	19,7	19,5
Gesamtschlachtgewicht ³										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000 t	78,0	75,6	72,2	72,8	62,8	61,5	72,1	64,3	65,4
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	33,2	32,0	30,1	30,9	27,3	24,2	30,2	26,8	26,9
Kälber	1 000 t	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3
Schweine	1 000 t	44,1	42,9	41,5	41,4	35,1	36,7	41,3	36,9	37,9
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1
darunter										
* Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	75,7	73,5	70,4	71,7	61,9	60,3	70,9	63,2	64,4
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	32,4	31,3	29,5	30,5	27,0	23,8	29,7	26,4	26,6
Kälber	1 000 t	0,4	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
Schweine	1 000 t	42,7	41,7	40,4	40,8	34,6	36,0	40,6	36,4	37,4
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁴ für Legehennenküken	1 000	94,3	90,9	92,4	17,4	17,3	127,4	67,8	49,4	23,9
Masthühnerküken	1 000	5 180,6	5 150,6	5 163,6	4 909,2	5 324,9	5 282,3	5 865,9	5 951,8	5 060,4
* Konsumeier ⁵	1 000	75 304	73 164	69 002	68 860	62 368	65 816	69 139	69 515	...
* Geflügelfleisch ⁶	1 000 kg	5 873,1	6 722,6	7 442,5	8 022,4	6 391,9	6 922,3	7 301,2	7 018,7	6 795,8
Milcherzeugung und Milchverwendung										
Kuhmilcherzeugung	1 000 t	635,2	627,4	640,3	672,5	653,1	680,2	644,5	651,7	639,9
darunter Milchlieferung an Molkereien ⁷	%	92,2	92,0	92,6	93,4	93,4	92,7	92,7	93,3	93,3
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,9	14,9	15,9	15,7	15,2	16,5	16,2	15,8	15,6
Trinkmilchabsatz der Molkereien ⁸	1 000 t	62,8	68,6	73,2	77,4	70,9	71,9	72,9	71,8	69,1
darunter Vollmilch	1 000 t	34,5	36,1	36,9	38,7	35,0	36,1	35,1	35,4	33,1
Buttererzeugung der Molkereien ⁸	1 000 t	5,7	5,5	5,3	5,3	4,5	5,3	5,4	5,0	4,6
Käseerzeugung der Molkereien ^{8, 9}	1 000 t	36,6	35,8	36,4	38,2	36,4	37,1	38,0	37,6	37,4
Quarkerzeugung der Molkereien ^{8, 10}	1 000 t	22,9	23,3	24,0	25,7	23,0	23,3	25,4	23,8	24,2
Getreideanlieferungen ^{8, 11}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	13,0	12,3	8,8	21,7	14,1	1,8	1,7	9,5	152,3
Weizen	1 000 t	147,4	170,1	127,4	264,8	187,4	41,4	34,2	47,1	625,4
Gerste	1 000 t	74,3	72,6	57,7	301,4	84,9	15,0	11,9	147,5	355,2
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	2,7	2,9	3,1	15,7	7,7	1,1	0,8	1,3	18,7
Vermahlung von Getreide ^{8, 11}										
Getreide insgesamt	1 000 t	81,6	83,1	84,2	89,4	80,6	75,0	83,2	63,6	81,4
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	12,3	12,2	12,7	13,5	12,3	10,5	13,2	9,2	11,8
Weizen und -gemenge	1 000 t	69,4	70,9	71,5	76,0	68,3	64,5	70,0	54,4	69,6
Vorräte bei den Erzeugern ^{12, 13}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	16,5	14,9	5,0	.	.	.	3,6	.	.
Weizen	1 000 t	245,5	245,2	226,5	.	.	.	179,2	.	.
Gerste	1 000 t	260,9	252,9	221,0	.	.	.	185,0	.	.
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	46,2	42,8	36,6	.	.	.	42,7	.	.
Kartoffeln	1 000 t
Vorräte in zweiter Hand ^{8, 11}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	58,0	46,3	32,9	34,3	40,2	26,2	20,4	23,5	169,2
Weizen	1 000 t	451,5	421,5	397,1	366,2	450,1	244,7	173,8	123,6	652,3
Gerste	1 000 t	376,6	397,5	342,3	434,3	478,6	193,0	154,2	233,5	556,1
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	12,1	13,8	15,7	21,6	25,7	8,7	6,8	5,5	21,8
Mais	1 000 t	123,7	113,9	148,7	50,6	51,5	113,9	89,6	66,3	47,0
Gewerbliche Betriebe ¹⁴										
* Betriebsöffnungen	1 000	8,7	8,7	10,1	10,2	10,1	11,2	11,7	12,1	11,0
* Betriebsschließungen	1 000	6,8	6,8	7,4	7,2	6,8	6,4	7,2	7,6	7,0

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

3 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

4 In Brütereien mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1 000 Eiern ausschließlich des Schlupfrahmens.

5 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

6 Aus Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat.

7 In Prozent der Gesamtmilcherzeugung.

8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

9 Hart-, Schnitt- und Weichkäse.

10 Sauermilch und Labquark, Rohkasein einschl. Ziger.

11 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten "Monatsdurchschnitte" sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

12 Nachweis nur für die Monate Juni und Dezember.

13 Bei Monatsdurchschnitt für 2001, 2002, 2003 jeweils der Wert vom Monat Juni.

14 Ohne Reisegewerbe.

Bezeichnung	Einheit	2001	2002	2003	2003		2004			
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹										
* Betriebe ²	Anzahl	8 013	7 915	7 934	7 945	7 946	7 784	7 779	7 791	7 790
* Beschäftigte	1 000	1 219	1 186	1 181	1 185	1 185	1 162	1 163	1 163	1 168
* darunter Arbeiter	1 000	744	710	699	704	704	684	685	687	691
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000	x	x	147 679	158 207	128 261	142 423	146 986	152 929	135 805
* Bruttolohnsumme	Mill. €	1 766	1 725	1 730	1 786	1 670	1 656	1 890	1 753	1 687
* Bruttogehaltssumme	Mill. €	1 955	1 979	2 020	1 980	1 891	1 984	2 142	1 982	1 913
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	21 099	21 314	21 759	23 000	19 156	22 308	24 750	24 264	21 715
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten ⁴	Mill. €	x	x	5 877	6 160	5 272	6 090	6 861	6 413	6 115
* Investitionsgüterproduzenten ⁴	Mill. €	x	x	10 628	11 221	8 932	11 002	12 225	12 016	10 083
* Gebrauchsgüterproduzenten ⁴	Mill. €	x	x	981	992	710	887	975	990	760
* Verbrauchsgüterproduzenten ⁴	Mill. €	x	x	3 640	3 917	3 588	3 488	3 819	3 925	3 847
* Energie ⁴	Mill. €	x	x	633	709	653	841	871	919	909
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	8 762	9 345	9 632	10 093	8 362	10 106	11 395	10 963	9 406
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (1995 = 100)¹										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	138,6	137,1	140,1	150,7	122,1	142,9	154,1	153,4	133,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	103,5	98,7	114,3	149,2	127,9	110,8	123,7	122,2	109,7
Verarbeitendes Gewerbe	%	138,9	137,4	140,3	150,7	122,1	143,2	154,3	153,6	133,8
Vorleistungsgüterproduzenten ⁴	%	x	x	124,2	132,7	110,5	129,1	143,0	138,2	123,0
Investitionsgüterproduzenten ⁴	%	x	x	169,1	180,8	142,9	174,3	188,2	187,8	158,6
Gebrauchsgüterproduzenten ⁴	%	x	x	127,2	138,4	85,0	127,1	128,7	133,9	86,0
Verbrauchsgüterproduzenten ⁴	%	x	x	115,0	126,6	107,5	110,0	117,5	118,5	113,0
Energie ⁴	%	x	x	140,8	152,9	141,9	149,3	143,5	155,8	150,9
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (1995 = 100)¹										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt	%	136,5	140,4	143,7	145,9	124,6	144,9	158,2	150,3	138,3
Inland	%	118,0	116,2	118,3	119,6	103,3	112,8	122,8	120,7	113,8
Ausland	%	164,4	177,0	182,2	185,7	156,8	193,5	211,7	195,0	175,3
Vorleistungsgüterproduzenten ⁴	%	x	x	132,6	134,5	118,2	137,6	156,0	144,2	138,3
Investitionsgüterproduzenten ⁴	%	x	x	162,6	165,7	135,6	164,5	176,0	166,6	147,9
Gebrauchsgüterproduzenten ⁴	%	x	x	107,6	107,5	83,9	99,8	108,6	108,4	87,7
Verbrauchsgüterproduzenten ⁴	%	x	x	99,1	98,3	113,3	87,8	94,5	105,4	116,1
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 846	1 873	1 908	2 441	2 241	1 917	2 254	2 231	2 284
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	88	98	100	150	146	110	134	148	145
11 bis 13	1 000 hl	1 738	1 757	1 791	2 279	2 086	1 794	2 105	2 070	2 127
14 oder darüber	1 000 hl	20	18	17	12	9	13	15	13	12

1 Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.

2 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

3 Neue Merkmalsabgrenzung ab Januar 2003.

4 Neue Definition der Hauptgruppen ab Januar 2003.

5 Ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung, Mineralölverarbeitung und Recycling.

Bezeichnung	Einheit	2001	2002	2003	2003		2004																							
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August																				
Baugewerbe ¹																														
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²																														
* Beschäftigte insgesamt ³	Anzahl	163 572	151 542	141 481	148 515	148 168	135 164	136 574	136 793	136 662																				
darunter Facharbeiter einschl. Poliere und Meister	Anzahl	84 606	78 090	72 654	78 090	78 055	69 372	70 702	70 619	70 929																				
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 104	24 008	21 846	23 681	23 801	20 816	20 774	21 644	21 891																				
gewerblich Auszubildende	Anzahl	8 818	7 797	6 993	6 716	6 361	6 490	6 481	6 279	6 057																				
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	15 708	14 298	13 502	18 489	13 103	13 983	15 649	16 154	13 133																				
* dav. für Wohnungsbauten	1 000	6 783	6 211	5 980	8 378	5 460	6 678	7 323	7 517	5 624																				
* gewerbliche und industrielle Bauten ⁴	1 000	4 447	4 052	3 857	4 974	3 988	3 670	4 043	4 234	3 966																				
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	4 479	4 035	3 665	5 137	3 655	3 635	4 283	4 403	3 543																				
* Löhne (Bruttosumme)	Mill. €	261,5	244,4	228,9	265,5	252,7	215,6	229,4	230,0	241,1																				
* Gehälter (Bruttosumme)	Mill. €	94,7	89,4	85,0	87,0	83,2	80,9	83,5	81,2	77,9																				
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 429,5	1 344,6	1 319,6	1 584,2	1 390,2	1 195,6	1 412,6	1 497,1	1 339,5																				
* dav. Wohnungsbau	Mill. €	482,2	478,1	489,8	606,4	502,9	495,1	591,6	626,7	509,3																				
* gewerblicher Bau	Mill. €	521,1	477,3	454,8	529,3	505,9	397,7	422,9	451,5	479,3																				
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	426,2	389,2	375,0	448,6	381,4	302,7	398,1	418,9	350,9																				
Messzahlen (2000 = 100)																														
* Index des Auftragsengangs im Bauhauptgewerbe insg.	%	107,7	95,3	82,0	95,8	85,5	75,9	99,5	74,2	71,4																				
* davon Wohnungsbau	%	95,0	84,7	78,5	72,8	77,6	76,0	94,6	74,5	70,2																				
* davon gewerblicher und industrieller Bau	%	112,7	98,3	78,9	95,0	72,7	71,9	91,1	66,9	63,5																				
* davon öffentlicher und Verkehrsbau	%	112,1	100,4	88,1	114,7	105,1	80,1	112,1	81,8	80,6																				
darunter Straßenbau	%	103,7	101,0	98,3	164,9	107,8	85,8	139,3	82,3	81,0																				
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ⁵⁻⁶																														
* Beschäftigte	Anzahl	53 095	51 246	47 777	.	.	.	44 192	.	.																				
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 248	5 023	4 778	.	.	.	13 128	.	.																				
* Löhne (Bruttosumme)	Mill. €	80,9	78,0	72,4	.	.	.	197,0	.	.																				
* Gehälter (Bruttosumme)	Mill. €	34,7	35,5	33,9	.	.	.	91,6	.	.																				
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	433,6	390,3	382,4	.	.	.	973,6	.	.																				
Energieversorgung																														
* Betriebe	Anzahl	212	229	221	221	221	219	219	219	219																				
* Beschäftigte	Anzahl	30 467	30 250	30 109	30 039	29 962	30 277	30 269	30 169	30 173																				
* Geleistete Arbeitsstunden ⁷	1000	1 746	3 857	3 508	3 979	3 014	3 674	3 777	3 981	3 595																				
* Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	107	101	104	99	95	105	105	99	95																				
* Stromerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung	Mill. kWh	6 579	6 523	6 186	5 221	5 687	5 059	6 481																				
Erdgasgewinnung ⁸	Mill. m ³	0,3	0,8	0,3	0,1	0,1	0,1																				
Erdgasbezug ⁸	Mill. m ³	857,7	866,4	860,1	482,2	442,3	635,8																				
Gasverbrauch ⁸	Mill. m ³	871,9	855,3	865,5	470,1	434,9	603,2																				
Handwerk (Messzahlen) ⁹																														
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2003 = 100)	%	95,5	.	.																				
* Umsatz ¹⁰ (VjD 2003 = 100) (ohne Mehrwertsteuer)	%	100,5	.	.																				
Bautätigkeit und Wohnungswesen																														
Baugenehmigungen																														
* Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 468	2 502	3 011	2 587	2 136	2 225	1 968	2 072	2 092																				
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	2 266	2 322	2 816	2 391	1 954	2 055	1 793	1 866	1 906																				
* Umbauter Raum	1 000 m ³	2 882	2 831	3 411	2 930	2 487	2 620	2 354	2 430	2 446																				
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. €	676	674	803	685	586	619	563	578	589																				
* Wohnfläche ¹²	1 000 m ²	459	453	540	468	399	418	388	401	408																				
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	756	693	658	864	660	703	791	764	696																				
* Umbauter Raum	1 000 m ³	4 179	3 750	3 375	3 813	2 999	3 414	3 207	3 321	2 868																				
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. €	555	513	385	378	357	321	348	371	329																				
* Nutzfläche	1 000 m ²	675	578	520	580	461	507	489	517	436																				
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 681	4 439	5 223	4 627	4 053	4 139	3 982	4 139	4 212																				
* Wohnräume ¹³ insgesamt	Anzahl	24 658	23 933	28 715	24 741	21 030	22 853	21 306	21 723	21 658																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>2001</th> <th>2002</th> <th>2003 ¹⁴</th> <th colspan="2">2003 ¹⁴</th> <th colspan="4">2004 ¹⁴</th> </tr> <tr> <th></th> <th colspan="3">Monatsdurchschnitt</th> <th>Juni</th> <th>Juli</th> <th>April</th> <th>Mai</th> <th>Juni</th> <th>Juli</th> </tr> </thead> </table>												2001	2002	2003 ¹⁴	2003 ¹⁴		2004 ¹⁴					Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
	2001	2002	2003 ¹⁴	2003 ¹⁴		2004 ¹⁴																								
	Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli																					
Handel und Gastgewerbe																														
Außenhandel																														
* Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁵	Mill. €	7 480,5	6 811,6	7 304,8	6 941,2	7 188,3	8 394,6	7 703,7	7 494,1	8 477,8																				
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	392,1	358,9	381,3	410,3	384,7	404,2	407,8	373,1	407,5																				
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	7 088,3	6 452,7	6 923,5	6 530,9	6 803,6	7 990,4	7 295,9	7 121,0	8 070,3																				
* davon Rohstoffe	Mill. €	638,7	521,1	596,3	507,6	470,5	759,1	567,2	696,5	580,2																				
* Halbwaren	Mill. €	289,0	216,6	225,8	211,7	237,2	263,8	259,9	266,7	284,6																				
* Fertigwaren	Mill. €	6 160,7	5 715,0	6 101,4	5 311,6	5 610,4	6 439,7	5 882,3	5 558,2	6 539,8																				
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	561,3	503,3	533,2	528,6	541,8	640,3	560,7	615,7	585,2																				
* Enderzeugnisse	Mill. €	5 599,4	5 211,7	5 090,3	4 823,1	5 068,6	5 799,4	5 321,7	4 942,4	5 954,6																				

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

2 Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe ab 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig, rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2001	2002	2003 ¹	2003 ¹		2004 ¹			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter ² aus										
* Europa	Mill. €	5 048,4	4 668,6	5 261,5	5 036,3	5 391,6	5 928,3	5 123,7	5 243,3	5 753,6
* darunter aus EU-Ländern ³ insgesamt	Mill. €	4 245,2	3 941,6	4 467,6	4 321,6	4 526,2	4 958,4	4 298,8	4 327,9	4 886,2
davon aus Belgien	Mill. €	176,9	149,3	196,2	141,4	242,2	212,1	175,3	188,1	217,2
Dänemark	Mill. €	60,7	45,0	53,7	59,6	40,9	49,1	50,9	57,3	45,5
Estland	Mill. €	2,6	2,7	3,3	3,8	3,7	3,9	1,7	2,9	2,7
Finnland	Mill. €	41,3	35,6	44,0	52,2	43,0	37,9	34,9	43,0	37,7
Frankreich	Mill. €	456,3	441,4	487,9	505,9	472,0	542,8	500,7	474,3	599,8
Griechenland	Mill. €	28,9	24,0	28,2	24,6	32,7	30,8	24,1	32,3	30,6
Irland	Mill. €	95,8	95,8	113,0	83,9	103,0	102,4	99,9	129,9	109,4
Italien	Mill. €	675,0	612,1	683,8	650,7	746,7	680,9	681,8	703,8	677,4
Lettland	Mill. €	5,2	5,8	6,3	6,0	5,4	6,1	3,9	7,1	5,0
Litauen	Mill. €	4,5	4,1	4,8	4,6	4,0	5,3	2,9	4,5	3,7
Luxemburg	Mill. €	8,9	10,4	12,6	13,0	17,8	12,1	9,2	12,8	9,2
Malta	Mill. €	7,3	8,8	6,6	6,7	6,3	8,2	4,5	4,8	5,4
Niederlande	Mill. €	308,4	237,5	348,2	430,4	297,9	325,7	315,2	327,8	437,5
Österreich	Mill. €	702,3	641,9	761,3	656,7	794,6	998,2	882,3	862,8	1 036,5
Polen	Mill. €	106,3	108,7	125,5	115,5	149,0	158,2	138,0	109,7	113,7
Portugal	Mill. €	86,0	91,6	127,4	136,6	133,0	162,6	68,6	78,3	82,8
Schweden	Mill. €	75,3	71,5	88,7	105,5	89,7	83,2	81,7	84,0	82,7
Slowakei	Mill. €	60,8	55,6	65,7	64,0	68,3	93,5	73,8	67,3	63,3
Slowenien	Mill. €	58,3	58,0	54,9	56,4	59,9	60,3	41,1	53,4	51,8
Spanien	Mill. €	107,1	114,3	142,4	145,6	158,3	167,3	137,9	138,9	169,8
Tschechische Republik	Mill. €	366,9	385,3	415,8	400,3	435,5	501,1	331,8	297,4	311,2
Ungarn	Mill. €	376,6	363,9	327,2	318,3	388,7	355,3	234,4	201,5	331,6
Vereinigtes Königreich	Mill. €	433,2	377,8	369,6	339,6	366,3	360,7	404,0	441,7	461,1
Zypern	Mill. €	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	4,2	0,7
* Afrika	Mill. €	254,3	206,4	208,4	173,5	165,3	214,2	204,8	169,4	213,9
* Amerika	Mill. €	904,5	754,9	700,0	708,9	648,9	923,7	999,7	780,7	1 085,1
darunter aus den USA	Mill. €	805,0	671,9	624,9	639,9	569,3	833,5	916,7	676,4	982,6
* Asien ⁴	Mill. €	1 263,3	1 173,5	1 127,4	1 013,6	975,9	1 318,6	1 365,3	1 292,1	1 414,7
darunter aus Japan	Mill. €	325,5	266,0	214,9	209,8	187,2	279,8	225,5	256,9	250,2
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	9,0	7,1	6,6	8,5	6,3	8,1	8,6	8,6	10,2
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁵	Mill. €	8 191,7	8 163,5	8 857,2	8 456,7	9 289,2	10 025,3	9 676,3	10 131,8	10 278,9
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	410,9	371,9	392,8	393,4	411,8	382,2	377,7	407,8	478,2
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	7 780,8	7 791,6	8 101,3	7 723,0	8 494,7	9 241,8	8 839,0	9 235,4	9 314,0
davon Rohstoffe	Mill. €	57,6	54,8	52,9	66,0	56,0	76,7	55,9	53,5	53,7
Halbwaren	Mill. €	283,8	225,4	266,1	255,7	279,5	307,5	306,5	337,4	331,6
Fertigwaren	Mill. €	7 439,4	7 511,5	7 782,3	7 401,3	8 159,3	8 857,6	8 476,6	8 844,4	8 928,7
davon Vorerzeugnisse	Mill. €	635,3	611,5	609,3	628,5	649,8	690,5	687,6	708,5	681,7
Enderzeugnisse	Mill. €	6 804,1	6 900,0	7 173,0	6 772,8	7 509,5	8 167,1	7 789,0	8 135,9	8 247,0
darunter ² nach										
* Europa	Mill. €	5 611,9	5 408,9	6 085,1	5 955,9	6 498,3	6 884,7	6 575,4	6 996,5	6 989,4
* darunter in EU-Länder ³ insgesamt	Mill. €	4 927,9	4 726,7	5 359,8	5 158,3	5 685,7	5 988,6	5 702,8	6 064,4	6 040,3
davon nach Belgien	Mill. €	266,8	238,5	277,3	254,1	292,5	344,8	292,5	323,1	304,7
Dänemark	Mill. €	89,0	82,7	91,4	86,2	96,2	121,2	114,5	114,1	89,5
Estland	Mill. €	5,5	5,9	7,0	7,6	6,3	9,6	13,7	8,6	9,4
Finnland	Mill. €	74,3	67,5	71,0	71,8	68,6	82,3	74,8	84,7	106,0
Frankreich	Mill. €	694,4	640,2	716,9	708,8	763,5	779,5	772,1	856,4	827,7
Griechenland	Mill. €	64,8	60,2	72,9	78,0	79,5	88,1	86,3	81,1	85,6
Irland	Mill. €	44,2	41,7	36,5	29,4	30,8	42,1	41,8	39,9	37,2
Italien	Mill. €	751,9	699,6	793,5	786,8	836,8	854,0	877,0	939,4	920,3
Lettland	Mill. €	7,1	7,2	7,8	10,1	8,2	12,6	10,5	7,8	6,1
Litauen	Mill. €	13,7	15,0	15,7	17,8	17,1	23,6	16,5	13,6	13,0
Luxemburg	Mill. €	26,5	24,4	26,3	26,1	26,1	34,4	33,0	35,3	30,5
Malta	Mill. €	3,9	3,7	4,2	5,2	5,5	3,7	4,2	3,3	2,9
Niederlande	Mill. €	332,9	275,1	315,0	301,4	323,4	339,2	326,7	333,7	354,4
Österreich	Mill. €	620,3	563,0	680,3	639,2	653,7	738,5	716,2	720,9	846,9
Polen	Mill. €	135,7	140,1	159,3	178,0	183,8	209,3	242,3	195,3	178,0
Portugal	Mill. €	71,7	66,8	67,1	63,7	71,1	76,8	75,4	70,5	80,1
Schweden	Mill. €	168,1	156,1	179,5	165,7	140,2	211,1	216,4	217,3	152,8
Slowakei	Mill. €	43,8	49,2	64,3	68,6	77,6	70,6	88,8	68,3	62,5
Slowenien	Mill. €	34,8	34,0	36,4	40,2	40,0	46,5	47,7	42,6	36,2
Spanien	Mill. €	329,7	336,7	452,5	417,8	507,3	519,5	487,3	555,8	561,1
Tschechische Republik	Mill. €	227,6	236,5	251,5	276,2	289,7	295,6	288,2	254,0	255,0
Ungarn	Mill. €	274,5	299,3	302,6	327,7	303,5	329,5	164,3	347,0	145,9
Vereinigtes Königreich	Mill. €	643,1	679,4	726,4	595,2	860,5	749,0	706,5	745,3	928,9
Zypern	Mill. €	3,6	3,9	4,3	2,7	3,8	7,1	6,0	6,5	5,5
* Afrika	Mill. €	150,3	153,2	154,6	149,6	168,9	176,1	180,1	194,5	202,1
* Amerika	Mill. €	1 404,7	1 509,7	1 398,5	1 200,1	1 296,8	1 544,5	1 463,9	1 517,9	1 562,1
darunter in die USA	Mill. €	1 141,4	1 267,9	1 171,2	995,7	1 041,3	1 259,9	1 205,1	1 262,8	1 269,5
* Asien ⁴	Mill. €	960,1	1 017,7	1 145,2	1 077,9	1 243,9	1 336,6	1 359,1	1 330,4	1 429,8
darunter nach Japan	Mill. €	189,5	194,9	197,7	173,4	188,0	215,3	188,0	202,0	240,9
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	63,0	71,7	71,3	71,0	78,8	81,0	96,0	90,6	93,3

¹ Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

² Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.

³ Seit Mai 2004 (EU 25) einschl. Zypern; auch für historische Werte.

⁴ Ohne Zypern (vgl. FN 3).

⁵ Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2001	2002	2003 ¹	2003 ¹		2004 ¹			
		Monatsdurchschnitt			Jul	August	Mai	Juni	Jul	August
Großhandel (2000 = 100)²										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	93,5	88,9	89,0	94,7	80,6	88,4	93,8	94,4	89,1
* Index der Großhandelsumsätze real ³	%	92,3	87,9	87,6	93,6	79,5	85,1	90,9	91,0	85,5
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	95,6	90,2	86,5	86,4	86,3	84,7	84,7	84,6	84,7
Einzelhandel (2000 = 100)⁴										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	101,7	101,5	100,4	98,3	89,5	93,4	94,5	97,9	90,9
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁵	%	105,2	107,7	109,5	110,5	104,3	104,3	105,1	113,3	102,1
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁵	%	103,7	104,5	102,5	108,9	105,0	96,1	98,6	106,6	99,6
Apotheken: Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁵	%	107,7	112,4	116,3	121,9	106,9	109,7	110,6	120,2	109,2
Sonstiger Facheinzelhandel ⁵	%	97,9	92,9	89,7	87,0	77,4	85,4	83,5	85,2	80,6
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	98,5	100,5	95,4	82,5	72,5	78,7	86,8	79,8	78,1
* Index der Einzelhandelsumsätze real ³	%	100,2	100,3	99,1	97,3	88,8	91,8	93,0	96,5	89,6
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	100,4	99,5	97,5	96,7	96,8	95,6	95,5	95,8	96,5
Kfz-Handel und Tankstellen (2000 = 100)⁶										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen nominal	%	101,6	108,2	108,8	125,7	95,5	116,8	115,6	117,1	98,9
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen real ³	%	100,3	106,5	105,9	122,3	92,7	111,6	110,7	111,9	94,4
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel und der Tankstellen	%	98,4	101,1	98,5	98,0	97,1	95,9	95,8	96,2	96,9
Gastgewerbe (2000 = 100)										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	100,5	96,8	91,6	102,0	105,1	101,0	95,4	102,9	104,0
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	101,7	97,0	91,9	101,1	106,7	102,4	96,3	102,0	106,2
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	105,3	102,9	100,8	141,0	158,0	109,1	118,5	132,8	152,0
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	100,1	95,8	89,3	100,7	102,6	96,7	92,4	100,3	99,1
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	96,5	98,1	94,3	101,0	103,0	112,8	97,5	109,4	110,0
Kantinen und Caterer	%	97,8	99,7	101,9	106,2	93,8	103,4	100,8	108,9	97,2
* Index der Gastgewerbeumsätze real ³	%	98,8	91,7	86,0	95,3	98,2	94,3	89,1	95,3	96,2
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	99,1	97,3	93,4	98,2	97,7	98,0	99,3	99,8	100,9
Tourismus⁷										
* Gästeankünfte	1 000	1 896	1 595	1 824	2 273	2 220	2 132	2 106	2 426	2 221
* darunter Auslandsgäste	1 000	356	307	353	509	479	403	433	572	515
* Gästeübernachtungen	1 000	6 209	5 204	5 777	7 338	8 362	6 393	6 460	7 416	8 156
* darunter Auslandsgäste	1 000	759	633	740	1 049	1 043	824	851	1 171	1 148
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt	Anzahl	52 539	50 879	51 040	57 251	41 227	57 535	63 313	56 028	43 170
davon Krafträder einschl. Kraftroller	Anzahl	4 054	3 663	3 762	5 037	3 692	5 608	6 183	4 698	3 281
* Personenkraftwagen und sonstige "M1"-Fahrzeuge	Anzahl	44 176	43 218	43 422	47 444	34 215	47 090	52 533	46 555	36 414
* Lastkraftwagen	Anzahl	2 810	2 543	2 415	3 050	2 295	2 624	2 828	2 991	2 263
Zugmaschinen	Anzahl	854	843	876	1 071	621	1 121	1 114	1 111	780
übrige Kraftfahrzeuge	Anzahl	553	528	480	598	349	1 002	596	610	385
Schiennah-, gewerblicher Omnibuslinienverkehr ⁸	1 000	95 941	96 633	96 851	.	.	.	312 620	.	.
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	83 710	84 681	85 364	.	.	.	290 343	.	.
private Unternehmen	1 000	12 232	11 952	11 486	.	.	.	22 277	.	.
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt	Anzahl	29 055	27 407	27 525	30 439	25 886	28 821	26 232	29 395	...
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	5 350	5 087	5 019	6 976	5 835	5 116	5 218	6 068	...
mit nur Sachschaden ⁹	Anzahl	23 705	22 320	22 506	23 463	20 051	23 705	21 014	23 327	...
* Getötete Personen ¹⁰	Anzahl	110	107	106	141	151	91	115	107	...
* Verletzte Personen	Anzahl	7 367	6 970	6 822	9 086	7 907	6 766	6 824	7 659	...
Luftverkehr										
Flughafen München										
Fluggäste: Ankunft	1 000	974	951	997	1 020	1 073	1 129	1 135	1 185	...
Abgang	1 000	977	955	999	1 094	1 108	1 187	1 195	1 239	...
Flughafen Nürnberg										
Fluggäste: Ankunft	1 000	131	128	132	124	151	116	139	121	...
Abgang	1 000	133	131	135	146	155	138	129	141	...
Eisenbahnverkehr										
Güterempfang	1 000 t	2 289	2 068	2 151	2 454	2 161
Güterversand	1 000 t	1 749	1 638	1 671	1 911	1 681
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang insgesamt	1 000 t	563	507	493	628	457	448	596	646	...
davon auf dem Main	1 000 t	348	283	251	304	211	242	289	275	...
auf der Donau	1 000 t	215	225	243	323	246	207	307	371	...
* Güterversand insgesamt	1 000 t	395	336	319	413	293	319	388	453	...
davon auf dem Main	1 000 t	251	202	161	198	140	167	199	237	...
auf der Donau	1 000 t	144	134	159	215	152	152	189	216	...

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel und Tankstellen, Gastgewerbe und Tourismus sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Einschließlich Handelsvermittlung.

3 In Preisen von 2000.

4 Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern.

5 In Verkaufsräumen.

6 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

7 Ergebnisse für Beherbergungsstätten mit mindestens 9 Gästebetten.

8 Beförderte Personen - nur Quartalsergebnisse, ab 2004 geänderter Berichtskreis.

9 Soweit durch die Polizei erfasst.

10 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

Bezeichnung	Einheit	2001	2002	2003	2003		2004			
		Monatsdurchschnitt ¹			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ^{2,3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	531 000	525 609	515 061	.	.	.	500 753	.	.
darunter Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	497 015	494 457	487 050	.	.	.	473 052	.	.
davon kurzfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	72 105	69 333	61 095	.	.	.	56 237	.	.
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. €	69 671	64 852	54 844	.	.	.	54 632	.	.
an öffentliche Haushalte	Mill. €	2 434	4 481	6 251	.	.	.	1 605	.	.
mittelfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁵	Mill. €	43 727	40 468	41 933	.	.	.	41 116	.	.
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. €	39 206	36 673	34 968	.	.	.	35 304	.	.
an öffentliche Haushalte	Mill. €	4 520	3 795	6 965	.	.	.	5 812	.	.
langfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶	Mill. €	415 168	415 808	412 033	.	.	.	403 400	.	.
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. €	360 569	361 935	358 149	.	.	.	352 400	.	.
an öffentliche Haushalte	Mill. €	54 600	53 873	53 884	.	.	.	51 000	.	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁷ (Monatsende)	Mill. €	380 231	382 329	389 489	.	.	.	387 096	.	.
davon Sicht- und Termineinlagen ⁸	Mill. €	277 057	279 712	281 179	.	.	.	277 405	.	.
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. €	259 228	264 362	266 512	.	.	.	262 196	.	.
von öffentlichen Haushalten	Mill. €	17 829	15 350	14 667	.	.	.	15 209	.	.
Spareinlagen	Mill. €	103 175	102 617	108 310	.	.	.	109 691	.	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	50 881	51 096	51 579	.	.	.	51 107	.	.
bei Kreditbanken	Mill. €	14 244	13 318	17 195	.	.	.	18 681	.	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	507	843	987	1 099	893	1 072	1 069	1 170	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	248	250	252	271	201	243	229	259	...
* davon Unternehmen	Anzahl	329	391	402	422	363	425	379	411	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	202	200	195	194	152	198	176	199	...
* Verbraucher	Anzahl	151	199	280	322	279	372	377	453	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	31	3	2	2	2	1	-	-	...
* ehemals selbständig Tätige ⁹	Anzahl	.	215	264	305	217	231	255	263	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	.	30	39	53	33	30	25	36	...
* sonstige natürliche Personen ¹⁰ , Nachlässe	Anzahl	27	38	42	50	34	44	58	43	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	16	17	17	22	14	14	28	24	...
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	395 173	1421 904	475 510	781 250	505 859	443 449	392 294	449 471	...
davon Unternehmen	1 000 €	350 573	1317 837	335 921	578 914	329 793	252 397	222 258	298 659	...
Verbraucher	1 000 €	32 097	27 813	28 997	27 277	31 010	40 865	34 547	43 441	...
ehemals selbständig Tätige ⁹	1 000 €	.	61 290	83 627	151 877	73 346	84 997	92 821	96 878	...
sonstige natürliche Personen ¹⁰ , Nachlässe	1 000 €	12 504	14 965	26 965	23 182	71 710	65 190	42 669	10 493	...
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	197,1	241,6	282,4	262,6	265,4	259,0
Arbeitslosenhilfe	1 000	77,0	97,0	129,4	130,8	131,8	154,0
Ausgaben für Arbeitslosengeld	1 000 €	250 176	304 827	355 284	320 294	330 876	351 440	330 050	308 299	313 259
Arbeitslosenhilfe	1 000 €	55 095	71 378	90 965	91 940	95 207	111 394	115 005	110 578	115 921
Steuern										
Gemeinschaftsteuern [*]	Mill. €	4 669,8
davon Steuern vom Einkommen ¹¹	Mill. €	3 001,4	2 951,6	2 851,2	2 423,5	2 200,4	2 103,1	4 449,4	2 403,0	2 242,0
davon Lohnsteuer ¹¹	Mill. €	2 278,3	2 291,0	2 303,8	2 407,3	2 321,5	2 019,4	2 081,9	2 291,8	2 165,1
veranlagte Einkommensteuer ^{11, 12}	Mill. €	223,6	204,0	163,4	- 235,3	- 141,5	- 108,2	1 106,7	- 215,6	- 171,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ¹¹	Mill. €	375,3	247,9	195,4	147,4	85,4	120,1	536,0	152,0	116,1
Zinsabschlag ¹¹	Mill. €	132,5	121,9	101,9	68,9	74,9	69,1	39,5	69,2	66,1
Körperschaftsteuer ^{11, 12}	Mill. €	- 8,3	86,9	86,7	35,3	- 139,9	2,7	685,3	105,6	66,1
Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €	1 668,4
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ¹¹	Mill. €	1 302,0	1 316,6	1 245,8	1 211,5	1 376,4	1 349,8	1 181,6	1 278,9	1 093,7
Einfuhrumsatzsteuer [*]	Mill. €	366,4
Bundessteuern [*]	Mill. €	809,6
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €	441,3
darunter Mineralölsteuer	Mill. €	372,6
Solidaritätszuschlag	Mill. €	164,7

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende.

2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Hauptverwaltung München. - Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

6 Laufzeiten über 5 Jahre.

7 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

8 Einschl. Sparbriefe.

9 Nachweis erst ab 2002 möglich.

10 beispielsweise als Gesellschafter, Mithafter.

11 Quelle: Staatsoberkasse München.

12 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

* Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2001	2002	2003	2003		2004				
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Noch: Steuern											
Landessteuern ¹	Mill. €	289,3	278,3	286,3	279,4	278,3	334,8	547,3	303,1	285,9	
darunter Vermögensteuer ^{1,2}	Mill. €	3,3	5,0	2,4	2,1	2,5	0,7	0,7	2,1	0,7	
Kraftfahrzeugsteuer ¹	Mill. €	115,4	105,4	102,1	118,7	85,5	116,8	117,0	122,3	94,8	
Biersteuer ¹	Mill. €	13,9	14,0	14,2	17,6	17,9	14,2	14,8	16,4	16,1	
Gemeindesteuern ^{3,4,5}	Mill. €	1 382,7	1 303,9	1 301,0	
darunter Grundsteuer A ³	Mill. €	19,4	19,6	19,7	
Grundsteuer B ³	Mill. €	299,6	303,3	313,9	
Gewerbesteuer (brutto) ³	Mill. €	1 059,6	976,7	963,0	
Steuereinnahmen des Bundes ^{3*}	Mill. €	2 875,3	
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{6,7}	Mill. €	1 130,5	1 107,1	1 062,6	859,3	762,7	713,0	1 797,0	857,9	795,8	
Anteil an den Steuern vom Umsatz ^{3*}	Mill. €	912,3	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{6,9}	Mill. €	23,0	25,1	33,2	100,5	6,5	1,9	0,0	66,0	2,6	
Steuereinnahmen des Landes ^{3*}	Mill. €	2 143,4	
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{6,7}	Mill. €	1 167,7	1 118,8	1 078,2	859,3	891,3	725,8	1 797,0	857,9	828,4	
Anteil an den Steuern vom Umsatz ^{3*}	Mill. €	622,9	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{6,8,9}	Mill. €	64,3	60,1	72,2	224,2	7,6	2,5	0,0	209,4	3,4	
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{3,5}	Mill. €	2 260,6	2 162,3	2 086,5	
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{6,10}	Mill. €	342,5	336,7	332,0	281,4	295,2	247,1	429,8	266,7	272,6	
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €	35,6	
Gewerbesteuer (netto) ^{3,11}	Mill. €	799,3	721,1	645,4	
		2000 ¹⁵	2001	2002	2003	2003	2004				
Löhne und Gehälter¹²		Durchschnitt ¹⁶				Juli	Oktober	Januar	April	Juli	
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe ¹³											
* Bruttomonatsverdienste insgesamt	€	2 313	2 346	2 387	2 462	2 471	2 480	2 466	2 508	2 512	
* männliche Arbeiter	€	2 417	2 449	2 486	2 560	2 567	2 576	2 568	2 605	2 606	
* weibliche Arbeiter	€	1 777	1 815	1 849	1 903	1 913	1 915	1 925	1 941	1 954	
* Bruttostundenverdienste insgesamt	€	14,08	14,33	14,72	15,14	15,19	15,21	15,30	15,44	15,37	
* männliche Arbeiter	€	14,64	14,89	15,26	15,68	15,71	15,73	15,89	15,98	15,88	
* weibliche Arbeiter	€	11,08	11,38	11,68	11,98	12,04	12,05	12,09	12,21	12,25	
Bezahlte Wochenarbeitszeit insgesamt	Std.	37,8	37,7	37,3	37,4	37,4	37,5	37,1	37,4	37,6	
männliche Arbeiter	Std.	38,0	37,9	37,5	37,6	37,6	37,7	37,2	37,5	37,8	
weibliche Arbeiter	Std.	36,9	36,5	36,4	36,5	36,6	36,6	36,6	36,6	36,7	
Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe ¹³ und Handel ¹⁴											
* kaufmännische Angestellte insgesamt	€	2 856	2 941	3 085	3 181	3 191	3 197	3 228	3 242	3 249	
männlich	€	3 298	3 386	3 547	3 634	3 643	3 651	3 679	3 704	3 711	
weiblich	€	2 392	2 469	2 574	2 661	2 671	2 671	2 704	2 706	2 711	
* technische Angestellte insgesamt	€	3 681	3 810	3 904	4 020	4 034	4 029	4 036	4 073	4 081	
männlich	€	3 771	3 900	3 990	4 106	4 119	4 118	4 123	4 162	4 168	
weiblich	€	2 764	2 895	3 002	3 096	3 116	3 081	3 096	3 119	3 138	
* alle Angestellten insgesamt	€	3 125	3 225	3 363	3 470	3 482	3 483	3 508	3 529	3 536	
männlich	€	3 517	3 623	3 756	3 858	3 869	3 871	3 890	3 921	3 927	
weiblich	€	2 423	2 503	2 611	2 699	2 710	2 708	2 739	2 742	2 748	
		1999	2000	2001	2002	2003	2003	2004			
Preise		Durchschnitt ¹⁷					Sept.	Juli	August	Sept.	
* Verbraucherpreisindex (2000 = 100)											
Gesamtindex	%	x	100	102,1	103,7	105,0	105,1	107,4	107,6	107,3	
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	x	100	104,1	105,4	105,2	104,5	105,6	104,5	104,2	
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	x	100	101,6	105,0	110,0	110,1	118,9	118,9	119,3	
Bekleidung und Schuhe	%	x	100	101,6	103,5	103,6	104,0	102,8	103,6	104,1	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	x	100	102,5	103,4	105,2	105,5	107,0	107,4	107,5	
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	x	100	100,9	102,4	103,1	103,2	103,5	103,4	103,3	
Gesundheitspflege	%	x	100	101,2	101,4	101,3	101,2	122,3	122,4	122,4	
Verkehr	%	x	100	102,6	105,1	107,9	108,2	111,1	111,7	111,2	
Nachrichtenübermittlung	%	x	100	94,1	95,7	96,4	97,4	95,4	95,3	95,2	
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	x	100	100,4	101,1	100,8	101,0	100,8	101,6	99,8	
Bildungswesen	%	x	100	101,6	104,1	107,5	107,7	110,0	110,0	113,8	
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	x	100	102,5	107,9	109,1	108,1	112,9	112,8	109,9	
Andere Waren und Dienstleistungen	%	x	100	103,2	105,7	107,7	108,0	109,0	108,9	109,6	

1 Quelle: Meldung der Staatsoberkasse München.

2 Restbeträge.

3 Vj. Kassenstatistik.

4 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat).

5 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

6 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

7 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

8 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

9 Einschl. Erhöhungsbetrag.

10 Einschl. Zinsabschlag.

11 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

12 Die Unterschiede zwischen den Durchschnittsverdiensten der männlichen und weiblichen Arbeitnehmer sind hauptsächlich strukturell bedingt.

13 Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten.

14 Einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe.

15 Neuer Berichtskreis; 2000 im Produzierenden Gewerbe, 2002 im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe.

16 Durchschnitte aus 4 Erhebungsmonaten (Januar, April, Juli und Oktober).

17 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.

* Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	1999	2000	2001	2002	2003	2003	2004		
		Durchschnitt ¹					Nov.	Februar	Mai	August
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2000 = 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	98,9	100,0	100,6	100,6	100,5	100,4	100,7	101,8	101,9
davon Rohbauarbeiten	%	99,2	100,0	99,4	99,3	98,5	98,4	98,4	100,3	100,1
Ausbauarbeiten	%	98,8	100,0	101,6	101,9	102,3	102,2	102,7	103,3	103,6
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	97,6	100,0	102,5	102,4	101,2	101,2	101,5	101,5	101,1
Gemischt genutzte Gebäude	%	99,0	100,0	100,6	100,7	100,4	100,3	100,6	101,8	101,9
Bürogebäude	%	98,8	100,0	100,8	101,0	100,9	100,8	101,0	102,3	102,6
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	98,6	100,0	100,9	101,2	101,4	101,2	101,4	102,7	103,2
Straßenbau	%	95,1	100,0	102,5	101,1	99,8	99,5	99,1	98,5	98,5
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	115,49	138,56	128,89	129,52	194,46	190,36	209,98	225,62	...
Rohbauland	€	43,54	48,55	33,58	37,61	55,12	69,03	78,45	42,97	...
Sonstiges Bauland	€	50,58	55,70	59,00	58,43	80,72	60,34	113,50	63,21	...

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	1999	2000	2001	2002	2003	2003	2004		
		Durchschnitt ¹					Sept.	Juli	August	Sept.
* Verbraucherpreisindex (2000 = 100)										
Gesamindex	%	x	100,0	102,0	103,4	104,5	104,5	106,5	106,7	106,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	x	100,0	104,5	105,3	105,2	104,9	105,2	104,2	103,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	x	100,0	101,7	105,8	111,4	111,6	119,7	119,8	119,9
Bekleidung und Schuhe	%	x	100,0	100,8	101,5	100,7	101,1	98,6	99,0	100,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	x	100,0	102,4	103,4	104,9	105,0	106,4	106,8	106,9
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	x	100,0	100,9	101,9	102,2	102,2	102,2	102,1	102,0
Gesundheitspflege	%	x	100,0	101,3	101,9	102,4	102,4	123,2	123,3	123,3
Verkehr	%	x	100,0	102,5	104,5	106,7	106,8	110,2	110,7	110,1
Nachrichtenübermittlung	%	x	100,0	94,1	95,7	96,4	97,4	95,4	95,3	95,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	x	100,0	100,6	101,3	100,7	100,8	100,5	101,3	99,5
Bildungswesen	%	x	100,0	101,3	104,0	106,2	106,6	109,6	109,7	110,6
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	x	100,0	101,9	105,6	106,5	105,8	109,5	109,5	106,7
Andere Waren und Dienstleistungen	%	x	100,0	103,0	105,0	106,8	107,2	108,4	108,4	108,5
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2000 = 100).....	%	90,8	100,0	100,6	98,4	96,2	95,7	97,3	98,2	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2000 = 100).....	%	97,0	100,0	101,0	100,8	100,6	100,5	101,2	101,5	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2000 = 100)...	%	97,0	100,0	103,0	102,4	104,1	104,2	106,1	106,4	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	96,5	100,0	100,8	100,0	100,4	100,1	103,5	103,9	...
Investitionsgüterproduzenten	%	99,7	100,0	100,7	101,8	101,9	102,0	102,1	102,2	...
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	99,1	100,0	103,0	103,7	104,2	104,4	105,4	105,3	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	98,9	100,0	102,0	103,4	103,7	103,6	104,3	104,3	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	99,2	100,0	103,2	103,7	104,3	104,6	105,6	105,4	...
Energie	%	92,1	100,0	109,1	105,1	112,6	113,1	115,9	116,8	...
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (1995 = 100).....	%	89,9	95,4	100,8	94,6	94,9	97,4	97,0	94,5p	...
pflanzliche Produkte	%	87,7	87,6	92,6	89,4	94,7	96,7	95,9	85,8	...
tierische Produkte	%	91,2	100,0	105,6	97,6	95,0	97,9	97,6	99,6p	...
Einkaufspreise landwirtschaftl. Betriebsmittel ⁴ (1995 = 100).....	%	100,8	106,7	109,9	109,7	110,8	110,5	114,8	114,3	...
Waren und Dienstleistungen	%	100,2	107,5	111,4	110,8	111,8	111,4	116,3	115,6	...
Neubauten und neue Maschinen	%	102,8	103,7	105,0	106,4	107,8	107,8	110,0	110,3	...
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2000 = 100).....	%	95,3	100,0	101,6	101,8	102,3	102,5	105,4	106,0	106,0
darunter Großhandel mit										
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	98,9	100,0	105,2	106,5	107,3	108,1	108,7	108,4	108,3
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	77,5	100,0	99,6	99,1	102,9	101,9	110,0	114,8	114,5
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel,										
Tankstellen zusammen (2000 = 100)	%	x	100,0	101,1	101,8	102,0	102,0	102,4	102,2	...
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	x	100,0	102,7	103,7	104,1	103,9	104,6	104,0	...
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken,										
Tabakwaren	%	x	100,0	103,3	105,1	106,9	106,9	109,6	109,2	...
Einzelhandel mit Kraftwagen	%	x	100,0	100,2	101,3	102,2	102,7	103,8	103,6	...

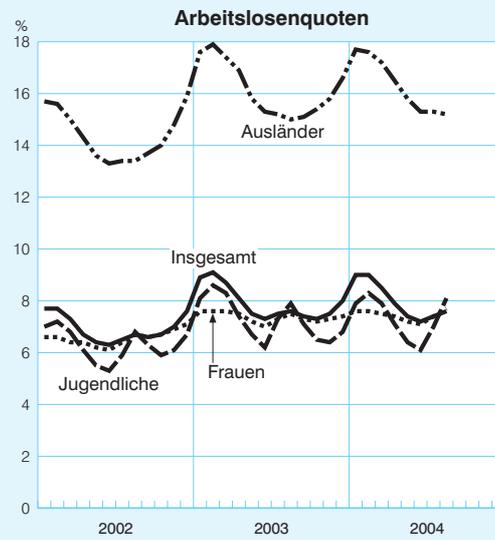
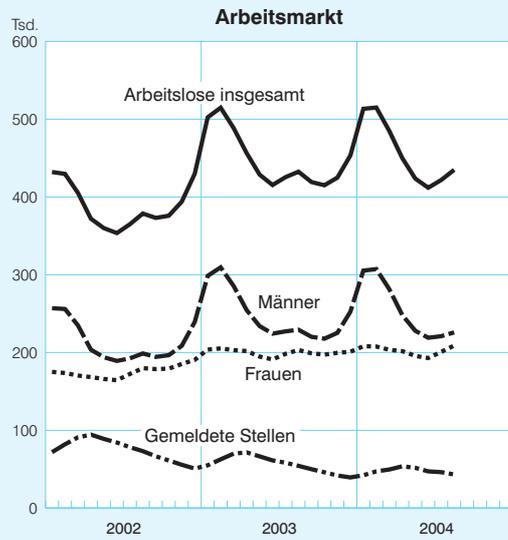
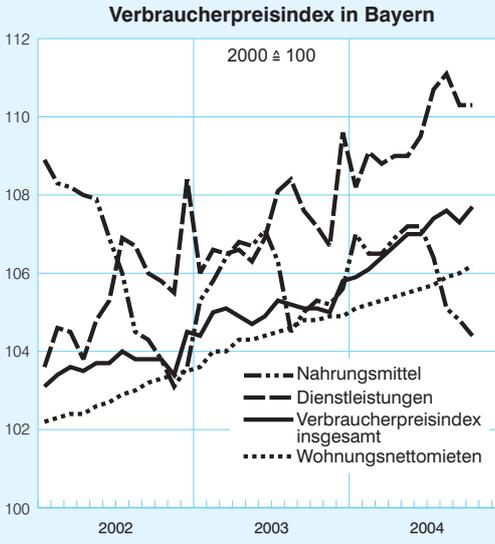
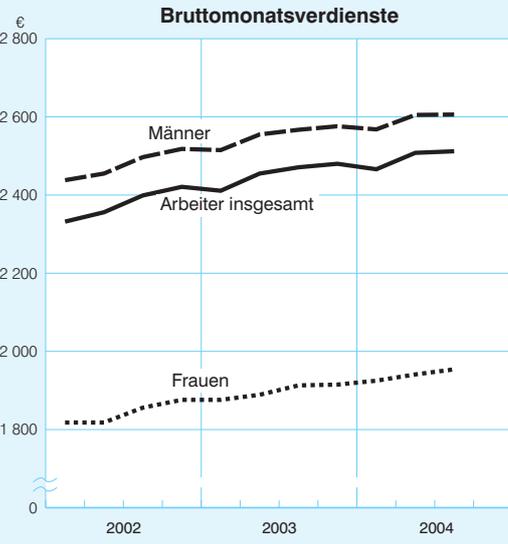
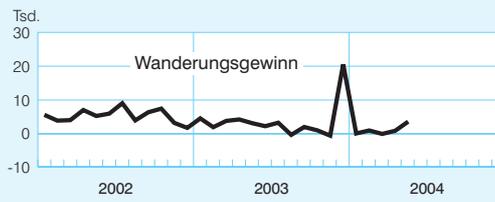
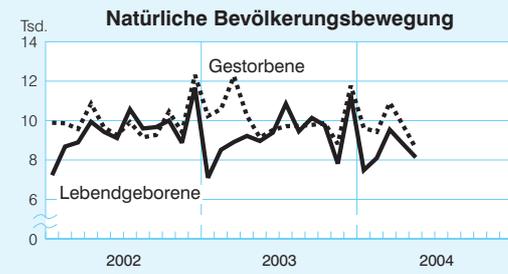
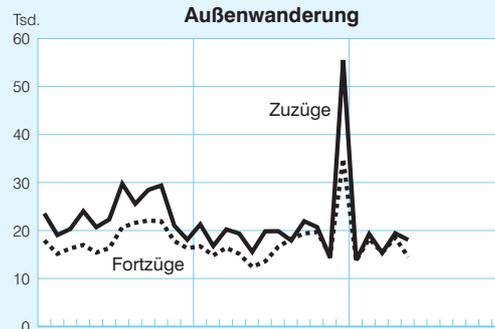
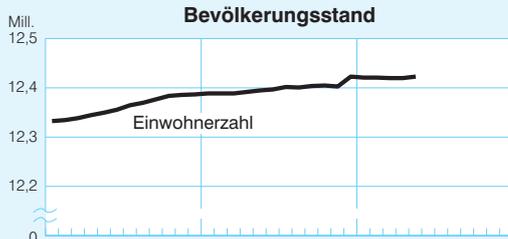
1 Durchschnitt aus 12 Monatsindices, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Baulandpreise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

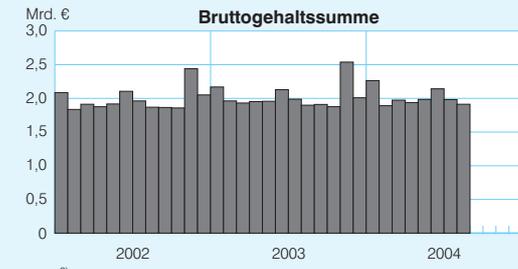
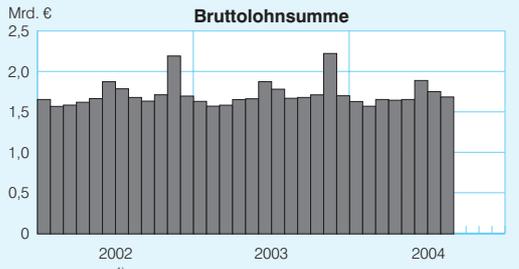
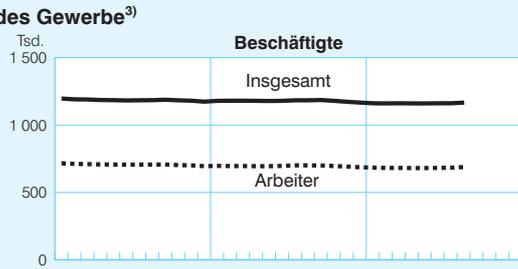
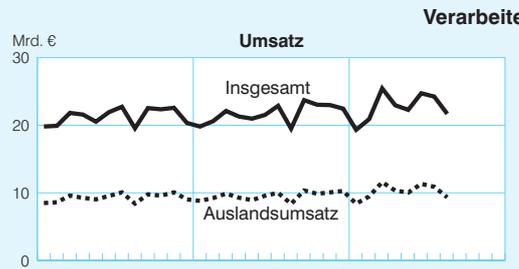
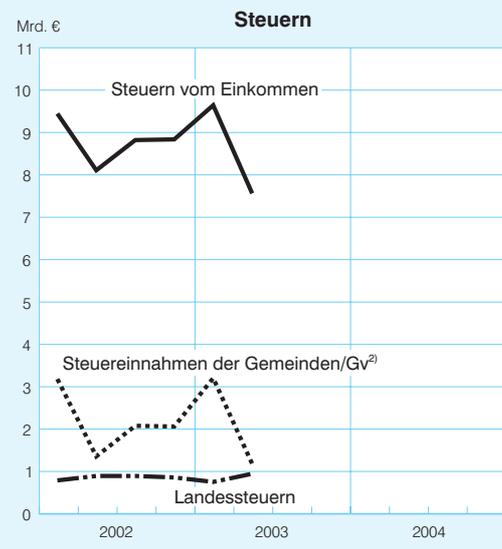
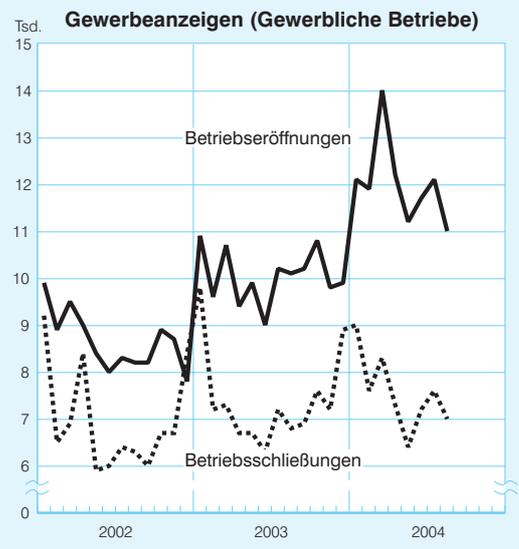
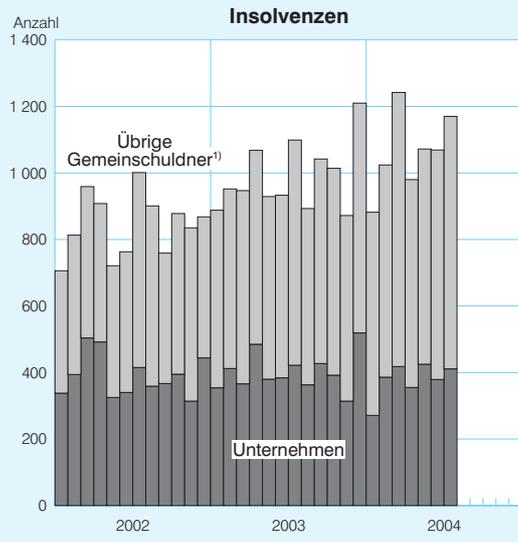
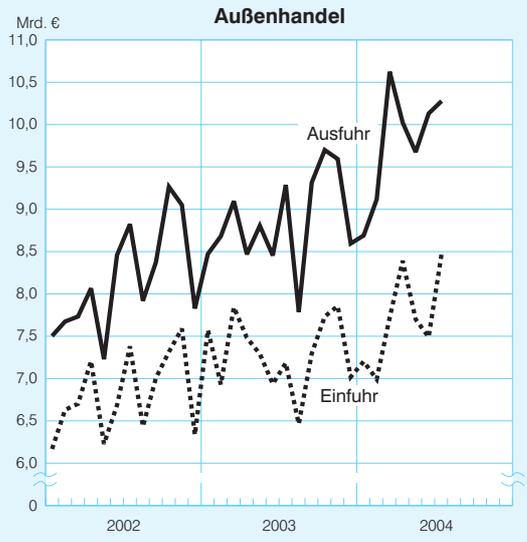
2 Einschl. Mehrwertsteuer.

3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

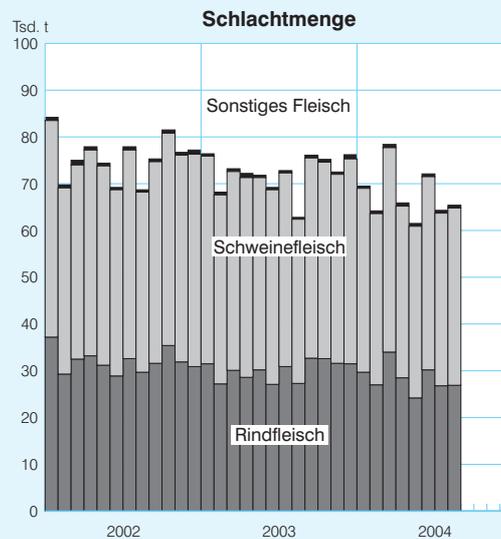
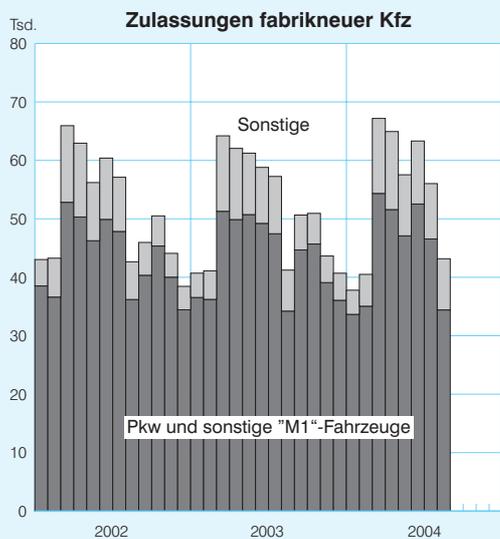
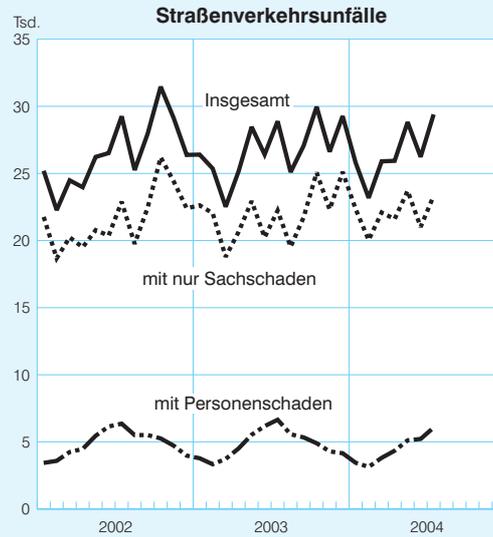
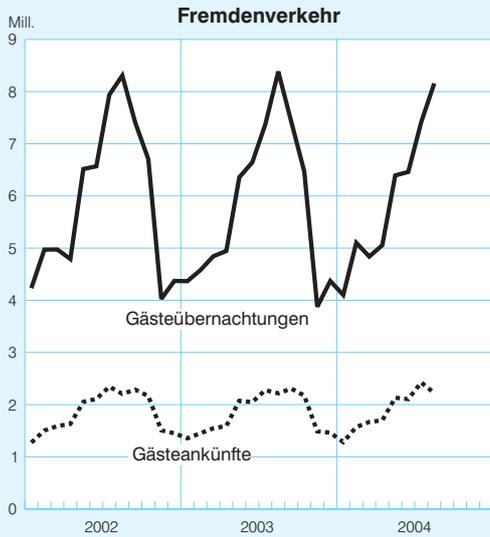
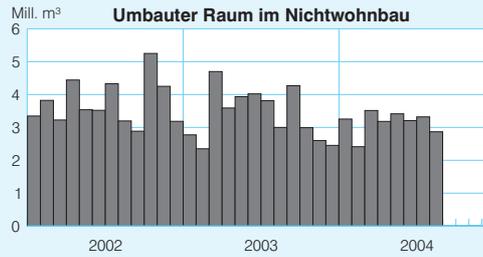
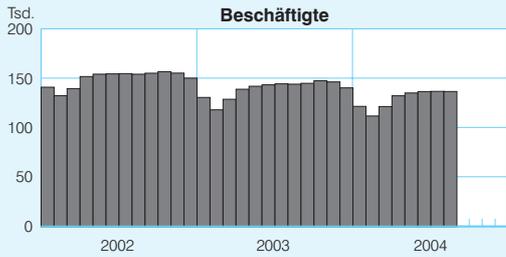
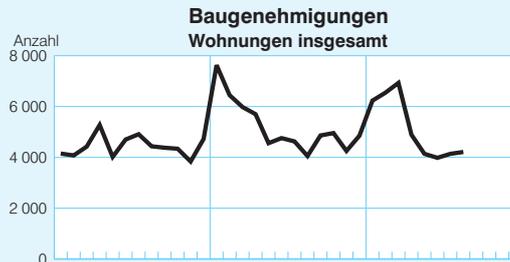
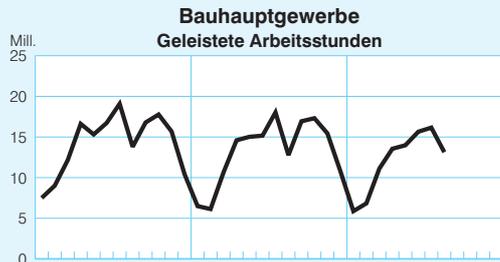
4 Ohne Mehrwertsteuer.

Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel





¹) Ab 1999 einschließlich der neu geschaffenen Verbraucherinsolvenz.-
 ²) Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv Quartalsbeträge-
 ³) sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.



September 2004

12,20 €	Verzeichnisse (sind auch als Datei erhältlich)	6,30 €	Verkehr
8,60 €	• Fachschulen in Bayern – Stand: 20.10.2003 (Schulort)		• Die Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Juni 2004 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
	• Berufsschulen in Bayern – Stand: 20.10.2003 (Schulort)	4,60 €	• Die Binnenschifffahrt in Bayern im Juni 2004 (Häfen)
	Statistische Berichte (sind auch als Datei erhältlich)		Öffentliche Sozialleistungen
	Bevölkerung	11,90 €	• Kinder- und Jugendhilfe in Bayern 2003 Teil 1: Erzieherische Hilfen (Kreisfreie Städte und Landkreise)
10,60 €	• Bevölkerungsstand und –bewegung in den Gemeinden Bayerns Stand: 31.12.2003 (Gemeinden)	5,10 €	• Asylbewerberleistungen in Bayern 2003 Ausgaben und Einnahmen (Kreisfreie Städte und Landkreise)
20,50 €	• Die Bevölkerung in den Gemeinden Bayerns nach Altersgruppen und Geschlecht – Stand: 31.12.2003 (Gemeinden)		Öffentliche Finanzen
14,90 €	• Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Bayern am 31. Dezember 2003 – Teil I der Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik (Kreisfreie Städte und Landkreise)	2,50 €	• Aufkommen an staatlichen Steuern in Bayern sowie Ausgaben und Einnahmen des Landes – 2. Vierteljahr 2004
	Bildung, Rechtspflege		Preise und Preisindizes
14,50 €	• Raumbestand an den Hochschulen in Bayern Stand: 01.10.2003 (Hochschulort)	5,70 €	• Verbraucherpreisindex für Deutschland* im August 2004
22,30 €	• Fächerspezifische Gliederung der Hochschulausgaben und –einnahmen in Bayern 2002 (Hochschulort)		Einnahmen, Ausgaben und Vermögen privater Haushalte
15,80 €	• Kindergärten in Bayern 2004 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	4,20 €	• Haus- und Grundbesitz privater Haushalte in Bayern Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003
7,50 €	• Strafvollzugsstatistik in Bayern 2004 Stichtagerhebung zum 31. März		Umwelt
	Land- und Forstwirtschaft	20,50 €	• Abfallwirtschaft in Bayern 2002 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
2,50 €	• Schlachtungen in Bayern im Juli 2004 (Regierungsbezirke)		
2,50 €	• Milcherzeugung und –verwendung in Bayern im Juli 2004 (Regierungsbezirke)		
2,50 €	• Brut und Schlachtungen von Geflügel in Bayern im Juli 2004		
2,50 €	• Struktur der Legehennenhaltung und Eierzeugung in Bayern im Juli 2004 (Regierungsbezirke)		
	Gewerbeanzeigen		
3,50 €	• Statistik der Gewerbeanzeigen in Bayern im Juli 2004		
	Produzierendes Gewerbe, Handwerk		
12,90 €	• Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Bayern im Juli 2004		
20,50 €	• Verarbeitendes Gewerbe in den Regierungsbezirken und Regionen Bayerns 2003 sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (Regierungsbezirke, Regionen)		
3,30 €	• Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Bayern im Juli 2004		
4,20 €	• Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juli 2004		
7,50 €	• Das Baugewerbe in Bayern im Juli 2004 (Kreisfreie Städte und Landkreise, Regionen)		
je 2,50 €	• Elektrizitätsaufkommen in Bayern im Jahr 2001 (Teil I) im Jahr 2002 (Teil II)		
	Handel, Tourismus und Gastgewerbe		
4,60 €	• Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Juli 2004		
3,30 €	• Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Großhandel im Juli 2004		
je 7,70 €	• Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Mai 2004 im Juni 2004		
17,70 €	• Der Fremdenverkehr in Bayern im Juli 2004 (Gemeinden und Regionen)		
3,— €	• Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Juli 2004		

* Nicht Bestandteil der Informationellen Grundversorgung, Datei kostenpflichtig

Bestellungen:
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
Vertrieb
Neuhauser Straße 8
80331 München
Fax: 089 2119-457
E-Mail: vertrieb@statistik.bayern.de
Webshop: siehe letzte Umschlagseite

Die regionalen Gliederungen sind in Klammern angegeben. Statistische Berichte (außer M13013 und M13023) sind im Webshop kostenlos als Datei erhältlich. Auf Anforderung wird das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis kostenlos zugesandt (bevorzugt per E-Mail).

Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2020



- Ergebnisse für kreisfreie Städte und Landkreise in tabellarischer und graphischer Darstellung nach infrastrukturelevanten Altersgruppen.
- Ergänzt um Alterspyramiden zum Vergleich der Einwohnerzahlen 2002 und 2020 nach einzelnen Altersjahren, die Entwicklung der statistischen Maßzahlen "Jugend- und Altenquotient" und einen Vergleich der Einwohnerentwicklung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland von 2002 bis 2020.
- Nachdrucke von Beiträgen aus "Bayern in Zahlen" dienen zur methodischen Erläuterung der Ergebnisse.
- Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern insgesamt.

Die Veröffentlichung gibt es als

Beitragsheft mit methodischen Erläuterungen und Eckdaten

(Ergebnisse auf Kreisebene bis 2020 und für das Land Bayern bis 2050)

- Für ganz Bayern: Heft oder PDF-Datei je 21,50 €*
- Für einzelne Regierungsbezirke: Heft oder PDF-Datei je 7,90 €

Ausführliche tabellarische und grafische Darstellung der Ergebnisse bis 2020

- Für einzelne Kreise: Heft oder PDF-Datei je 7,70 €
- CD-ROM mit Daten für alle Kreise sowie für das Land Bayern bis 2020: 95,- €*

** Ihr Vorteil*

Beitragsheft als Heft oder PDF-Datei **plus** CD-ROM
für ganz Bayern: 108,-€

E-Mail: vertrieb@statistik.bayern.de

Telefon: 089 2119 205

Fax: 089 2119 457

Internet:

www.statistik.bayern.de

Webshop



Artikel-Nr.: Z 10001 200410 Preis: 4,80 €